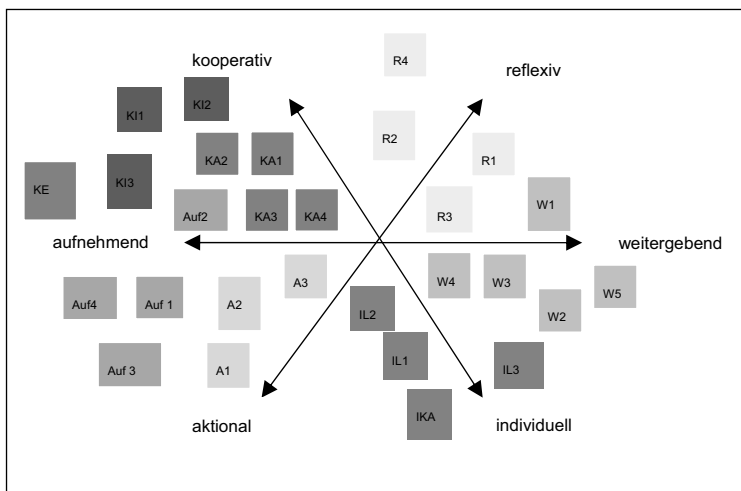


8. Der Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative – Ergebnisse der empirischen Analyse

Die Auswertung der teilnehmenden Beobachtung und der Gruppengespräche konnte verschiedene Formen von Lernhandlungen im Rahmen der Arbeit von Bürgerinitiativen herausarbeiten, welche sich im oben skizzierten Lern-Handlungsraum systematisieren lassen. Markiert wird dieser Lern-Handlungsraum durch die beschriebenen sechs Schlüsselkategorien. Mit der Herausbildung der Schlüsselkategorien wurde im Verlauf des Auswertungsprozesses der dimensionale Charakter des Lernhandlungsraums deutlich. Lern-Handlungen in Rahmen von Bürgerinitiativen können sich danach in individuellen oder kooperativen Lernarrangements bewegen und sind dadurch gekennzeichnet, dass anderes Wissen etc. für die Arbeit aufgenommen und/oder das eigene Wissen nach außen getragen wird. Zudem sind Lernhandlungen durch ihren aktionsbezogen und/oder reflexiven Charakter zu beschreiben. Der in der vorliegenden Studie herausgearbeitete Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative lässt sich demnach durch die drei Dimensionen – ‚individuell – kooperativ‘, ‚aufnehmend – weitergebend‘ und ‚aktional – reflexiv‘ näher fassen. Die in der Analyse herausgestellten unterschiedlichen Lernhandlungen der Bürgerinitiativenmitglieder können schließlich unter Einbezug der unterschiedlichen Dimensionen im Lern-Handlungsraum abgebildet werden (s. Abb. 7) und damit nach ihren charakteristischen Merkmalen anhand von Fallbeispielen aus den unterschiedlichen Bürgerinitiativen beschrieben werden. Deutlich wurde in der Analyse des empirischen Materials, dass Lernhandlungen nie gänzlich einem Pol des Lern-Handlungsraums zugeordnet werden können, sondern sich mal dem einen mal dem anderen annähern. Auch können unterschiedliche Lernhandlungen je nach Fokus durch mehrere Pole und Dimensionen beschrieben werden. Die herausgearbeiteten Dimensionen ermöglichen eine idealtypische Beschreibung und Systematisierung von Lernhandlungen im Rahmen von Bürgerinitiativen und zeigen damit wie vielschichtig sich Lernhandlungen in diesem Kontext vollziehen. Insgesamt konnten auf Grundlage der teilnehmenden Beobachtung und der Gruppengespräche 28

unterschiedliche Formen von Lernhandlungen herausgearbeitet werden. Die nachfolgende Charakterisierung des Lern-Handlungsraums nimmt diese Systematik auf und erfolgt anhand der drei den Lern-Handlungsraum markierenden Dimensionen. Zunächst werden im Folgenden Lernhandlungen, die sich auf der Dimension ‚individuell – kooperativ‘ bewegen, anhand verschiedener Fallbeispiele vorgestellt, da es sich hier um zwei grundlegende Möglichkeiten der Lernorganisation handelt, die allen weiteren Aspekten von Lernhandlungen grundlegend sind.¹

Abbildung 7: Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative mit Unterkategorien²



Quelle: Eigene Darstellung

- 1 Unter ‚grundlegend‘ ist hier keine Stufenabfolge assoziiert, sondern deren organisatorischer Charakter herausgestellt, der alle Lernhandlungen kennzeichnet.
- 2 Die Bezeichnung der unterschiedlichen Kategorien von Lernhandlungen ist im Anhang (13.3) zu finden.

8.1 DIMENSION ,KOOPERATIV – INDIVIDUELL‘

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass Lernhandlungen in Bürgerinitiativen grundsätzlich kooperative und individuelle Lernhandlungen aufweisen (s. Tab. 3). Die Analyse der unterschiedlichen empirischen Materialien konnte hier acht verschiedene Kategorien von kooperativen Lernhandlungen (KL) und vier Kategorien von individuellen Lernhandlungen (IL) differenzieren.

Im Rahmen kooperativer Lernhandlungen werden in erster Linie, beispielsweise im Rahmen der jeweiligen Sitzungen von Bürgerinitiativen, Problemstellungen gemeinsam diskutiert und mögliche Handlungsstrategien entwickelt. Ebenso werden verschiedene Materialien, wie Verwaltungsvorlagen oder Ähnliches innerhalb der Gruppe bearbeitet und diskutiert. Kooperative Lernhandlungen vollziehen sich dabei auf Ebene der Einzelinitiativen (KL) oder auch in Kooperation mit anderen Initiativen, Vereinen oder Ähnlichem (KA). Kooperative Lernhandlungen werden dabei ergänzt durch je individuelle Lernhandlungen (IL) der Initiativenmitglieder. Beide ‚Organisationsformen‘ sind eng miteinander verwoben und aufeinander bezogen.

Tabelle 3: Lern-Handlungsraum ,kooperativ – individuell‘

<i>kooperativ</i>		<i>individuell</i>	
KI1	Diskussion von Problemstellungen	IL1	Recherche von Informationen, Ansprechpartnern etc.
KI2	Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten	IL2	Bearbeitung von Materialien
KI3	Gemeinsame Bearbeitung von Materialien	IL3	Herstellung von Zusammenhängen
KA1	Besuch anderer Initiativen zur Informationsrecherche und gegenseitigen Informationsaustauschs	IKA	individueller Aufbau von Kooperationen
KA2	Teilnahme an bzw. Unterstützung der Arbeit anderer Initiativen		
KA3	Diskussion von Problemstellungen und gemeinsame Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten		
KA4	Vernetzung, Aufbau einer Plattform, Gründung einer Wählerinitiative		
KE	Kooperation mit Vereinen, Verbänden etc.		

Quelle: Eigene Darstellung

Im Rahmen individueller Lernhandlungen werden dann jeweils Teilaspekte des Arbeitsschwerpunkts der Initiative herausgegriffen und bearbeitet. Die Themen können sich im Rahmen der kooperativen Bearbeitung eines Themenfeldes ergeben haben und an ein Mitglied delegiert bzw. von einem Mitglied übernommen worden sein oder in Eigeninitiative in Anlehnung an den jeweiligen Problemkontextes durch einzelne Initiativenmitglieder verfolgt werden.³ Dazu werden unter anderem Informationen und Ansprechpartner gesucht und Fachliteratur oder wissenschaftliche Studien bearbeitet und ausgewertet. Versucht wird zudem Zusammenhänge zu anderen Themen und Problemfeldern herzustellen, nach der Relevanz für die eigene Problemstellung zu fragen und neue Themenfelder gegebenenfalls für das eigene Feld fruchtbar zu machen.

Die polyvalente Zuordnung von Lernhandlungen zeigt sich insbesondere für die Dimension ‚kooperativ – individuell‘. So wurde in der Analyse des empirischen Materials deutlich, dass kooperative und individuelle Lernhandlungen im Rahmen der alltäglichen Initiativenarbeit nicht immer eindeutig voneinander zu unterscheiden sind, da sie auf vielfältige Weise miteinander verwoben sind. Im Folgenden soll diese komplexe Struktur der Verschränkung kooperativer und individueller Lernhandlungen an einem charakteristischen Fallbeispiel verdeutlicht werden (s. Abb. 8):

3 Nicht berücksichtigt werden hier zunächst inzidente, d. h. mitlaufende Lernhandlungen, die sich im Verlauf einer Tätigkeit quasi selbstläufig einstellen (vgl. Faulstich/Grell/Grotluschen 2005, S. 30).

Abbildung 8: Fallbeispiel der Verschränkung kooperativer und individueller Lernhandlungen

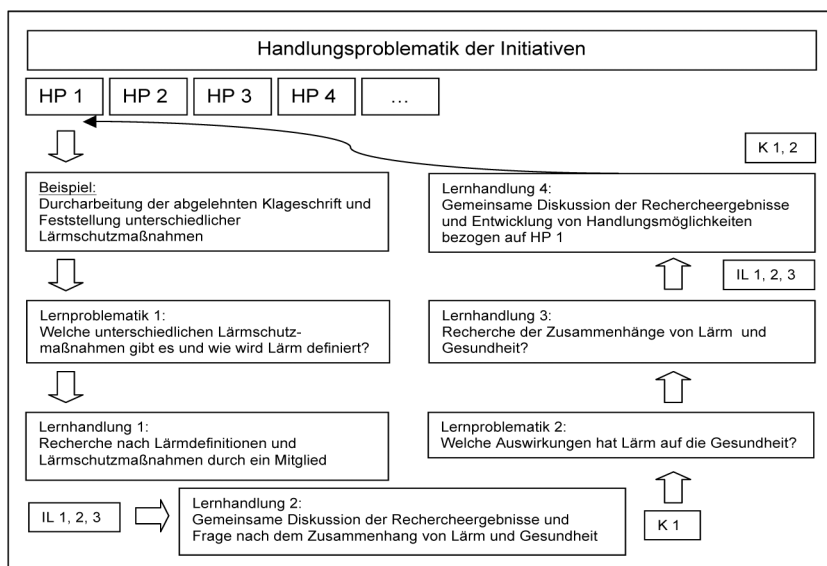
Fallbeispiel: Bearbeitung einer Klageschrift (1)

Eine von Initiative 1 ‚Straßenausbau‘ eingereichte Klage gegen den Umbau einer innerstädtischen Straße ist abgewiesen worden. Die Klageschrift wird durch ein Mitglied der Initiative intensiv durchgesehen und deren einzelnen Aspekte den anderen Mitgliedern bei einem nächsten Arbeitstreffen der Initiative vorgestellt. Dabei fällt den Mitgliedern unter anderem auf, dass innerhalb der Klageschrift verschiedene Definitionen von Lärmschutz verwendet werden, die jeweils unterschiedliche Lärmschutzmaßnahmen zur Folge haben. Dieser Sachverhalt wird deshalb eingehender diskutiert. Da den anwesenden Mitgliedern der Initiative notwendiges Wissen zur Klärung dieser Frage fehlt, erklärt sich ein Mitglied der Initiative dazu bereit, die Unterschiede von Lärmschutzmaßnahmen und deren Definitionen zu recherchieren. Die Rechercheergebnisse werden im nächsten Treffen der Initiative vorgestellt und diskutiert. In der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Lärmschutzmaßnahmen und -definitionen wird hier dann die Frage nach dem Einfluss von Lärm auf die Gesundheit durch die Initiativenmitglieder aufgeworfen und bezogen auf das eigene Anliegen diskutiert. Um diesen Zusammenhang jedoch für den Problemkontext der Initiative fruchtbar machen zu können, fehlt dem Großteil der Mitglieder das notwendige Wissen. Hier verfügt ein Initiativenmitglied aufgrund seiner Mitgliedschaft in verschiedenen Vereinen, wie dem Verkehrsclub Deutschland, über Hintergrundwissen und gibt diesbezüglich eine Einschätzung zu möglichen Anknüpfungspunkten. Hierzu will das Mitglied zu einer nächsten Sitzung eine Übersicht geben und dafür eingehender zu dieser Thematik recherchieren. In einer der nächsten Sitzungen werden die Ergebnisse dieser Recherche vorgestellt, in der gemeinsamen Diskussion nach möglichen Anknüpfungspunkten für die Fragestellungen der Initiative gefragt und diesbezügliche Handlungsmöglichkeiten wie beispielsweise das Angebot von Lärmmessungen für Bewohner des Stadtviertels oder das Verfassen einer Pressemitteilung diskutiert.

Quelle: Eigene Darstellung

Wie lassen sich Lernhandlungen in Bezug auf den Sozialstatus nun genau charakterisieren? Um diese Frage zu klären, soll das vorgestellte Beispiel der Verschränkung kooperativer und individueller Lernhandlungen nun im Folgenden mit den der Studie zugrundegelegten Lernbegrifflichkeiten Klaus Holzkamps (1995) betrachtet und damit lerntheoretisch eingeordnet werden (s. Abb. 9).

Abbildung 9: Lernhandlungsschleifen am Beispiel kooperativer und individueller Lernhandlungen



Quelle: Eigene Darstellung

Die ‚Grund‘-Handlungsproblematik der Initiative, die Veränderung der kommunalen Planungen für den Ausbau einer innerstädtischen Straße, gliedert sich im Verlauf der Initiativenarbeit in unterschiedliche ‚Einzel‘-Handlungsproblematiken auf (HP 1, HP 2, etc.). Eine solche ‚Einzel‘-Handlungsproblematik besteht beispielsweise im Verstehen einer Klageschrift und der Feststellung, dass dort unterschiedliche Definitionen von Lärm verwendet wurden, die wiederum mit unterschiedlichen Lärmschutzmaßnahmen verbunden sind. Zum Verständnis dieser dort getätigten Unterscheidungen fehlt den Mitgliedern der Initiative das nötige Fachwissen. Da dieses jedoch notwendig ist, um die Abweisung der Klage zu verstehen und mögliche Handlungsstrategien der Initiative zu eruieren, halten die Initiativenmitglieder es für bedeutsam, hier eine Lernschleife zu initiieren. In diesem Fall erklärt sich ein Initiativenmitglied dazu bereit, das er-

forderliche Fachwissen zu recherchieren. In diesem Moment wird aus der gemeinsamen Handlungsproblematik (HP 1) eine gemeinsame Lernproblematik (LP 1), die in diesem Fall zu einer zunächst individuell ausgegliederten Lernhandlung (IL 1, 2, 3) führt. Das Ergebnis dieser individuellen Lernhandlung wird in einer nächsten Sitzung der Initiative vorgestellt und erörtert. In der Diskussion werden gemeinsam durch die Initiativenmitglieder schließlich Zusammenhänge zu anderen Themenkontexten hergestellt und jeweils nach der Relevanz für den eigenen Problemzusammenhang gefragt. Als ein Thema wird hier die Auswirkung von Lärm auf die Gesundheit diskutiert. An dieser Stelle geht die individuelle Lernhandlung (LP 1) wiederum über in eine kooperative Lernhandlung (K 1). Schnell wird an diesem Punkt ersichtlich, dass, will man die Frage der Auswirkungen von Lärm auf die Gesundheit weiterverfolgen, wiederum diesbezügliches Fachwissen fehlt. Diese Thematik wird von den Mitgliedern jedoch als relevant für den eigenen Themenschwerpunkt bewertet, sodass wiederum der Weg einer Lernschleife gewählt wird. Die ursprüngliche Lernproblematik (LP 1) wird an dieser Stelle ausdifferenziert in eine sich anschließende ergänzende Lernproblematik (LP 2). Ein Mitglied der Initiative verfügt zu dieser Thematik bereits über Vorwissen und bietet an, sich in dieses Thema weiter einzuarbeiten. Aus der gemeinsamen Lernproblematik resultiert somit wiederum eine Lernhandlung (LP 2), die individuell ausgegliedert bearbeitet wird. Die eingelegte Lernschleife differenziert sich damit weiter aus. Die Ergebnisse dieser zweiten individuellen Lernhandlung werden dann wiederum in einer Sitzung der Initiative vorgestellt und diskutiert. In der Eruierung daraus folgender Handlungsmöglichkeiten für die Initiative geht die individuelle Lernhandlung (LP 2) erneut über in eine kooperative Lernhandlung (K 3). Dieser Prozess der Verschränkung von kooperativen und individuellen Lernhandlungen könnte in diesem Sinne weiter beschrieben werden, soll aber zu Verdeutlichung der starken Verwobenheit hier genügen.

Deutlich werden am Beispiel ‚Klageschrift‘ zum einen zwei charakteristische Merkmale von Lernhandlungen, die als grundlegend für den aus dieser Studie resultierenden Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative betrachtet werden können. Zunächst wird am vorgestellten Beispiel sichtbar, dass im Rahmen der Initiativenarbeit auftretenden Handlungsproblematiken vielfach lernender Weise begegnet wird, d. h. Handlungsproblematiken werden von den Initiativenmitgliedern als so bedeutsam eingestuft, dass sie eigentätig gelöst werden wollen und dazu die Möglichkeit des Einlegens einer Lernschleife gewählt wird, um sich so fehlendes (Handlungs-)Wissen in verschiedensten Bereichen anzueignen. Aus Handlungsproblematiken werden damit Lernproblematiken, denen mit sehr unterschiedlichen Lernhandlungen begegnet wird.

Zum anderen wird in der Analyse des Beispiels mithilfe der lerntheoretischen Begrifflichkeiten besonders deutlich, dass der beschriebene Prozess vom Handlungsproblem bis hin zur Lernhandlung von den Initiativenmitgliedern in den meisten Fällen ohne eine reflexive Betrachtung nicht als ‚Lernen‘ bezeichnet würde. Wie bereits zuvor diskutiert, ist die Begegnung von Handlungsproblematiken ein selbstverständlicher Teil der alltäglichen Lebensführung. Lernen wird demgegenüber vielfach nur mit institutionellen Lehr-Lernarrangements verbunden und in der alltäglichen Lösung von Problemgegenständen häufig nicht als ein solches eingeordnet (vgl. Abschnitt 5). Vor dem Hintergrund dieser ‚Schiefelage‘ wird dann die Begründung der Anlage der eigenen Studie besonderes deutlich.⁴ Was sind nun darauf aufbauend die charakteristischen Merkmale der hier vollzogenen Lernhandlungen?

Die hier zu beobachtende organisatorische und thematische Ausdifferenzierung von Lernhandlungen kann als charakteristisch für den Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative bezeichnet werden. Am vorgestellten Beispiel wird einerseits deutlich, dass die Organisation von Lernhandlungen im Wesentlichen aus dem Zusammenwirken von individuellen und kooperativen Lernhandlungen besteht, Lernproblematiken danach also quasi arbeitsteilig und verschränkt begegnet wird. Als wesentliches Merkmal kooperativen Lernens verweist Klaus Holzkamp (1995) darauf, dass die aus der Handlungsproblematik resultierende Lernproblematik eine von mehreren Individuen geteilte sein müsse, soll eine erfolgreiche Lernhandlung initiiert werden. Holzkamp (ebd.) geht desweiteren davon aus, dass sich die jeweilige Gruppe auf eine gemeinsame Lernproblematik verständigen müsse, die den einzelnen Mitgliedern für die Bearbeitung des zugrundeliegenden Problemfeldes als sinnvoll erscheint. Wesentlich ist daneben dann, dass die einzelnen Lernsubjekte dabei gleichberechtigt in einem offenen Feld von Handlungs- und Lernmöglichkeiten gedacht werden (vgl. ebd.), um dem Einzelnen expansives Lernen im Rahmen kooperativer Lernprozesse zu ermöglichen. Das Beispiel zeigt, dass alle diese Annahmen bestätigt werden können. Die auch von Holzkamp mitgedachte Gefahr der zu großen Dominanz einzelner Personen, die dann eine Einschränkung der Gleichberechtigung bedeuten könnte, kann in der vorliegenden Studie nicht bestätigt werden.

Im vorgestellten Beispiel kann vielfach eher der von Holzkamp beschriebene Idealfall kooperativen Lernens beobachtet werden, der sich „als reziproke Be-

4 Würde im Rahmen einer Analyse von Lernhandlungen in informellen Kontexten nur nach dem geschaut, was der jeweils Einzelne als ‚Lernen‘ bezeichnet, würden wertvolle Aspekte zur Beschreibung eines solchen Lern-Handlungsraums aus dem Blick geraten.

ziehung, also als permanenter, an der Überwindung der Lernprobleme orientierter Dialog“ (ebd.) zwischen den Mitgliedern der Bürgerinitiative beschreiben lässt. In einer selbstorganisierten Arbeitsaufteilung wird die gemeinsame Lernproblematik durch die Mitglieder bearbeitet und nach Holzkamp (ebd.) „überlappende Zonen des Wissens/Könnens“ genutzt bzw. hergestellt, die auch hier als Stärke kooperativen Lernens charakterisiert werden und die Arbeit der Bürgerinitiativen grundlegend prägen. Das hier zugrundegelegte Prinzip der Arbeitsaufteilung intendiert dann auch, dass die subjektive Bedeutsamkeit verschiedener Lernproblematiken variieren kann, solange über die grundlegende Bedeutung verschiedener Lernproblematiken (Verstehen einer Klageschrift, Bedeutung von Lärmessungen, Auswirkungen von Lärm auf die Gesundheit etc.) Einigkeit besteht. Werden kooperative Lernhandlungen im Kontext von Bürgerinitiativen hier nach der Holzkamp’schen Darstellung als idealtypisches kooperatives Lernhandeln eingeordnet, so darf dessen je spezifischer Lernkontext nicht unberücksichtigt bleiben. So konstituieren sich Bürgerinitiativen bereits auf Basis eines gemeinsam geteilten Problemzusammenhangs, was die Aushandlung einer daraus resultierenden gemeinsamen Handlungsproblematik gegenüber anderen Lerngruppen in Schule oder Weiterbildungsveranstaltungen etc. vermutlich deutlich vereinfachen wird.

Die ‚überlappenden Zonen des Wissens/Könnens‘ und die damit verbundene Arbeitsteilung in der Begegnung von Lernhandlungen und die Erschließung eines neuen Gegenstandsbereichs stellt sich für den Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative schließlich folgendermaßen dar: Zum einen wird zurückgegriffen auf das unterschiedliche Vorwissen der Initiativenmitglieder, wie folgende Gesprächspassage zeigt:⁵

GP 1: Ja ja sie müssen also, in einer Initiative müssen viele gute Bürger zusammenkommen die unterschiedliches Fachwissen haben. Und das muss dann entsprechend wie ein Puzzle zusammengesteckt werden. - Und - - je besser ne Initiative bestückt ist umso

GPin: umso besser

GP 1: umso erfolgreicher kann sie arbeiten. [BI 3/375-380]⁶

5 ‚Vorwissen‘ wird hier als Beschreibung und Sammelbegriff, für die eingebrachten Erfahrungen, das bereits vorhandene Fachwissen usw. der Initiativenmitglieder gefasst.

6 Bezeichnung der jeweiligen Bürgerinitiative und des spezifischen Abschnitts innerhalb des Transkripts der Gruppengespräche.

Für das Gelingen der Bewältigung des jeweiligen Problemzusammenhangs wird hier von den Gesprächspartnern aus Bürgerinitiative 3 ‚Naturschutz‘ das unterschiedliche Vorwissen der einzelnen Mitglieder als elementare Ressource für die Initiativenarbeit eingeordnet. Handlungserfolg stellt sich quasi dann ein, wenn dieses unterschiedliche Vorwissen im Sinne des jeweiligen Problemzusammenhangs optimal zusammengebracht wird.

Da jedoch nicht jede Initiative für jedes Fachgebiet und jede Fragestellung auf Vorwissen der Mitglieder zurückgreifen kann, ist im Verlauf der Arbeit und in der Begegnung von Lernproblematiken der Aufbau neuen Wissens durch die Initiativenmitglieder notwendig. Dies führt aus Perspektive einer Gesprächspartnerin dazu, dass man sich bezogen auf eine bestimmte Thematik im Kontext der Bürgerinitiativenarbeit eine Fülle an Fachwissen selbsttätig aneignet wie folgende Gesprächspassage zeigt:

GPIn: Wir haben uns ja schon in viele Fachthemen auch richtig eingearbeitet [...]. Schon mit zum Teil ner Grundausbildung oder Vorbildung, aber allein durch Interesse und jahrelanges Lesen und Erarbeiten haben wir uns schon auch im Verhältnis zu manchen Fachleuten in Führungsstrichen im Rathaus nen gutes Fachwissen erarbeitet. Also das wurde ja deutlich bei den Anhörungen und so weiter, dass unsere Art zu argumentieren also es ist ja wirklich auch die Frage, wie man Fachmensch definiert. Was sind Fachleute denn? [BI 1/494-501].

Auf Grundlage des selbsttätig angeeigneten Fachwissens ist es nach Ansicht der Gesprächspartnerin möglich, bestimmte kommunalpolitische Sachverhalte bezogen auf den eigenen Problemgegenstand einzuordnen und dazu Stellung zu beziehen. Die Bürgerinitiativenmitglieder erfahren so die Möglichkeit eines selbstbewussten Agierens im etablierten politischen Feld und hinterfragen vor dem Hintergrund der eigenen, neu erworbenen Kenntnisse die Bezeichnung ‚Fachmann‘ im etablierten politischen Feld kritisch. Was muss ein solcher Mensch mitbringen und von wem wird dies festgelegt? Von der Gesprächspartnerin werden hier auf Grundlage der eigenen Arbeit bestehende Machtstrukturen der Gesellschaft reflektiert und in Frage gestellt. Der Aspekt der kritischen Hinterfragung von Sachverhalten und deren gesamtgesellschaftlichen Relevanz ist Gegenstand in den Abschnitten 8.2 und 8.3.

Neben der organisatorischen Ausdifferenzierung von Lernhandlungen ist gleichermaßen eine thematische Ausdifferenzierung der Lernproblematiken und damit des Problemzusammenhangs der Initiativen zu beobachten. Das Beispiel ‚Klageschrift‘ zeigt hier die thematische Erweiterung des ursprünglichen Problemzusammenhangs auf. Ging es zunächst um das grundsätzliche Verstehen der

Klageschrift der abgewiesenen Klage, geht es nun unter anderem um das Verstehen unterschiedlicher Lärmdefinitionen und damit verbundener Lärmschutzmaßnahmen und schließlich um die grundsätzlichen Auswirkungen von Lärm auf die Gesundheit.

Die Beobachtung einer thematischen und organisatorischen Ausdifferenzierung von Lernhandlungen kann auf die in Abschnitt 5.2 diskutierte Möglichkeit der qualitativen Veränderung von Lernhandlungen in deren Verlauf bezogen werden. Klaus Holzkamp (1995a) hatte diese Möglichkeit als „qualitative Lernsprünge“ im Kontext selbstbestimmter Lernprozesse beschrieben. Qualitative Lernsprünge sind für ihn Ausdruck für eine zunehmende Differenzierung von Lernhandlungen (ebd., S. 221). Holzkamps Überlegungen beziehen sich dabei in erster Linie auf die Ausdifferenzierung des zugrundeliegenden Lernprinzips und in folgedessen auf eine differenziertere Möglichkeit des Gegenstandsaufschlusses. Er geht davon aus, wie bereits dargestellt, dass im Verlauf der Auseinandersetzung mit einem Lerngegenstand die Situation entsteht, dass sich die bisher für sinnvoll erachteten Lernprinzipien als nicht mehr zielfördernd herausstellen (ebd., S. 240f.). An diesem Punkt erfolgt dann eine Reflexion des bisherigen Lernweges durch den Einzelnen, infolgedessen „ein neues Prinzip für das Weiterlernen gefunden werden – mithin ein qualitativer Lernsprung vom bisherigen zum neuen Prinzip vollzogen werden“ (ebd., S. 241) muss. Für Holzkamp entsteht hier quasi eine neue Lernproblematik auf Metaebene – man kann diese dann als ‚Lernsprung-Problematik‘ bezeichnen.

In der individuellen Reflexion wird deutlich, dass der jeweilige Lerngegenstand bisher lediglich auf einer „Zwischenebene“ (ebd., S. 242) durchdrungen wurde, man über die jeweilige Thematik also wesentlich mehr erfahren kann. Im beschriebenen Beispiel wird die Beschäftigung mit dem Thema ‚Lärm‘ also nicht mehr nur aus der Perspektive der konkreten Vermeidung betrachtet, sondern in einen größeren Kontext gestellt, indem dessen generellen Auswirkungen auf die Gesundheit diskutiert werden. Die mit der differenzierten Auseinandersetzung einhergehende wachsende Tiefe des Gegenstandsaufschlusses bietet im Form qualitativer Lernsprünge für Holzkamp (ebd., S. 246) die Möglichkeit des zuvor beschriebenen Übergangs von defensiv zu expansiv begründetem Lernen. Ein zunächst aus Situationsbewältigung erfolgtes defensives Lernen kann durch einen qualitativen Lernsprung zu expansivem Lernen führen. Für das Beispiel bedeutet dies, dass die für die Arbeit notwendige Kenntnis über Lärmschutzmaßnahmen den Blick für damit verbundene zunächst nicht mitgedachte Problem- und Themenfelder eröffnet und so zu einer ‚vertieften Auseinandersetzung‘ mit dem jeweiligen Gegenstand führt. Die thematische Ausdifferenzierung des Lerngegenstands und die operative Ausdifferenzierung der Lernhandlungen

sind somit verzahnt (ebd., S. 250). Die Möglichkeit qualitativer Lernsprünge im Kontext von Lernhandlungen in Bürgerinitiativen wird sich in der Betrachtung der anderen Dimensionen des Lern-Handlungsraums Bürgerinitiative noch detaillierter zeigen.

Das im vorangegangenen diskutierte Beispiel ‚Klageschrift‘ verdeutlichte die Verschränkung kooperativen und individuellen Lernens im Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative. Im Folgenden sollen nun insbesondere die kooperativen Lernhandlungen von Bürgerinitiativen näher betrachtet werden, da sie wie dargestellt als ein charakteristisches Moment des Lern-Handlungsraums bezeichnet werden können. Hier konnten in der Analyse des empirischen Materials acht unterschiedliche Kategorien von kooperativen Lernhandlungen herausgearbeitet werden, die sich zum einen auf Kooperationen innerhalb der jeweiligen Bürgerinitiative und zum anderen auf kooperative Lernhandlungen die Grenzen der eigenen Initiative überschreitend, wie beispielsweise mit anderen Initiativen, Vereinen oder Verbänden etc., beziehen können.

Austauschen und Unterstützen

Eine Möglichkeit kooperativen Lernhandelns in Überschreitung des eigenen Arbeitszusammenhangs besteht darin, andere Bürgerinitiativen zu besuchen und sich über deren Problemstellungen und Handlungsstrategien etc. zu informieren und nach Möglichkeiten der Anschlussfähigkeit zum eigenen Gegenstandsbe-
reich zu suchen (KA 1). Nachfolgende Gesprächspassage steht exemplarisch für den Prozess des Kooperationsaufbaus und gegenseitigen Informationsaustausches von Mitgliedern der in dieser Studie betrachteten Bürgerinitiativen mit anderen Initiativen:

I: Also würden Sie schon sagen, eine Kooperation mit anderen Initiativen ist auf jeden Fall ganz wichtig?

GP 2: Absolut notwendig. Absolut notwendig. So ist es. Das hab ich (trinkt etwas) relativ früh auch erkannt und bin auch zu anderen Bürgerinitiativen relativ früh gefahren. Ich hatte auch noch gar keine Telefonnummern oder gar keine Namen, ich hab hin und wieder mal in der Zeitung gelesen, dass das und das dort stattfindet, zum Beispiel nach Steinhagen bin ich dann abends hingefahren oder in die Senne bin ich hingefahren und hab da Leute angesprochen und denn werden immer Listen ausgelegt, von wo kommste, Telefonnummer und so weiter und so kann man Stück für Stück langsam so ein Netzwerk aufbauen und wenn man dann irgendwelche Informationen braucht, zum Beispiel über Fledermäuse, nur als Beispiel. (Lachen von GP in 2) Erfährt man über drei Ecken und dann kriegt man irgendwie einen, der das dann weiß. Hab ich letztens jetzt auch gerade gehabt dieses Bei-

spiel. Äh solche Dinge sind mühselig aber sie sind letztendlich dann doch ergiebig. Aber wie gesagt, immer mit nem Timeblick von ja was weiß ich vielleicht von so zwei Jahren (leiser werdend). (8) [BI 4 / 513-528]

Deutlich wird an dieser Gesprächspassage, dass die Beobachtung von Aktivitäten anderer Initiativen große Bedeutsamkeit für den eigenen Arbeitsprozess und der Begegnung der eigenen Handlungsproblematiken beigemessen wird. So erweitert sich beispielsweise der Kreis möglicher Ansprechpartner, auf die bei auftretenden Problemstellungen zurückgegriffen werden kann. Vom Gesprächspartner wird dieser Prozess zunächst als „*mühselig*“ beschrieben, da der Besuch anderer Initiativen verbunden mit dem Aufbau von Kontakten und dem Verstehen des jeweiligen Problemzusammenhangs zeitintensiv ist und großes persönliches Engagement erfordert, ohne im Vorhinein schon dessen ‚Nutzen‘ zur Lösung der eigenen Handlungsproblematik absehen zu können.

In längerfristiger Perspektive – „*mit nem Timeblick*“ – erscheint dem Gesprächspartner dieser Weg jedoch „*ergiebig*“. So kann in der Begegnung der jeweils eigenen Problemstellungen auf die Lernerfahrungen und Expertisen anderer Bürgerinitiativen zurückgegriffen werden, ohne eigentätig eine bestimmte Problemstellung von Grund auf neu entfalten zu müssen. Die Herstellung von Anknüpfungspunkten für die eigene Arbeit ermöglicht es dann, die fachlichen und handlungsbezogenen Ressourcen anderer Bürgerinitiativen für sich nutzbar zu machen. Das Besondere an diesem Beispiel ist, dass hier zunächst weniger ein ganz konkret benennbares Handlungsproblem den Impuls zur Kontaktaufnahme darstellt. Anlass des Besuchs ist ein grundlegendes Interesse am Umgang mit Handlungsproblematiken durch andere Bürgerinitiativen – ein die Arbeit der Bürgerinitiative übergeordnetes, operatives Handlungsproblem. Dem Besuch anderer Initiativen liegt dann die Annahme zugrunde, dass diese sich mit eben solchen themenübergreifenden Handlungsproblematiken beschäftigen. Hier wird ausgehend von einer gemeinsamen Handlungsproblematik von Bürgerinitiativen, die Generierung einer gemeinsam geteilten Lernproblematik offensichtlich. Welche Handlungsmöglichkeiten haben Bürgerinitiativen, um ihre Interessen und Vorstellungen gesellschaftlicher Entwicklung einzubringen? Man kann hier also wiederum quasi von Handlungsproblematiken bzw. Lernproblematiken auf einer Meta-Ebene, von ‚Lernsprung-Problematiken‘ sprechen, die dem je konkreten Gegenstandsbereich der einzelnen Initiativen übergeordnet sind und von Holzkamp (1995a) als grundlegend für die Durchführung kooperativer Lernhandlungen betrachtet werden. Die Analyse des empirischen Materials zeigt hier, dass kooperative Lernhandlungen auf das ‚Lernen‘ bezogen sind und nicht auf die Gruppe, d. h. Kooperation ist bezogen auf die gemeinsam geteilte Lernpro-

blematik und nicht die ursprünglich je eigene Handlungsproblematik. Jede Wandlung von einer Handlungs- zu einer Lernproblematik vollzieht zudem immer auch einen Schritt des Sozialstatus, bezogen auf individuelle oder kooperative Lernhandlungen, ob innerhalb der einzelnen Bürgerinitiative oder über ihre Grenzen hinaus.

Der Besuch anderer Initiativen kann insoweit vertieft werden, indem eine Teilnahme an bestimmten Aktivitäten der jeweiligen Bürgerinitiative erfolgt, um Handlungsmöglichkeiten für die eigene Arbeit der Initiative kennenzulernen. Die Kooperation dient hier also mit Blick auf die eigene Initiative der Erweiterung des je eigenen Handlungsspielraums. Dazu wird unter anderem an Aktivitäten anderer Bürgerinitiativen teilgenommen und damit auch deren Anliegen unterstützt (KA 2/ IKA), wie folgender Gesprächsausschnitt exemplarisch zeigt:

- GP 2: Jetzt will ich mal sagen, ich habe noch andere Sachen mitgemacht. Ich bin zum Beispiel mal mit den Straße A-Leuten nach Detmold gefahren zum RP [Regierungspräsidenten J. T.] und haben mal nen großes Plakat aufgehängt und haben gesagt nicht hier oder irgendwas mit der A-Straße, das heißt auch das hat mich interessiert und da habe ich Zeit gehabt und da hab ich spontan gesagt, ich fahr einfach heute Nachmittag mit. Hab ein paar Leute mit eingeladen und dann war es das, das heißt also
- GP 4: Was hat dich daran interessiert? A-Straße und die Betroffenheit der Leute da, also das oder
- GP 2: Es hat mich, es hat mich interessiert äh wie die beim RP aufgetreten sind, wie die ihre Interessen vertreten haben, so war das für mich ein Lernprozess
- GP 4: Also war das wieder Interesse am eigenen Verein. [BI 4 / 932-944]

Gesprächspartner 2 hat hier zusammen mit anderen Mitgliedern an einer Protestaktion einer anderen Initiative beim Regierungspräsidenten des Landes teilgenommen. Auf Nachfrage eines anderen Initiativenmitglieds gibt der Gesprächspartner an, dies aus Interesse für die eigene Initiativenarbeit getan zu haben. Ziel war es, durch die eigene Teilnahme Handlungsweisen anderer Initiativen kennenzulernen und dadurch das eigene Handlungsrepertoire zu erweitern. In den lerntheoretischen Begrifflichkeiten Klaus Holzkamps beschrieben, bestand die zugrundeliegende Handlungsproblematik darin, dass methodische Ansätze zur Umsetzung der eigenen Interessen fehlten. Frage war, welche Möglichkeiten es für Bürgerinitiativen zur Durchsetzung ihrer Interessen geben kann. Da diese Frage den Mitgliedern der Bürgerinitiative elementar erscheint, wird aus der Handlungsproblematik eine Lernproblematik und es wird eine Lernschleife eingelegt, indem andere Initiativen besucht werden und dessen Handlungsrepertoire

einerseits betrachtet und andererseits durch die eigene Teilnahme handelnder Weise erfahren wird.

Eine Teilnahme an Aktivitäten anderer Initiativen erfolgt jedoch nicht nur aus handlungstheoretischen Begründungsmustern, sondern auch aufgrund thematischer Affinitäten:

GP 2: So, hab ich von den, von den Initiatoren, eine Frau L., die hin und wieder auch mal bei und kommt, also auch da war, als wir das neue Schild an der Straße aufgestellt haben, mit der kam ich mal irgendwie in Kontakt, ich weiß nicht mehr wie und die erzählte mir, dass denn und das ist ne ganz lebhafte, überzeugende und da hab ich spontan gesagt, so geben se ein paar Zettel her, ich geh mal bei uns in der Truppe rum und dann hab ich hier auch mal bei Versammlungen Unterschriften gesammelt, dann hab ich die Zettel mit ins Sportstudio genommen und hatte da letztendlich über 200 Unterschriften, die ich dann für diese Gruppe gesammelt habe, äh weil ich der Meinung bin, dass diese Gruppe es wert ist oder das Ziel was sie verfolgt, nämlich Schutz der Landschaft, dass das ein Ziel ist, was über unseren engen Bereich hinausgeht und höhere Bedeutung hat. Und deswegen habe ich das dort gemacht, das war also sehr wohl schon

GP 4: Aber da sind wir ja noch betroffen, weil in einem größeren Zusammenhang

GP 2: indirekt betroffen

GP 4: sind wir ja auch von dem Verkehr betroffen

GP 2: indirekt betroffen.

GP 4: Wenn der See da unten hinkommt, dann haben wir noch mehr Verkehr als jetzt [...]. [BI 4 / 903-923]

Die Unterstützung einer anderen Initiative erfolgt hier vor dem Hintergrund der Feststellung, dass bestimmte Problemstellungen von verschiedenen Bürgerinitiativen gemeinsam geteilt werden. Im kooperativen Dialog wurde zwischen den Mitgliedern unterschiedlicher Bürgerinitiativen Überschneidungen der Arbeitsschwerpunkte herausgestellt, die den Gesprächspartner 2 zu der Unterstützung des spezifischen Anliegens veranlasste. Im Prozess der Kooperation kann die zuvor angesprochene Meta-Lernproblematik – Handlungsmöglichkeiten von Bürgerinitiativen – im Zuge der gemeinsamen Diskussion konkreter Problemstellungen dann durch die Herstellung von Zusammenhang zwischen dem eigenen und jeweils anderen Gegenstandsbereichen auf eine thematische Ebene rückgeführt werden. Die hier vorgestellten kooperativen Lernhandlungen wurden im Vorhinein nicht gezielt geplant, sind aber auch nicht als zufällig zu beschreiben, da sie

durch die Strukturprinzipien kommunaler Selbstverwaltung und die mangelnden politischen Partizipationsmöglichkeiten im Repräsentativsystem evoziert werden.

Deutlich wird hier zudem die Gegenseitigkeit kooperativer Lernhandlungen, sodass letztendlich alle der beteiligten Seiten von einer eingegangenen Kooperation profitieren können. In der Diskussion der Charakteristika sozialer Bewegungen in Abschnitt 3 wurde von Rucht und Neidhardt (2008, S. 649) auf genau diese Abhängigkeit der Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten von der Größe und Differenziertheit der jeweiligen Bezugsgruppen hingewiesen. Im Folgenden soll nun die Möglichkeit gezielt initiiert kooperativer Lernhandlungen vorgestellt werden.

Networking und kooperatives Handeln

Der nachfolgende Gesprächsausschnitt aus Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ beschreibt den Prozess kooperativen Lernhandelns (KA 3) aufgrund einer durch Mitglieder zweier Bürgerinitiativen festgestellten Überschneidung der jeweils eigenen Problemgegenstände. Ursächlich für diese Feststellung war die von politischen Vertretern ins Feld geführte Argumentation des Straßenbaus, in der immer das Anliegen der jeweils anderen Initiative grundlegend für die Berechtigung der städtischen Planungen ist. Dieser kuriose und teilweise widersprüchliche Sachverhalt, ist Anlass zur Diskussion der städtischen Argumentation durch Mitglieder der beiden ‚betroffenen‘ Bürgerinitiativen, wie folgendes Gesprächsbeispiel zeigt:

GP 2: Was auch interessant war, dass äh wir uns dann ja im Zuge dieser heißen Phase auch mit den Kollegen der Straße A. Das war ja eigentlich so, die vom Initiativenverbund son Vorläufer, dass wir uns mit der Straße A, die haben uns ja immer versucht so gegeneinander auszuspielen. Der Straße A haben se, wenn die Straße B kommt, dann habt ihr eure Ruhe und, uns haben se, Straße A wird erst vielleicht ausgebaut und ist noch gar nicht klar und hin und her und wir haben uns immer getroffen und denen haben sie ganz andere Zahlen gesagt wie uns, das war auch interessant. Das heißt, dann haben wir uns erst mal zusammengesetzt - - und haben erst mal ne, da konnte man se dann wiederum packen ne. Das völlig getrennt von Fachleuten wohlgemerkt, äh organisiert Studien gemacht werden und zu verschiedenen äh Ergebnissen kommen. (lachen) Offensichtlich, also das heißt wir waren eigentlich schon einen Schritt weiter ne. Weil wir uns eigentlich da als die, die das Ergebnis kriegen uns einfach zusammengesetzt haben und da schon diese Ungereimtheiten rausgekriegt haben.

I.: Da habt Ihr kooperiert?

GP 2: Da haben wir kooperiert. Ja genau, da haben wir zusammen eine Pressemitteilung rausgegeben und äh das war eigentlich dieser Vorläufer wie gesagt von diesem [Initiativenverbund] _Sachen und ja dann und was wir gesagt haben, man muss das Rad nicht neu erfinden. Das war eigentlich schon der Anfang, dass man also gegenseitig auch äh Fachliches auch ausgetauscht hat - - und solche Geschichten. [BI 2 / 563-587]

Deutlich wird hier, dass ein Schwerpunkt der Arbeit von Bürgerinitiativen in der Auseinandersetzung mit kommunalpolitischen Gremien und der Diskussion deren Argumentationen liegt. In der gemeinsamen Diskussion werden die städtischen Argumentationslinien rekonstruiert und die dafür zugrundelegten Studien zur Entwicklung des Verkehrsaufkommens analysiert. Im Ergebnis wurden im Rahmen dieses kooperativen Lernarrangements in den von der kommunalen Verwaltung vorgelegten Studien zahlreiche Widersprüchlichkeiten entdeckt – „*Das völlig getrennt von Fachleuten wohlgemerkt, äh organisiert Studien gemacht werden und zu verschiedenen äh Ergebnissen kommen*“. Vor dem Hintergrund der offengelegten Ungereimtheiten wurden diese auf deren Nutzen für die eigene Argumentation der Bürgerinitiativen hin betrachtet und sich ergebende gemeinsame Handlungsmöglichkeiten diskutiert. So wurde hier beispielsweise von beiden Bürgerinitiativen gemeinsam eine Pressemitteilung herausgegeben, um die recherchierten Widersprüchlichkeiten den Bewohnern der Stadt öffentlich zu machen.

Neben der damit möglichen inhaltlichen Vertiefung des jeweils eigenen und auch des jeweils anderen Problemzusammenhangs und dessen Zusammenwirken, wird den Mitgliedern der Bürgerinitiativen ein weiterer Aspekt deutlich – bestimmte Funktionsweisen des etablierten politischen Feldes im Rahmen der eigenen Stadt. So wird in der gemeinsamen Diskussion der beiden Initiativen deutlich, dass die einzelnen Initiativen von den Parteien, der Verwaltung und städtischen Gremien gegeneinander ausgespielt werden. Den Bürgerinitiativenmitgliedern wird hier im kooperativen Lernprozess offensichtlich, dass politische Gremien die Anliegen der Initiativen nur vordergründig ernst nehmen. So ändern sich die Argumentationsstrukturen der kommunalpolitischen Vertreter je nach Kontext und einmal durch sie getroffene Zusagen erscheinen nun wenig verlässlich. Der kooperative Dialog ermöglicht es nun, die Argumente des Gegenübers zu hinterfragen, Verfahrensweisen des etablierten politischen Feldes zu analysieren und die Arbeit der Bürgerinitiativen zukünftig darauf abstimmen zu können.

Die Herstellung von Zusammenhang und die damit verbundene Verknüpfung der zuvor jeweils einzelnen ‚Wissensbestände‘ der Bürgerinitiativen ermöglichen es damit, neue, den jeweils eigenen Gegenstandsbereich überschreitende Fragen

aufzuwerfen, wie die nach den Funktionsweisen und inhärenten Regeln des etablierten politischen Feldes (vgl. Faulstich i. E). Interessant ist an dieser Gesprächspassage, dass die Möglichkeit der Kooperation und der Selbsttätigkeit von Bürgern bzw. Bürgerinitiativen, von politischen Vertretern offenbar nicht bedacht wurde oder will man es mit Bezug auf die Ausführungen in Abschnitt 2 pointiert formulieren, als Möglichkeit gesellschaftlicher Mitgestaltung auch nicht vorgesehen sind. Die Widersprüchlichkeit von durch Vertreter des etablierten politischen Feldes in Auftrag gegebenen Gutachten oder Studien wäre also ohne die Betrachtung durch die hier einbezogenen Bürgerinitiativen gar nicht zu Tage getreten und wird damit erst durch die hier erfolgte Thematisierung zum ‚öffentlichen‘ Problem.

Neben der öffentlichen Darstellung der rekonstruierten Widersprüchlichkeiten seitens der kommunalen Verwaltung und politischen Vertretern, soll auf einen im Nachgang durch die Initiativenmitglieder darüber hinaus eingeschlagenen Weg eingegangen werden, der auf den im empirischen Material vielfach zu beobachtenden Tiefgang der Bearbeitung von Lernproblematiken durch die Initiativenmitglieder hinweist. Zur Recherche des konstatierten unterschiedlichen Zahlenmaterials zur Verkehrsentwicklung in Bielefeld, suchten einige der Initiativenmitglieder das dafür zuständige Straßenamt auf:

GP 3: Und was für mich noch son ganz interessantes Erlebnis war. Wir waren dann irgendwann auch bei Amt W., die äh noch detaillierter Zählungen hatten und wir wollten, hatten vor allem diese Ungereimtheiten, wollten wir gerne aufgeklärt haben. Und dann hat sich herausgestellt, dass dieser Sachbearbeiter eigentlich keine richtige Ahnung davon hatte ne. (lachen) Weil die Studie und letztlich auch die Auswertung der Verkehrszahlen, das wird alles nach draußen gegeben. Also das wird privatwirtschaftlich gemacht

GP 1: Extern.

GP 3: extern und die lesen irgendwie die Zusammenfassung und gucken das nicht genau an ne und der wollte mir zum Beispiel erst nicht glauben, dass also die Summe des Verkehrs der stadteinwärts oder auswärts fließt erheblich zunimmt. Und dann habe ich einfach gesagt, dann legen sie doch einfach mal ein Lineal jetzt über den Plan ne über den einen, den Vorher-Plan und zählen sie mal die Straßen die jetzt benannt werden mit äh Autozahlen, so und so viele Fahrzeuge pro Tag, zählen sie die mal vorher und jetzt zählen sie auf dem Plan mit der neuen Straße und legen das Lineal an dieselbe Stelle und zählen noch mal. Sie werden feststellen, es sind 40.000 Autos mehr pro Tag. Was für Bielefeld ne Menge ist. - - - Ja, da ist er fast aus den Pantoffeln gefallen.
[BI 2 / 541-561]

Hier wird den Initiativenmitgliedern dann deutlich, dass Studien zur Verkehrsentwicklung nicht mehr von eigenen Experten (Angestellten des Landes, der Stadt etc.) durchgeführt werden, sondern diese an selbständige Institute ‚outsourced‘ werden. Die Mitarbeiter der zuständigen Verwaltungsstellen bearbeiten diese in Folge nicht mehr detailliert und diskutieren diese nicht gemeinsam, sondern tragen nur deren Ergebnisse weiter. Hier wird den Initiativenmitgliedern durch kooperative Lernhandlungen dann wiederum ein weiterer Baustein der Funktionsweise des etablierten politischen Feldes deutlich.

Das Entdecken gemeinsamer Handlungsmöglichkeiten und die damit verbundene Stärkung des Handlungsvermögens der jeweils einzelnen Bürgerinitiativen gegenüber Vertretern des etablierten politischen Feldes, war dann in Reflexion dieses Bürgerinitiativenmitglieds einer der Anlässe um einen Kooperationsverbund (KA 4) zu initiieren. Dieser ‚Verbund‘ war einerseits als Austauschplattform für die in der Stadt aktiven Bürgerinitiativen gedacht und sollte der gegenseitigen Unterstützung der Initiativen und gemeinsamen Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten dienen. *„Sachen und ja dann und was wir gesagt haben, man muss das Rad nicht neu erfinden. Das war eigentlich schon der Anfang, dass man also gegenseitig auch äh Fachliches auch ausgetauscht hat - - und solche Geschichten [BI 2 /587-580]“*. Andererseits sollte ein Raum geschaffen werden, die jeweils einzelnen Anliegen vor dem Hintergrund von Stadtentwicklungsplanung bzw. gesamtgesellschaftlichen Fragestellungen diskutieren zu können. Das hier deutlich werdende Zusammenwirken von Reduktion und Abstraktion der je eigenen Problemzusammenhänge wird in Abschnitt 8.3 noch eingehender betrachtet.

Deutlich wird an den vorangegangenen Beispielen, dass der jeweilige Handlungsspielraum der Initiativen stark vom Aufbau von Netzwerken profitiert. ‚Networking‘ bedeutet dann einerseits, den Blick für Aktivitäten anderer Initiativen zu öffnen und diese zu kontaktieren, um am jeweiligen Informationsfluss teilzuhaben, einen Einblick in anders gelagerte oder auch ähnliche Problemstellungen zu erhalten und mögliche Ansprechpartner für die Lösung potentieller Handlungsproblematiken kennenzulernen.

Die gemeinsame Diskussion von Problemstellungen und die Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten sind dann andererseits wie gesehen wesentliche Aspekte des durch die Mitglieder der Bürgerinitiativen praktizierten ‚Networkings‘. Der aus verschiedenen Kooperationen entstandene Aufbau einer Austauschplattform (KA 4) kann dann als dessen Institutionalisierung eingeordnet werden. Dazu folgender Gesprächsausschnitt:

GP 2: Aber es war schon damals schon, dass so einige im Zuge der Initiative 2 - äh sich zusammen gerettet haben und äh ja man muss das Rad ja nicht neu erfinden ne. Wen wir getroffen haben, zum Beispiel Initiative X ne.

GP 1: In Stadtteil X.

GP 2: Oder Initiative 3, die sich dann auch gemeldet haben. Initiative 1, gut die gab es natürlich schon vorher - aber das waren schon einige äh mit Initiativen, das wurde immer mehr ne. Das äh

GP 1: Gut es haben sich ja auch mehr Initiativen gegründet

GP 2: Und dann gab es ja auch den Initiativenverbund halt ne, dass sich dann äh, ja dass man voneinander lernt. Das war ja die Idee ne - und miteinander praktisch ne arbeitet, Projekte zusammen. - - Also es war schon einiges und äh ich denke mal auch, dass der Erfolg, das wir praktisch gewonnen haben, äh eigentlich auch Mut gegeben hat ne, würde ich mal sagen [BI 2 / 272-288]

Neben der gemeinsamen Diskussion der eigenen und der gemeinsamen Problemgegenstände und deren Einbettung in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge, dient die initiierte Austauschplattform dazu, dass man „*miteinander praktisch ne arbeitet, Projekte zusammen*“ durchführt. Die gegenseitige Unterstützung weist auf zwei unterschiedliche Aspekte hin. Zum einen befördert die thematische Übereinstimmung der jeweiligen Problemgegenstände und eine damit verbundene ähnlich gelagerte Perspektive auf gesellschaftliche Entwicklung die gemeinsame Arbeit und damit verbunden kooperative Lernhandlungen. Zum anderen ist das Handeln als Bürgerinitiative grundlegendes Verbindungsmerkmal, das gegenseitige Unterstützung befördert und quasi eine eigene ‚community‘ initiiert. Nachfolgende Gesprächspassage verdeutlicht die Bedeutung der Vernetzung über thematische Begrenzungen hinaus:

GP 1: Und diese Erfahrung, die ich da gesammelt habe - - die finde ich hier in Bielefeld wieder und wir Initiativen haben uns einigermaßen gut vernetzt, einigermaßen man muss natürlich sehen, wir erleben es ja drüben im X Raum, einige sind für die Umgehungsstraße und welche sind dagegen, das ist auch bei Initiativen, aber es findet auf jeden Fall eine Vernetzung statt. Die nicht, das heißt nicht, dass wir immer alle deshalb der gleichen Meinung sind, aber die Vernetzung ist da. [BI 3 / 524-530]

Nach Ansicht dieses Gesprächspartners ist die gegenseitige Unterstützung ‚Gleichgesinnter‘, d. h. in Bürgerinitiativen handelnder Menschen, so elementar verbindend, dass divergente thematische Perspektiven diese nicht behindert. Wie sich im weiteren Verlauf der Darstellung der Ergebnisse der empirischen Studie

zeigen wird, ist damit ein zentraler Kern der Zusammenarbeit formuliert, der den Unterschied zu etablierten politischen Partizipationsmöglichkeiten wie in Parteien und deren Regeln aufzeigt.

Im Untersuchungsfeld der vorliegenden Studie differenzieren sich die Vernetzung und dessen Institutionalisierung mit der Gründung einer Wählerinitiative (hervorgegangen aus dem Initiativenverbund) weiter aus (KA 4). So verbinden die Mitglieder der unterschiedlichen Bürgerinitiativen, wie hier der Initiative 3 ‚Naturschutz‘, in Anbetracht der bisher erlebten Synergieeffekte von kooperativen Lernhandlungen, mit dem Wählen einer anderen Organisationsform, eine deutliche Vergrößerung der eigenen und gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten.

Die Gründung einer Wählerinitiative durch Mitglieder verschiedener Bürgerinitiativen und damit quasi der Eintritt in das etablierte politische Feld – wenn Wählergemeinschaften präzise dazu gezählt werden können, verhilft den Bürgerinitiativen zu einem wesentlichen schnelleren Zugang zu Informationen. Städtische Planungen und Beschlüsse oder zu Rate gezogene Gutachten können so beispielsweise von den Mitgliedern der Initiativen zeitnah in die eigene Arbeit einbezogen werden. Ein gleicher Zugang zu Informationen wie die etablierten politischen Entscheidungsträger wird von den Gesprächspartnern als elementar eingestuft, um auf Augenhöhe mit städtischen Vertretern das Anliegen der Bürgerinitiative diskutieren zu können. Die Gründung einer Wählerinitiative wurde in ihren Augen notwendig, da die zeitnahe Herausgabe von Informationen an Bürger bzw. Bürgerinitiativen von Seiten der Stadt zuvor nicht erfolgte, wenn nicht sogar verhindert wurde. Folgender Gesprächsausschnitt von Mitgliedern aus Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ verdeutlicht das Problem des defizitären Zugangs zu Informationen durch Verwaltung und Parteien. So war es den Mitgliedern von Bürgerinitiative 2 trotz der für Bürger rechtlich vorgesehen Möglichkeit des Zugangs zu Informationen wie hier einer Umweltverträglichkeitsstudie, nur über Umwegen bzw. Kontakten zum BUND möglich, an die gewünschten Informationen zu gelangen:

GP 2: Und äh an die UVS, die Umweltverträglichkeitsstudie, zum Beispiel zu kommen, - die man sich aus dem Rathaus praktisch äh sich bestellen lassen kann - - äh war kaum dran zu kommen, wenn nicht zufällig ne, N. ne

GP 1: Ja, über Netzwerke kam man dran ne. N. war ja im BUND und natürlich musste ne Umweltverträglichkeitsstudie auch zum BUND äh zu diesen Organisationen hin, weil die die Möglichkeit haben, Stellung zu nehmen. Und über sie kamen wir dann an das Ding dran.

GP 2: Ja, sonst hätte man keine Chance

GP 1: Aus dem Rathaus, keine Chance [BI 2 / 394-405]

Rechtliche Möglichkeiten der Bürger und deren praktische Umsetzungen stellen sich damit äußerst widersprüchlich dar (vgl. Abschnitt 2). Deutlich wird hier am Beispiel kooperativer Lernhandlungen ein weiteres Mal, dass den Bürgerinitiativenmitgliedern durch ihre Arbeit der Einblick in die Funktionsweise des etablierten politischen Feldes und deren Ausschlussmechanismen möglich wird (vgl. Bremer 2008). Die Gründung einer Wählergemeinschaft geht jedoch über einen erleichterten Zugang zu Informationen für die Mitglieder von Bürgerinitiativen deutlich hinaus:

GPIn: Und die Wählergemeinschaft muss man ja auch noch mal dazu sagen, is ja auch ne Gründung der Initiativen auch der Verkehrsinitiativen im Kern, um sozusagen ne breitere oder bessere Vertretung halt bei im Rathaus auch zu haben ne in der Kommunalwahl dann. Da haben wir halt auch gemeinsam mit den Initiativen Wahlprüfsteine aufgestellt und dann halt die Parteien abgefragt und dabei war dann schon deutlich, so doll is das nicht die Vertretung ne, dass alle sich da so massiv für die Interessen der Bürgerinnen direkt einsetzen ne. -- [BI 1 / 445-452]

Deutlich wird, dass ähnlich der Arbeit im Initiativenverbund, die Arbeit der Wählergemeinschaft die Gegenstandsbereiche der einzelnen Bürgerinitiativen weit überschreiten. Der jeweilige Gegenstandsbereich der Einzelinitiativen ist Anlass, um gemeinsam mit anderen Mitgliedern von Bürgerinitiativen und interessierten Menschen der Stadt Bielefeld, die Entwicklung der Stadt und diesbezügliche Stadtentwicklungskonzepte zu diskutieren und in Abgrenzung dazu eigene Vorstellungen zu formulieren. Hierzu wurden im Rahmen der Wählergemeinschaft beispielsweise vor den Kommunalwahlen Wahlprüfsteine für die übrigen Parteien bezüglich ihrer thematischen Positionierungen und ihres Einbezugs von Bürgerwünschen entwickelt. In der Reflexion der oben zu Wort gekommenen Gesprächspartnerin wird dann jedoch ein nüchternes Fazit über die Arbeit des etablierten politischen Feldes in der Stadt deutlich. So wird beispielsweise die eigentlich originäre Aufgabe, die Vertretung von Bürgerinteressen durch die gewählten kommunalpolitischen Vertreter, als defizitär eingestuft. Mehr zu diesem Aspekt wird dann in Abschnitt 8.3 diskutiert werden.

Neben der Kooperation zwischen unterschiedlichen Bürgerinitiativen und der Institutionalisierung der Arbeit im Rahmen eines Verbundes und einer Wählerinitiative, werden ebenso andere Vereine und Verbände in die Vernetzung einbezogen.

Vereine und Verbände

Relativ häufig sind einzelne Mitglieder der Bürgerinitiativen auch Mitglied in anderen Vereinen oder Verbänden wie etwa dem BUND oder VCD (Verkehrsclub Deutschland). Hier kann dann in der Bearbeitung bestimmter Problemstellungen nicht nur auf das unterschiedliche Wissen der Mitglieder zurückgegriffen werden, sondern auch auf die jeweiligen fachlichen Ressourcen von verschiedenen Vereinen und Verbänden, wodurch das initiierte Netzwerk deutlich ausdifferenziert wird:

GP 3: Genau, das war auch ganz wichtig. Also das hat uns noch ganz viele Argumente gegeben ne. Also die, dass eigentlich kaum eine Verkehrsverlagerung stattfinden wird, sondern hauptsächlich ne Verkehrsvermehrung. Das war was, was war ja son zentrales Argument äh der Regierenden ne, dass halt die A. Straße das entlasten würde ne und äh aus den Zahlen der UVS, die natürlich auch nur hochgerechnet waren, aber immerhin die Planungsgrundlage, konnte man eben ersehen, dass vor allem innerstädtischen Teil der A. Straße da wo Wohnbebauung ist, minimal nur entlastet würde nur, aber gleichzeitig durch den Neubau der Straße enorme zusätzliche Mengen von Autos äh in die Stadt gelenkt würden. Also auch ein völlig unerwünschter Effekt eigentlich. - - - Die versickerten ein bisschen merkwürdig dann am Ende. Also da gab es auch noch einige Ungereimtheiten. - - Ja, da muss man sich natürlich erst mal reindenken und äh ich meine es ist schon erstaunlich, dass man dann doch verstreut, es haben ja relativ viele in der Initiative auch mitgearbeitet, auch ne ganze Menge so Fachwissen, Teilwissen und so was findet, oder wieder jemanden, der wen kennt, den man fragen kann und also weil

GP 2: Und das alles zusammensucht.

GP 3: die beim BUND mitgearbeitet haben und äh die haben dann zwar nicht in Bielefeld unbedingt, dann aber auf Landesebene auch Leute die sich halt der Bedeutung einer Umweltverträglichkeitsstudie, wo die Knackpunkte sind, wo man ansetzen kann und sagt, hier ist es problematisch, dann auch Bescheid wissen. - - Ja, das äh zum Thema Fachwissen eigentlich ne. Das man äh ne Menge rauskriegen kann und das es letztlich auch nicht so wirklich schwierig ist, wenn man die Unterlagen hat und äh es über die Hauptschule hinaus geschafft hat, dann äh kann man da auch irgendwie was rauslesen ne mit nem bisschen Verstand. [BI 2 / 508-537]

Der Kontakt von Bürgerinitiativenmitgliedern beispielsweise zu Umweltschutzvereinen ermöglicht es in der Begegnung von Lernproblematiken auf dessen Expertise zurückzugreifen und so den jeweiligen Gegenstandsbereich differenzierter zu betrachten. Das Gesprächsbeispiel zeigt hier die Ausdifferenzierung ko-

operativen Lernhandelns. So wird einerseits auf den fachlichen Input von anderen Vereinen und Verbänden zurückgegriffen und andererseits gemeinsam mit Mitgliedern bzw. Vertretern von Vereinen oder Verbänden Handlungsmöglichkeiten zur Begegnung der jeweiligen Problemstellungen der Bürgerinitiativen oder respektive sich aus einer als defizitär eingestuften städtischen Planungen ergebende, entwickelt. Die mit Mitgliedern aus Vereinen und Verbänden vollzogenen kooperativen Lernhandlungen münden dann unter anderem in der gemeinsamen Durchführung öffentlicher Aktionen, wie eine Gesprächspartnerin im Folgenden berichtet:

- GPin: H-hm. Also die --- es gab ja immer die Kernverkehrsinitiativen wie den VCD, die Gruppe aktiver Fahrradfahrer und Fußgänger. Wer fällt Euch noch ein? Dann gab's noch den äh Greenpeace und äh alle, die sich so im Umweltzentrum früher so trafen an Initiativen, die unter anderem auch den Verkehr beim Thema Klima, Umweltschutz und so drin hatten. Es waren also so eher die Umweltschutz_ äh initiativen, die wir immer im Verteiler hatten. Die haben wir immer mit informiert bei allen Aktionen und die haben auch bei allen Demonstrationen mitgemacht und so. Die waren halt immer mit dabei, die haben wir eingeladen zu Referaten, wenn wir hier zu Vorträgen, wenn wir eingeladen haben und so.
- GP 1: Obwohl, so aus meiner Zeit bei der Bürgerinitiative war, dass Unterstützungspotential durch bestehende Initiativen also sehr, sehr sehr mäßig.
- GPin: Ja, das war dann gerade wieder die Phase vorbei. Also es gab ne ganz aktive Phase mit dem VCD. Da bin ich auch schon seit ewigen Zeiten vor der Bürgerinitiative Mitglied drin und äh, die haben sich auch 14-tägig hier in der Altstadt getroffen und haben auch Aktionen gemacht. Die haben zum Beispiel diese Aktion mit den Gehzeugen mitgemacht. Erinnerst Ihr Euch? Da haben wir so Holzgestelle hier auf der Straße gebastelt vor uns. Da gab's von nem Professor N. so ne Anleitung dazu, wie man die zusammenschraubt. Haben wir vorher bei Hornbach alles selbst also alles als Aktion gekauft, dann hier geschraubt und äh in der Größe eines Autos uns mit Gurten umgehängt, also - -son riesiges Holzgestell und sind dann als Demonstration die A-Straße lang gegangen. Da haben halt dann auch also solche aktivi_ äh die ganzen Leute vom VCD, von der GAFF und so haben bei so was mitgemacht von Greenpeace, BUND und so. [BI 1 / 387-413]

Bürgerinitiative 1 ‚Straßenausbau‘ kooperierte hier beispielsweise im Rahmen ihrer Arbeit mit dem Verkehrsclub Deutschland (VCD), der Gruppe aktiver Fahrradfahrer und Fußgänger (GAFF), Greenpeace und dem BUND. Die übergeordneten und gemeinsam verfolgten Themen ‚Klima und Umweltschutz‘ bo-

ten Anschlüsse zum jeweiligen Gegenstandsbereich und waren hier dann ursächliches Moment der kooperativer Lernhandlungen.

Die Intensität der Kooperation mit Vereinen und Verbänden wird von den Gesprächspartnern von Bürgerinitiative 1 ‚Straßenausbau‘ dann unterschiedlich eingeordnet. Deutlich wird, wie die Gesprächspartnerin es formuliert, dass hier Phasen der aktiven und Phasen der ruhenden Kooperation von Bürgerinitiative und Vereinen und Verbänden zu beschreiben sind. Diese Einschätzung lässt sich mit Blick auf das gesamte empirische Material so bestätigen und verweist auf die in Abschnitt 3 im Rahmen sozialer Bewegungen diskutierte unverbindliche und fluide Struktur von Bürgerinitiativen und deren Netzwerken (vgl. Rammstedt 1978, S. 210). Charakteristisch ist, dass je nach Aktivitätsphase der Bürgerinitiative und auch Öffentlichkeit des Gegenstandsbereichs auf Kooperationen zurückgegriffen werden kann und neue initiiert werden und in Phasen geringerer Aktivität diese quasi ruhen und je nach Anlass wieder reaktiviert werden können oder müssen.

Am Beispiel des Zurückgreifens auf von anderen Gruppen entwickelten themenbezogenen Handlungsanleitungen zur Darstellung des jeweiligen Anliegens in der Öffentlichkeit, wie hier der im universitären Rahmen entwickelten ‚Gehzeugen‘⁷, wird unter anderem deutlich, dass die Kooperation mit Vereinen und Verbänden und ähnlichem dazu beiträgt die öffentliche Präsenz des je eigenen Problemgegenstands herzustellen oder zu verstärken. Zudem kann der je eigene Arbeitsschwerpunkt der Initiativen dadurch in einen größeren thematischen Kontext eingeordnet werden. Die hier beschriebenen Integrationsprozesse werden in Abschnitt 8.2 im Rahmen der Dimension ‚aufnehmend – weitergebend‘ weiter ausgeführt.

Zusammenfassung

Zusammenfassend lässt sich vor dem Hintergrund der vorangegangenen Diskussion für die Dimension ‚kooperativ – individuell‘ nun folgendes festhalten: In Rahmen der Arbeit von Bürgerinitiativen sind einerseits individuelle Lernhandlungen und andererseits zahlreiche kooperative Lernhandlungen zu beobachten. Die Analyse der Lernhandlungen hat verdeutlicht, dass individuelle und kooperative Lernhandlungen stark miteinander verwoben sind. Das der Studie zugrundegelegte lerntheoretische Instrumentarium – Handlungsproblematik, Lernproblematik, Lernschleife – erlaubte es jedoch einzelne Formen individueller und kooperativer Lernhandlungen herauszufiltern und in ihrer Spezifik zu beschreiben. Die herausgefilterten Lernformen sind damit als eine idealtypische analyti-

7 Bei den ‚Gehzeugen‘ handelt es sich um Holzgestelle die von einzelnen Personen getragen werden und Kraftfahrzeuge und deren Flächenverbrauch symbolisieren sollen.

sche Unterscheidung zu verstehen, die in den stattfindenden Handlungssituationen oftmals nicht einfach zu trennen sind. Damit ist aber zugleich bereits auf die Bedeutsamkeit einer solchen Charakterisierung von Lernhandlungen verwiesen: Die herausgearbeiteten Kategorien von Lernhandlungen ermöglichen den Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative in seiner Vielschichtigkeit zu beschreiben und zeigen damit auf die hohe Differenziertheit der hier vollzogenen Lernhandlungen. Das was auf den ersten Blick von außen betrachtet vielleicht unprofessionell oder unstrukturiert wirkt, kann so aus einer gegenteiligen Perspektive gerade auf die vielfach unbeachtete Wertigkeit dieses selbstbegründeten politischen Lernens im Rahmen von Bürgerinitiativen hinweisen.

Deutlich wird im Rahmen der Dimension ‚kooperativ – individuell‘, dass Handlungsproblematiken im Rahmen von Bürgerinitiativen vielfach auf lernende Weise begegnet wird, also aus Handlungsproblematiken vielfach Lernproblematiken werden, denen mit einer Lernschleife begegnet wird. In der Begegnung einer Handlungsproblematik wird dabei entweder auf das Vorwissen der Mitglieder zurückgegriffen oder wenn ein solcher Rückgriff nicht möglich ist, die Handlungsproblematik aber als elementar eingestuft wird, diese zur Lernproblematik transferiert und dementsprechend eine Lernschleife vollzogen. Lernproblematiken wird dann in gleichberechtigter Weise entweder durch individuelle und kooperative Lernhandlungen begegnet, d. h. der Prozess wird arbeitsteilig gestaltet. Kooperative Lernhandlungen können dabei als konstitutiv für die Beschreibung des Lern-Handlungsraums Bürgerinitiative betrachtet werden. Die Analyse des empirischen Materials konnte dabei für die Durchführung kooperativer Lernhandlungen die von Holzkamp (1995a) beschriebene „reziproke Beziehung, also als den permanenten an der Überwindung der Lernprobleme orientierter Dialog“ rekonstruieren, wie an Fallbeispiel 1 dargestellt wurde. Dieser Dialog ermöglicht dann, den von Holzkamp (ebd.) beschriebenen Aufbau überlappender Zonen des Wissens und Könnens, wobei die unterschiedliche subjektive Bedeutsamkeit variieren kann und somit jedem Einzelnen die Auswahl der Lernschleifen nach je subjektiven Interessenlagen ermöglicht und einer gemeinsamen übergeordneten Lernproblematik nicht entgegensteht.

Exemplarisch stand hierfür Fallbeispiel 1, indem neben der organisatorischen Ausdifferenzierung desweiteren eine thematische Ausdifferenzierung von Lernhandlungen zu beobachten ist. Hier ist gleichermaßen eine starke Verwobenheit konstituierend. Im Verlauf der Lernhandlungen ist also eine Verschränkung individueller und kooperativer Lernhandlungen als auch eine gleichzeitige operative und thematische Ausdifferenzierung des Problemgegenstands und der Handlungsmöglichkeiten zu beobachten. So ist mit zunehmender Beschäftigung mit dem jeweiligen Gegenstandsbereich eine wachsende Tiefe des Gegenstands auf-

schlusses zu beobachten – Holzkamp (vgl. ebd.) hatte diese Möglichkeit als qualitative Lernsprünge bezeichnet. In Fallbeispiel 1 wurde dies im Übergang vom Verstehen von Lärmschutzmaßnahmen bis hin zur Diskussion des Zusammenhangs von Lärm und Gesundheit deutlich. So wurde in der Begegnung spezieller Problematiken das übergeordnete Problem der Handlungsmöglichkeiten von Bürgerinitiativen respektive der Bürger generell und damit die Funktionsweise des etablierten politischen Systems diskutiert. Die Besonderheit kooperativen Lernens im Rahmen von Bürgerinitiativen ist dann von der ökonomischen Arbeitsaufteilung einmal abgesehen, zu erfahren, dass „die lernende Erweiterung und Vertiefung des Weltzugangs und damit die erreichbare Verfügungserweiterung/Lebensqualität nicht nur im Interesse dessen, der sie gerade erlangt hat, sondern im allgemeinen Interesse ist: Dein Lernfortschritt ist, da ich daran teilhaben kann, prinzipiell auch mein Lernfortschritt und umgekehrt“ (Holzkamp 1995a, S. 528). Die Möglichkeit qualitativer Lernsprünge wird damit im Rahmen kooperativen Lernhandelns deutlich erweitert, wie beispielsweise die zuvor dargestellten Meta-Handlungsproblematiken bzw. ‚Lernsprung-Problematiken‘ verdeutlichen.

Im Einzelnen wurden dann unter den Aspekten ‚Austauschen und Unterstützen‘, ‚Networking und Handeln‘ und ‚Vereine und Verbände‘ unterschiedliche Formen von kooperativen Lernhandlungen dargestellt. Dabei wurden Lernhandlungen die sich auf den gemeinsamen Austausch des je eigenen und je anderen Problemgegenstand durch den Besuch anderer Initiativen, die Weiterentwicklung der eigenen Handlungsmöglichkeiten durch die Teilnahme an Aktivitäten anderer Initiativen und die Unterstützung deren Anliegen durch die konstatierte thematische Bedeutsamkeit unter ‚Austauschen und Unterstützen‘ gefasst. Unter ‚Networking und Handeln‘ wurde der Aufbau von Kontakten und deren Vertiefung durch kooperative Arbeitsformen wie einen Initiativenverbund und die Gründung einer Wählerinitiative gefasst. Hier waren die gemeinsame Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund eines gemeinsamen Problemgegenstands, die Funktionsweise des etablierten politischen Systems und deren geringe Anknüpfung an die Interessen der Bürger charakteristisch. Desweiteren konnten kooperative Lernhandlungen in Kooperation mit anderen Vereinen und Verbänden herausgestellt werden, die den je eigenen Problemgegenstand in einen weiteren thematischen Kontext stellen und die öffentliche Darstellung der Problemgegenstände unterstützen.

Im Rahmen der Charaktisierung der unterschiedlichen Formen kooperativer Lernhandlungen deutet sich die Auseinandersetzung mit dem etablierten politischen System schon an, was sich in der Beschreibung der beiden weiteren Dimension ‚aufnehmend – weitergebend‘ und ‚aktional – reflexiv‘ noch differen-

zierter zeigen wird, aber hier schon als eine grundlegende alle anderen Lernhandlungen begleitende Meta-Lernproblematik eingeordnet wurde.

8.2 DIMENSION ‚AUFNEHMEND – WEITERGEBEND‘

Neben der im vorherigen Abschnitt diskutierten Dimension ‚individuell – kooperativ‘ kristallisierte sich in der Analyse des empirischen Materials als weiteres den Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative beschreibendes Kennzeichen die Dimension ‚aufnehmend – weitergebend‘ heraus. Gemeint ist damit zunächst einmal ganz allgemein, dass im Verlauf der Begegnung von Lernproblematiken einerseits die Aufnahme ‚externen‘ Wissens, beispielsweise durch den Einbezug von Fachliteratur, der Einladung von Experten oder durch die Teilnahme an Tagungen oder ähnlichem und andererseits im Verlauf der jeweiligen Initiativenarbeit die Weitergabe des hierbei konstruierten, eigenen Wissens zu beobachten ist. Hier werden dann beispielsweise andere Initiativen bei der Erstellung von Einwendungen unterstützt, öffentliche Fachvorträge initiiert oder die eigene Expertise in verschiedenen Medien veröffentlicht. Die Analyse der unterschiedlichen empirischen Materialien konnte vier verschiedene Kategorien aufnehmender Aspekte von Lernhandlungen (A) und fünf Kategorien weitergebender Aspekte von Lernhandlungen (W) herausarbeiten (s. Tab. 4). Auch hier sind wie in der vorherigen Dimension diskutiert, Überschneidungen bzw. fließende Übergänge zwischen aufnehmenden und weitergebenden Lernhandlungen zu beobachten. In die Betrachtung fließen neben einer analytischen, kategorialen Differenzierung bereits zuvor beschriebene Lernhandlungen mit ein, werden nun jedoch aus dem Blickwinkel aufnehmender und weitergebender Aspekte von Lernhandlungen analysiert. So wird die Beschreibung der unterschiedlichen Lernhandlungen des Lern-Handlungsraums Bürgerinitiative in ihrer Vielschichtigkeit detaillierter darstellbar.

*Tabelle 4: Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative –
Dimension ‚aufnehmend – weitergebend‘*

<i>aufnehmend</i>		<i>weitergebend</i>	
Auf1	Einbezug von Fachliteratur etc.	W1	Vorstellung der eigenen Arbeit,
Auf2	Einladung von Mitgliedern anderer Initiativen oder deren Besuch	W2	Weitergabe des Wissens
Auf3	Einladung von ‚Experten‘	W3	Beratungsangebote
Auf4	Teilnahme an Fachveranstaltungen	W4	Durchführung von Workshops, Vorträgen etc.
		W5	Überführung eigener Expertise in andere Organisationsformen
			Erstellung eigener Expertise z. B. in gedruckter Form

Quelle: Eigene Darstellung

Zunächst sollen im Folgenden die unterschiedlichen Möglichkeiten der Aufnahme ‚externen‘ Wissens durch die Mitglieder der Bürgerinitiativen betrachtet werden. Hier lässt sich zunächst feststellen, dass durch die Bürgerinitiativenmitglieder auf eine große Bandbreite an Möglichkeiten der Wissensgenerierung zurückgegriffen wird. Das empirische Material lässt hier die Interpretation zu, dass im Verlauf des jeweiligen Gegenstandsaufschlusses eine Ausdifferenzierung der themenbezogenen Aufnahme externen Wissens zu beobachten ist. Werden zunächst auf den Einzelfall bezogene Verwaltungsvorlagen und Ähnliches bearbeitet, werden im Verlauf der Lernaktivitäten relevant erscheinende Fachliteratur oder Expertenberichte (I1), wie beispielsweise eine Studie zur Funktionsweise von Navigationsgeräten oder der Weltklimabericht, hinzugezogen und damit deutlich von Einzelfall abgehobene Aspekte thematisiert.

Eine andere Möglichkeit der Erweiterung der eigenen fachlichen Ressourcen liegt wie im vorherigen Abschnitt dargestellt in der Kooperation mit anderen Initiativen (Auf2), zudem in Form von Vorträgen durch verschiedene Experten (BUND, VCD, Greenpeace etc.), die beispielsweise die Auswirkungen von Lärm auf die Gesundheit erläutern (Auf3). Ebenso dient die Teilnahme an Fachveranstaltungen wie beispielsweise dem 16. alternativen Umwelt- und Verkehrskongress (BUVKO) in Stuttgart 2007 zum Thema „Verkehrsrückgang als Chance“ oder die Messe „Energiesparen und erneuerbare Energiequellen“ vom Forum Erneuerbare Energien (FEE/OWL) 2007 in Bielefeld den Mitgliedern der Bürgerinitiativen zur vertieften Bearbeitung des jeweiligen Problemgegenstands (Auf4). Im Folgenden soll das im vorherigen Abschnitt diskutierte Beispiel ‚Be-

arbeitung einer Klageschrift‘ unter der vorliegenden Dimension re-analysiert und neu formuliert werden und damit exemplarisch die unterschiedlichen Möglichkeiten der Aufnahme ‚externen‘ Wissens und die im Verlauf der Arbeit damit verbundene Ausdifferenzierung des Gegenstandsaufschlusses verdeutlicht werden (s. Abb. 10).

Deutlich wird an vorliegendem Beispiel, dass in der Begegnung einer Lernproblematik durch die Bürgerinitiativenmitglieder auf eine große Bandbreite ‚externen‘ Wissens zurückgegriffen wird. So werden durch Initiative 1 ‚Straßenausbau‘ zunächst Fachliteratur, Expertenberichte und Gesetzesvorlagen einbezogen, um unterschiedliche Lärmschutzmaßnahmen einordnen zu können. Da die Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen auf Grundlage vermuteter gesundheitlicher Beeinträchtigungen durchgeführt werden muss, wird zur Erläuterung dieses Zusammenhangs ein Experte des Verkehrsclubs Deutschland hinzugezogen, der hierzu referiert. Eine darüber hinausgehende Einordnung des eigenen Problemgegenstands erfolgt dann im Verlauf der Arbeit durch die Teilnahme an einem Umwelt- und Verkehrskongress in Stuttgart.

Die im vorherigen Abschnitt beschriebene organisatorische und thematische Ausdifferenzierung durch individuelle und kooperative Lernhandlungen kann damit durch die unterschiedlichen Formen der Aufnahme ‚externen‘ Wissens in der Bearbeitung des jeweiligen Problemgegenstands weiter ausdifferenziert werden. Im Folgenden sollen nun einzelne Möglichkeiten der Aufnahme ‚externen‘ Wissens anhand von unterschiedlichen Gesprächspassagen detaillierter betrachtet werden.

*Abbildung 10: Fallbeispiel für Möglichkeiten der Aufnahme ‚externen‘ Wissens**Fallbeispiel: Bearbeitung einer Klageschrift (2)*

Eine von Initiative 1 ‚Straßenausbau‘ eingereichte Klage gegen den Umbau einer innerstädtischen Straße ist abgewiesen worden. In der intensiven Bearbeitung der Klageschrift fällt den Mitgliedern unter anderem auf, dass verschiedene Definitionen von Lärmschutz verwendet werden, die jeweils unterschiedliche Lärmschutzmaßnahmen zur Folge haben. Da den anwesenden Mitgliedern der Initiative notwendiges Wissen zur Klärung dieser Frage fehlt, erklärt sich ein Mitglied der Initiative dazu bereit, die Unterschiede von Lärmschutzmaßnahmen und deren Definitionen zu recherchieren. Dazu wird auf verwaltungstechnische Vorgaben, gesetzliche Bestimmungen und Fachtexte zurückgegriffen (Auf1). Die Rechercheergebnisse werden im nächsten Treffen der Initiative vorgestellt und diskutiert. In der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Lärmschutzmaßnahmen und -definitionen wird die Frage nach dem Einfluss von Lärm auf die Gesundheit durch die Initiativenmitglieder aufgeworfen und bezogen auf das eigene Anliegen diskutiert. Um diesen Zusammenhang jedoch für den Problemkontext der Initiative fruchtbar machen zu können, fehlt dem Großteil der Mitglieder das notwendige Wissen. Hier verfügt ein Initiativenmitglied aufgrund seiner Mitgliedschaft in verschiedenen Vereinen, wie dem Verkehrsclub Deutschland, über Hintergrundwissen und will dazu in einer nächsten Sitzung eine Übersicht geben. In einer der nächsten Sitzungen wird dann durch den ‚Experten‘ in diese Thematik eingeführt (Auf3). Auf Grundlage dessen werden Anknüpfungspunkte für die Fragestellungen der Initiative betrachtet und diesbezügliche Handlungsmöglichkeiten wie beispielsweise das Angebot von Lärmmessungen für Bewohner des Stadtviertels oder das Verfassen einer Pressemitteilung diskutiert (W1, 2, 3). Durch die hier vollzogene Herstellung von Zusammenhang zu anderen Themenfelder den jeweiligen Problemgegenstand weit überschreitend, wird von einigen Mitgliedern die Teilnahme am Umwelt- und Verkehrskongress (BUVKO) in Stuttgart 2007 zum Thema „Verkehrsrückgang als Chance“ geplant (Auf4). So ist es möglich, dass eigene Anliegen schließlich in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen zu stellen.

Quelle: Eigene Darstellung

Fachliteratur, Experten und Co.

Ein grundlegender Zugang in der Begegnung von Lernproblematiken besteht zunächst in der eigenständigen Recherche und Aneignung fachspezifischer Zusammenhänge auf Grundlage von Fachliteratur, wissenschaftlichen Studien oder vergleichbaren Quellen (Auf1). So gibt nachfolgende Gesprächspartnerin an, sich „schon in viele Fachthemen auch richtig eingearbeitet“ zu haben:

GPin: Schon mit zum Teil ner Grundausbildung oder Vorbildung, aber allein durch Interesse und jahrelanges Lesen und Erarbeiten haben wir uns schon, auch im Verhältnis zu manchen Fachleuten in Anführungsstrichen im Rathaus, nen gutes Fachwissen erarbeitet. Also das wurde ja deutlich bei den Anhörungen und so weiter, dass unsere Art zu argumentieren, also es ist ja wirklich auch die Frage, wie man Fachmensch definiert. Was sind Fachleute denn? [BI 1/495-501].

Die Frage der Definition von ‚Fachmensch‘ wurde schon im vorangegangenen Abschnitt diskutiert, deutlich wird an dieser Einordnung des eigenen fachspezifischen ‚Wissenstandes‘ im Hinblick der Aufnahme ‚externen‘ Wissens jedoch, dass in der Begegnung des jeweiligen Problemgegenstands durch die Mitglieder von Bürgerinitiativen eine grundlegende Einarbeitung in bestimmte Sachverhalte erfolgt, die „mit zum Teil ner Grundausbildung oder Vorbildung“ zu vergleichen ist. Bezogen auf den Problemgegenstand von Initiative 1 ‚Straßenausbau‘ bedeutet Fachwissen dann unter anderem, die Auseinandersetzung mit unterschiedlichsten Richtlinien, wie hier zu „*Straßenbau, Straßenplanung, Aufteilung des Straßenraums*“ [BI 1 / 726-727] oder die Einordnung von Umweltverträglichkeitsstudien, „*dass ist ja praktisch son dicker Wälzer, wo alles drin steht, was jetzt da schlecht und gut ist an so einem Projekt (lachen). Meistens mehr schlecht als gut. Ja und man ist jetzt nen Fachmann in wie sich Lärm ausbreitet*“ [BI 3 / 478-481]. Wie unterschiedlich die Kontexte und wie weitreichend der Einbezug externen Wissens dabei verläuft, zeigt folgende Gesprächspassage:

GP 1: Und was man dann natürlich noch macht ist, dass andere die Gesetzgebung auf, vor allem auch auf EU-Ebene aber auch auf Bundesebene beobachten, ob’s nicht Gesetzesänderungen gibt, wie Lärminderungsrichtlinien, Luftreinhalteplanungen, die jetzt auch für dieses Bauprojekt A-Straße noch von rechtlicher Relevanz sein können. [BI 1/478-482]

So werden neben kommunalen Planungen, ebenso Richtlinien und Gesetzgebungen auf Länder-, Bundes- und EU-Ebene recherchiert und dessen Veränderungen bzw. Neuerungen verfolgt. Hier wird deutlich, dass sich der strukturelle Blick

auf das etablierte politische Feld in der Aufnahme von Wissen über die kommunale Ebene hinaus bis auf EU-Ebene erweitert.

Neben der eigenen Recherche notwendigen Fachwissens, bedeutet ‚Aufnahme‘ ebenso, das Wissen anderer Initiativen für die eigenen Arbeit fruchtbar zu machen (Auf2). Die zuvor im Rahmen kooperativer Lernhandlungen exemplarisch ausgewählte Gesprächspassage soll hier nun ebenso unter dem Fokus der ‚Aufnahme‘ re-analysiert werden:

- GP 2: Jetzt will ich mal sagen, ich habe noch andere Sachen mitgemacht. Ich bin zum Beispiel mal mit den Straße A-Leuten nach Detmold gefahren zum RP [Regierungspräsidenten] und haben mal nen großes Plakat aufgehängt und haben gesagt nicht hier oder irgendwas mit der A-Straße, das heißt auch, das hat mich interessiert und da habe ich Zeit gehabt und da hab ich spontan gesagt, ich fahr einfach heute Nachmittag mit. Hab ein paar Leute mit eingeladen und dann war es das, das heißt also
- GP 4: Was hat dich daran interessiert? A-Straße und die Betroffenheit der Leute da, also das oder
- GP 2: Es hat mich, es hat mich interessiert äh wie die beim RP aufgetreten sind, wie die ihre Interessen vertreten haben, so war das für mich ein Lernprozess
- GP 4: Also war das wieder Interesse am eigenen Verein [BI 4 / 932-944]

Durch den Besuch anderer Bürgerinitiativen und die Teilnahme an deren Aktivitäten besteht die Möglichkeit, die eigenen Wissensressourcen zu erweitern und mögliche Lösungswege zur Begegnung von Handlungsproblematiken kennenzulernen. Im Vordergrund steht hier dann die Erweiterung des handlungsbezogenen Wissens, dass wie zuvor bereits diskutiert, dann als eine Meta-Handlungsproblematik die allen Initiativen grundlegend ist, eingeordnet werden kann.

Die Aufnahme des Wissens anderer Initiativen wird möglich durch das stark ausdifferenzierte Netzwerk der beobachteten Bürgerinitiativen. Im vorangegangenen Abschnitt wurde bereits die Bedeutung des ‚Networking‘ als wichtige Ressource der Bürgerinitiativenarbeit diskutiert und die daraus erfolgte Gründung eines Initiativenverbundes sowie einer Wählergemeinschaft beschrieben. Neben der Möglichkeit die Expertise anderer Bürgerinitiativen in die eigene Bearbeitung des jeweiligen Problemzusammenhangs einzubeziehen, kann im Rahmen der Teilnahme der Treffen der Wählergemeinschaft ebenso auf deren fachlichen Ressourcen zurückgegriffen werden. Folgender Gesprächsausschnitt von Bürgerinitiative 4 ‚Umgehungsstraße‘ beschreibt diese Form der Aufnahme ‚externen‘ Wissens folgendermaßen:

- GP 2: Und die sind, das das ist auch der Vorteil, ich bin da ja alle vierzehn Tage abends und der Vorteil ist, man bekommt sehr viel Informationen von dem politischen Geschehen von Bielefeld, man kann seine eigenen Probleme einbringen, es werden dann entsprechende Aktionen auch äh geplant, wo man sagen kann oder wo [die Wählergemeinschaft] sagt, wir kommen auch wir schicken nen paar und nehmen daran teil, sodass man sich da ganz gut aufgehoben fühlt und ich kann sagen, ich könnte mir nicht vorstellen, dass ich unsere Belange in irgendeiner der herkömmlichen Parteien vertreten sähe.
[BI 4 /1037-1045]

Die Teilnahme an den Treffen der Wählergemeinschaft wird hier als „*Vorteil*“ für die eigene Initiativenarbeit beschrieben. So habe man die Möglichkeit, „*Informationen von dem politischen Geschehen*“ zu bekommen, könne seine eigenen Problemstellungen einbringen und würde bei den Aktivitäten der eigenen Initiative durch Mitglieder der Wählergemeinschaft unterstützt. Eine solche fruchtbare Kooperation mit den etablierten politischen Parteien, kann sich der Gesprächspartner demgegenüber nicht vorstellen.

Neben dem Einbezug des Wissens anderer Initiativen und der Kooperation mit dem Initiativenverbund oder der Wählergemeinschaft, werden durch die Bürgerinitiativen ebenso Fachexperten von Vereinen und Verbänden zu verschiedenen Fragestellungen berücksichtigt (Auf3). Diese werden dann einerseits bei speziellen Fragestellungen angefragt, wie hier zur Einschätzung der Bedeutung von Umweltverträglichkeitsstudien durch Experten des BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland:

- GP 3: die beim BUND mitgearbeitet haben und äh die haben dann zwar nicht in Bielefeld unbedingt, dann aber auf Landesebene auch Leute die sich halt der Bedeutung einer Umweltverträglichkeitsstudie, wo die Knackpunkte sind, wo man ansetzen kann und sagt hier ist es problematisch, dann auch Bescheid wissen. - - Ja, das äh zum Thema Fachwissen eigentlich ne.
[BI 2 /528-533]

oder im Kontext der differenzierteren Erschließung eines Themenfeldes zu Vorträgen eingeladen, wie hier vom Verkehrsclub Deutschland (VCD), der Gruppe aktiver Fahrradfahrer und Fußgänger (GAFF) oder auch von Greenpeace:

- GPin: H-hm. Also die --- es gab ja immer die Kernverkehrsinitiativen wie den VCD, die Gruppe aktiver Fahrradfahrer und Fußgänger. Wer fällt Euch noch ein? Dann gab's noch den äh Greenpeace und äh alle, die sich so im Umweltzentrum früher

so trafen an Initiativen, die unter anderem auch den Verkehr beim Thema Klima, Umweltschutz und so drin hatten. Es waren also so eher die Umweltschutz_ äh Initiativen, die wir immer im Verteiler hatten. Die haben wir immer mit informiert bei allen Aktionen und die haben auch bei allen Demonstrationen mitgemacht und so. Die waren halt immer mit dabei, die haben wir eingeladen zu Referaten, wenn wir hier zu Vorträgen, wenn wir eingeladen haben und so [BI 1 /387-396].

Die Aufnahme unterschiedlichen ‚externen‘ Fachwissens erweitert den Blickwinkel der Initiativmitglieder auf den jeweiligen Problemgegenstand. Das Einladen von Experten mit unterschiedlichen disziplinären Hintergründen ermöglicht den Initiativmitgliedern zudem das Kennenlernen unterschiedlicher disziplinärer Perspektiven auf ein und denselben Gegenstand und trägt damit zu einer Perspektivendivergenz und differenzierten Betrachtung des eigenen Gegenstandsbereichs bei. Veranschaulicht werden kann dieser Prozess prägnant an der von Initiative 3 ‚Naturschutz‘ organisierten Vortragsreihe zum Themen ‚Binnendünen‘:

GPin: Das konnte man zum Beispiel in diesem Vortrag von H. ganz deutlich erfahren, wenn zum Beispiel die Biologen darüber immer gesagt haben, also V. als Biologe hat gesagt, die Kiefer ist hier überhaupt nicht heimisch, dann hat H. zum Beispiel, weil er geschichtlich gearbeitet hat, festgestellt, dass das natürlich ein Irrtum ist, denn man hat bei ganz frühen Ausgrabungen eben diesen Kiefern Samen gefunden und also war die Kiefer schon immer da, [...] Ne, da prallen dann ja auch die Meinungen aufeinander ne. So wie zum Beispiel der äh der Biologe eine Düne am liebsten kahlgeschoren haben will äh, damit die äh ganzen kleinen Pflänzchen da wachsen, die er so hübsch gerne anguckt und äh ich dem, dem Moment sage äh ich meine also äh die Natur entwickelt sich ja auch ja und dass hier fast nur noch fast bewaldete Dünen sind, das ist ja nicht so, dass einer hingegangen ist und hat die Bäume alle gepflanzt oder so, die sind natürlich, Samen fliegt durch die Gegend, das merkt man in seinem eigenen Garten, plötzlich hat man ne Pflanze, die hat man noch gar nicht gesehen ne. - - Und das sind eben auch spannende Situationen, die man durch diese äh Referenten auch selber mitkriegt ne. Und das sind eben auch spannende Situationen, die man durch diese Referenten auch selber mitkriegt. [BI 3/757-783]

Zur Fundierung des eigenen Wissens über ‚Binnendünen‘ haben die Initiativmitglieder verschiedene Experten zu Vorträgen eingeladen. Zunächst referierte ein Biologe über Flora und Fauna der Binnendünen, in einem weiteren Vortrag wurde die Entwicklung der Binnendünen dann aus historischer Perspektive dis-

kutiert. Deutlich wird an obiger Gesprächspassage, dass je nach Disziplin von den Vortragenden unterschiedliche Forschungsperspektiven eingenommen werden und jeweils unterschiedliche Aspekte für die Vortragenden relevant sind. Dies führt dann dazu, so die Gesprächspartnerin, dass beispielsweise die Bewaldung von Dünen in ihrer Bedeutung durch die Vortragenden sehr unterschiedlich eingeordnet wird – „*Und dass sind eben auch spannende Situationen, die man durch diese Referenten auch selber mitkriegt*“. Infolge dessen muss in der Einordnung wissenschaftlicher Studien für unterschiedliche Gegenstandsbereiche immer auch deren Entstehungskontext einbezogen werden.

Verschränkung von ‚Lernen und Lehren‘

Oben vorgestellte Gesprächspassage hat den Prozess der Aufnahme ‚externen‘ Wissens im Rahmen von selbstinitiierten Vorträgen zum eigenen Gegenstandsbereich dargestellt. Greift man dazu auf den Vorlauf dieses Gesprächsausschnittes zurück, so wird die Verschränkung von Aufnahme und Weitergabe im Rahmen der Lernhandlungen von Bürgerinitiativen deutlich. So wird die Durchführung einer Vortragsreihe zum Thema „Binnendünen“ nicht nur zur eigenen fachlichen Einarbeitung in den eigenen Gegenstandsbereich initiiert, sondern auch zur gezielten Beteiligung anderer Menschen am eigenen Lernprozess geplant und damit weitergedacht, auch die Ressourcenmobilisierung für die Bürgerinitiative initiiert:

GPIn: dass wir in dem Moment festgestellt haben, es sind viel zu wenig Bürger überhaupt über - diese Düne informiert, die wissen gar nicht was das ist. Dünen haben die alle gedacht, gibt es an der See und da liegen wir in ner Sonne.[...] Und da habe ich gesagt, ich sage, für mich ist das Entscheidende ich habe gebaut vor 35 Jahren und habe vom Umweltamt von der Stadt - nach und nach immer wieder Briefe bekommen, dass ich in der Nähe einer eiszeitlichen Düne lebe, die geschützt werden muss, weil sie ein Relikt aus vergangener Zeit ist, ganz wichtig. Und das hat mich fasziniert und da hab ich gedacht, was heißt Düne? Und dieses was ich jetzt über diese ganze Zeit erfahren habe, habe ich gemerkt weiß kein Schwein auf Deutsch gesagt.

GP 1: H-hm.

GPIn: Und daraufhin habe ich gesagt, dann müssen wir das den Leuten erklären.

[BI 3/682-699]

Den Mitgliedern von Initiative 3 ‚Naturschutz‘ wird im Rahmen ihrer eigenen, fachlichen Auseinandersetzung mit ihrem Gegenstandsbereich deutlich, dass die Menschen der Stadt bzw. des Stadtteils ebenso wenig über das dortige Vorhan-

densein von Binnendünen und dessen Bedeutung und Charakteristika wissen wie sie selbst. Dies veranlasst die Mitglieder zur Planung einer öffentlichen Vortragsreihe, die auf große Resonanz gestoßen ist.⁸ Die initiierten Fachvorträge trugen damit einerseits zur Schaffung von Öffentlichkeit für den Gegenstandsbe- reich ‚Düne‘ und zur Sensibilisierung der Menschen des Stadtviertels bzw. der Stadt für diesen bei und andererseits zur eigenen Vertiefung des Gegenstands- aufschlusses der Initiativenmitglieder selbst. Die gleichzeitige Aufnahme und Weitergabe von Wissen verdeutlicht an diesem Beispiel exemplarisch die Ver- schränkung von eigenem Lernen, als Suche nach Möglichkeiten der Mitgestal- tung und der Weitergabe des Gelernten, als Angebot der Mitgestaltung von Ge- sellschaft an Andere. Das kooperative Lehr-Lernarrangements kann dann hier mit Bezug auf Holzkamp (1995a) als konstruktiver ‚dialogischer Prozess‘ ver- standen werden, indem jeder je nach Problemgegenstand ‚Experte‘ und zugleich auch ‚Laie‘ ist. Die in Abschnitt zwei diskutierte konstruierte Grenzziehung zwi- schen vermeintlich politischen ‚Experten‘ und ‚Laien‘ erfährt hier dann durch den fluiden Wechselcharakter zwischen Experten- und Laienstatus einen Mo- ment der Aufhebung. Vor diesem Hintergrund soll nun im Folgenden das Au- genmerk auf die weiteren Möglichkeiten der ‚Weitergabe‘ eigenen Wissens durch Bürgerinitiativen gelegt werden.

Weitergabe eigener Expertise: Beratung, Vorträge und vieles mehr ...

Neben der Aufnahme externen Wissens findet ebenso die Weitergabe des inter- nen, eigenen Wissens über den Rahmen der jeweiligen Einzelinitiative hinaus statt. Wie bereits im Zusammenhang kooperativer Lernhandlungen diskutiert, ist zwischen den Einzelinitiativen ein kooperativer Wissenstransfer zu beobachten, dem die Mitglieder der Bürgerinitiativen im Rahmen ihrer Arbeit großen Stel- lenwert beimessen. Der gegenseitige Austausch von Wissen unterstützt demnach die Bearbeitung des eigenen Problemgegenstands deutlich (W1). Die Analyse des empirischen Materials zeigt, dass hier insbesondere schon ‚lange‘ existieren- de Bürgerinitiativen für ‚neue‘ Initiativen als Ansprechpartner fungieren:

GP 1: Ja und die neu, die neu entstehenden Bürgerinitiativen haben sich schon sehr schnell mit uns dann auch in Verbindung gesetzt und nachgefragt, wie macht ihr das denn und so weiter. Also ich war bei der X- Straße, hatte Kontakt mit den Leuten und auch vor Ort öfters und – hab denen dann auch schon denk ich in der ein oder anderen Situation Unterstützung geben können. [BI 1/366-371]

8 An den Vorträgen nahmen nach Schätzung der Initiativenmitglieder jeweils ca. 30 bis 50 Personen teil.

Die Mitglieder ‚neuer‘ Bürgerinitiativen nehmen, um sich mit der Arbeitsweise und den Handlungsmöglichkeiten einer Bürgerinitiative vertraut zu machen, nach Aussage des Gesprächspartners Kontakt zu ‚älteren‘ Bürgerinitiativen auf und erhoffen sich so von deren Erfahrungen profitieren zu können. So berichtet der Gesprächspartner von Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ als bereits länger existierende Initiative, schon des Öfteren von anderen Initiativen um Unterstützung gebeten worden zu sein. Initiative 2 ‚Stadtautobahn‘ besteht seit dem Jahr 2002. Zur Zeit der empirischen Erhebung ruhte deren Arbeit, was aber wie bereits dargestellt nicht zu gänzlicher Inaktivität der Initiativenarbeit führte. Stattdessen wurden von den Mitgliedern, andere den Stadtteil oder die Stadt betreffende Themen, die als relevant eingestuft wurden, diskutiert. Zu diesen Aktivitäten von Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ gehört auch, das gezielte Angebot von Beratung (W2) an sich neu gründende Bürgerinitiativen, wie folgende Gesprächspassage zeigt:

GP 1: Normalerweise ist es ja so, ne Bürgerinitiative löst sich auf, wenn sie gewonnen hat oder sie löst sich auf, wenn sie verloren hat. Äh, das ist das Normale. - - Und dann schließen sich irgendwelche denen es Spaß gemacht hat, anderen Initiativen mal an. Die dann also einfach, wie wir dann hier. Dann, dann sind wir damit angetreten und haben das Know-how, was wir inzwischen hatten, dort reingebracht. Aber denen auch immer gesagt, ihr müsst es selbst machen.

GP 2: Genau.

GP 1: Äh, aber wir liefern euch unsere gesamte Erfahrung, unsere Strategie und ein Hinweis an alle Initiativen war immer, - bleibt sachlich. Is die einzige Chance Bewegung reinzubringen. In dem Moment, wo ihr polemisch werdet oder Personen angreift, schlägt die Tür zu und ihr habt keine Chance mehr. Nur sachliche Argumente. Die kann man hart vorbringen, aber auf der Ebene der Sachlichkeit. Und das haben wir versucht in Bielefeld anderen immer zu vermitteln. [BI 2 / 220-234]

Von den Gesprächspartnern der Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ wird hier zunächst auf häufig anzutreffende Auflösungs Momente von Bürgerinitiativen hingewiesen. Diese Bürgerinitiative ist in einem solchen ‚Moment‘ jedoch einen anderen Weg gegangen, als den zu vermutenden: da der eigene Problemgegenstand, der Bau einer innerstädtischen Schnellstraße, nur ‚ruht‘, die Handlungsproblematik damit nicht aufgelöst wurde, wurden andere Aspekte des Stadtteils thematisiert und infolge dessen auch die Aktivitäten anderer Bürgerinitiativen beobachtet und diskutiert. An diesem Punkt kommen die Mitglieder zu der Auffassung, dass sie diese neuen Initiativen bei ihrer Arbeit unterstützen können, indem sie ihr Wissen,

ihr „*Know-how*“ gezielt an andere Initiativen der Stadt weitergeben. Zentral ist hierbei ein Hinweis von Gesprächspartner 2, so sei das selbstinitiierte Einbringen des eigenen ‚Know-Hows‘ nicht gleichbedeutend mit einer Teilnahme an den Aktivitäten der anderen Initiativen. Hier müssten die ‚neuen‘ Initiativen selbstständig agieren. Weitergeben wird stattdessen, die „*gesamte Erfahrung, unsere Strategie*“. Die beiden Mitglieder von Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ verdeutlichen in diesem Gesprächsabschnitt auch, was für sie ‚Strategie‘ bedeutet. Hier heben sie insbesondere die Bedeutsamkeit der ‚Sachlichkeit‘ der Arbeit heraus. Diese sei wichtig dafür, dass man als Bürgerinitiative in einer Stadt ernst genommen werde und relevante Dinge erreichen könne.

Auch den Mitgliedern von Initiative 1 ‚Straßenausbau‘ ist die Weitergabe des selbstständig angeeigneten Wissens ein großes Anliegen. Hierzu veranstalteten sie im Rahmen ihrer Arbeit schon sehr früh einen öffentlichen Workshop, zu dem dann unterschiedlichste Initiativen eingeladen wurden (W3):

GPIn: Und so in der Geschichte haben wir auch immer wieder versucht uns zu vernetzen. Also wir haben - - schon vor Jahren, ich glaub‘ da war auch GP 2 noch nicht dabei (leise), so ne Fortbildung nen Workshop gemacht, in der L. B. haben wir zu eingeladen mit nem Moderator und haben auch irgendwie ja halt auch Themen bearbeitet zur Vernetzung und wie man Öffentlichkeitsarbeit macht, wirksam werden kann. Was weiß ich (leise) mit – nem Buffet und was und so und haben das schon auch versucht äh ja also

GP 1: Als Kongress oder Fachtagung oder so was.

GPIn: Ja, aber auch für Bielefeld. Die Bielefelder Gruppierungen wurden eingeladen und da waren schon auch weiß ich äh, Betriebsräte, die da gerade nen Fahrradprojekt hatten und Verschiedenste kamen so zusammen

[BI 1 /372-384]

Der Workshop sollte nach Beschreibung der Gesprächspartner zum einen der Vernetzung unterschiedlicher Initiativen und Gruppierungen in Bielefeld dienen und zum anderen das Thema ‚Öffentlichkeitsarbeit‘ diskutieren. Dazu wurden neben der Weitergabe der eigenen Expertise der Initiativen auch externe ‚Experten‘ eingeladen. Das empirische Material macht deutlich, dass die Einladung, wie hier zu einem öffentlichen Workshop oder wie zuvor dargestellt zu öffentlichen Vorträgen, eine häufig genutzte Möglichkeit ist, das eigenen Wissen an andere Menschen bzw. Bürgerinitiativen weiterzugeben. Die Themen ‚Vernetzung‘ und ‚Beratung‘ sind die ursächlichen Momente zur Gründung des Initiativenverbundes und der Wählergemeinschaft. Der Unterschied ist nun der, dass die Beratung anderer Initiativen nicht mehr ausschließlich auf Ebene der Einzel-

initiativen verläuft, sondern in eine andere Organisationsform transferiert wurde (W4). Nachfolgende Gesprächspassage aus Bürgerinitiative 1 ‚Straßenausbau‘ gibt diesbezüglich einen Einblick:

GPIn: Und die [Wählergemeinschaft J. T.] muss man ja auch noch mal dazu sagen, is ja auch ne Gründung der Initiativen, auch der Verkehrsinitiativen im Kern, um sozusagen ne breitere oder bessere Vertretung halt bei im Rathaus auch zu haben ne in der Kommunalwahl dann. Da haben wir halt auch gemeinsam mit den Initiativen, Wahlprüfsteine aufgestellt und dann halt die Parteien abgefragt und dabei war dann schon deutlich, so doll is das nicht die Vertretung ne, dass alle sich da so massiv für die Interessen der Bürgerinnen direkt einsetzen ne. [BI 1 / 445-452]

Ziel der Unterstützung durch die Wählergemeinschaft ist es, die Anliegen von Bürgerinitiativen in die politischen Gremien der Stadt einzubringen. Dazu wurden beispielsweise für die Kommunalwahlen aus den thematischen Anliegen unterschiedlicher Initiativen Wahlprüfsteine für die politischen Parteien der Stadt entwickelt. Ergebnis dieser Form der ‚Befragung‘ der Parteien mit Blick auf den Einbezug der Interessen von Bürgerinitiativen und damit respektive auch stellvertretend der Bürger der Stadt, war eine geringe Überschneidung der als für die Stadtentwicklung wichtig erachteten Themen. Nach Einschätzung der Gesprächspartnerin von Bürgerinitiative 1 ‚Straßenausbau‘ setzen sich die Vertreter der Parteien der Stadt wenig für die Interessen der Bürger ein.

Dies wird ebenso deutlich, wenn man sich ein weiteres Aufgabenfeld der Wählergemeinschaft anschaut. So sehen es die Mitglieder der Wählergemeinschaft als ihre Aufgabe an, die Bürger der Stadt, damit sind dann auch die Bürgerinitiativen gemeint, möglichst zeitnah über politische Entscheidungsprozesse, Pläne etc. zu informieren. Dieser Aspekt wurde schon im Rahmen der Dimension ‚individuell – kooperativ‘ diskutiert und kann hier nun unter der Perspektive des Wissenstransfers einerseits als von den Bürgern in Auftrag gegebene Beratung bzw. Wissensrecherche verstanden werden sowie andererseits als durch die Wählergemeinschaft selbsttätig offerierte vergrößerte Teilhabemöglichkeit der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen.

GP 2: Ja, sonst hätte man keine Chance

GP 1: Aus dem Rathaus, keine Chance.

GP 2: Sonst, hätt’ste aller höchstens beantragen können und dann hätt’ste ne viertel Stunde da mal durchblättern können und einmal dies kopieren.

I.: H-hm.

GP 2: Ja, und da warst du schon verloren. Das ist einfach nur - - nem anderen die Chance zu geben, praktisch äh diese, dieses Bürokratische schneller zu erreichen. Was sie natürlich dann daraus machen, das ist dann wieder eine andere Geschichte. Da äh will und darf man sich auch nicht einmischen.

GP 1: Ne.

GP 2: Weil, das wäre ja sonst Blödsinn, man. Die Fachleute sind ja vor Ort. Das Spannende ist natürlich, dass man selber praktisch zum Fachmann dann geworden ist ne. [BI 2 / 403-417]

Die Gesprächsteilnehmer aus Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ berichten hier davon, dass es gängige Praxis der kommunalen Verwaltung als auch der etablierten politischen Gremien sei, die Herausgabe von Informationen an Bürger zu blockieren oder mit großen bürokratischen Hürden zu versehen. Die Aufgabe der Wählerinitiative besteht dann darin, „nem anderen die Chance zu geben praktisch äh diese, dieses Bürokratische schneller zu erreichen“. Betrachtet man den weiteren Verlauf der Gesprächspassage so wird hier wiederum darauf hingewiesen, dass die Beratung von Initiativen bzw. Bürgern nicht bedeutet, den jeweiligen Problemgegenstand stellvertretend zu bearbeiten. Wie bereits einer vorangegangenen Gesprächspassage zu entnehmen war, wird auch hier die Selbstständigkeit jedes Einzelnen, jeder einzelnen Initiative betont. Die Einschätzung der durch die Wählergemeinschaft zur Verfügung gestellten Informationen wird den Initiativen bzw. Bürgern selbst überlassen, da diese den jeweiligen Problemgegenstand als Experten vor Ort am besten einordnen könnten. Anders verhält es sich, wenn fachliche Expertise, wie in vorherigen Beispielen dargestellt, von Bürgern und Bürgerinitiativen eingefordert wird.

An dieser Stelle wird erneut die Aufhebung der Grenze zwischen politischen ‚Experten‘ und ‚Laien‘ deutlich. So wird den Menschen vor Ort in der Bearbeitung ihres jeweiligen Problemgegenstands von Seiten der Initiativenmitglieder die fachliche Expertise eindeutig zu gestanden. Die Wählerinitiative kann hier notwendigen Input in Form von Informationen oder Beratungen geben, aber nicht in die Rolle der jeweiligen Initiative hineinschlüpfen. Damit wird zwar auch eine arbeitsteilige Trennung vollzogen, die aber im Gegensatz zur der in Abschnitt 2 diskutierten vom etablierten politischen Feld gezogenen Grenze zwischen politischen Laien und Experten, keine hierarchische Komponente aufweist. Es ist auch hier auf Grundlage des empirischen Materials vielmehr von einem konstruktiven, dialogischen und gleichberechtigten Verhältnis auszugehen, wo das Wissen des anderen jeweils als bedeutsam anerkannt wird.

Über den eigenen Expertenstatus bezogen auf den jeweiligen Gegenstandsbereich sind sich die Mitglieder der Bürgerinitiativen im Klaren, dies wurde in

verschiedenen Gesprächsausschnitten bereits deutlich. Der eigene Expertenstatus wird dabei durchaus offensiv artikuliert. Unter der Perspektive der Expansivität von Lernhandlungen wird an dieser Stelle der starke Wunsch der Weitergabe des eigenen Wissens an Andere deutlich. Damit wird das Zusammenspiel von politischen und pädagogischen Aspekten expansiver Lernhandlungen deutlich. So geht es hier im Rahmen weitergebender Lernhandlungen nicht nur um die Erweiterung der eigenen Weltverfügung, also um je meinen Blickwinkel, sondern ebenso auch um dessen Vermittlung und damit auch um die angesprochene hier indirekte Um-Definition des politischen Feldes.

GP: Also das erste was ich sehr wichtig fand ist, wir haben ein Fachwissen. Und wenn die Leute, die auch Fachwissen brauchen, das Fachwissen nützen könnten, würde auch von der finanziellen Seite aus die Stadt sich viel Geld sparen. Sie brauche nämlich die Erfahrung gar nicht zu sammeln. Und wir sind bereit unser Fachwissen transparent weiterzugeben.

GPin: H-hm.

GP: Gerne sogar.

GPin: Ja.

GP: Und das glaube ich gibt ner Gemeinde sehr viel.

I.: Ja bestimmt.

GP: Auch der Politik hoffentlich. [BI 3/ 942-953]

Wichtig erscheint den Gesprächspartnern, andere an der eigenen Expertise teilhaben zu lassen, soweit es für andere Bürger oder Bürgerinitiativen nützlich erscheint. Dabei soll der Wissenstransfer für alle Beteiligten transparent gestaltet sein. Die Mitglieder von Bürgerinitiative 3 ‚Naturschutz‘ gehen in ihren Überlegungen diesbezüglich noch einen Schritt weiter, indem sie als mögliche Ansprechpartner oder Nutznießer der eigenen Expertise Mitglieder der kommunalpolitischen Gremien ansprechen. Erstaunlich ist hier, dass trotz des häufig erfahrenen negativen Bürgerbildes – mangelnde politische Kenntnisse und Urteilsvermögen etc. (vgl. u. a. Patzelt 2009), den Vertretern des etablierten politischen Feldes dennoch von Seiten der Bürgerinitiativenmitglieder die Kooperation angeboten wird. So werden dadurch von Mitgliedern der Initiative 3 ‚Naturschutz‘ für die Stadt deutliche finanzielle Einsparpotentiale und Synergieeffekte gesehen. Diese selbstbewusste Erkenntnis des eigenen Expertenstatus erklärt sich unter anderem durch die Erfahrung, dass allein die Zugehörigkeit zum etablierten politischen Feld noch keinen fachlichen Expertenstatus verleiht. Die Diskussion dessen, was denn ein Fachmensch sei, wurde in verschiedenen Gesprächspassagen bereits aufgeworfen. Eine Vertiefung dieser Fragestellung und wie hie-

rauf die Reaktionen der Vertreter des etablierten politischen Feldes durch die Mitglieder der Initiativen eingestuft werden, soll dann im Rahmen der Dimension ‚aktional – reflexiv‘ diskutiert werden.

Hier soll zunächst noch auf eine weitere Zielgruppe des Wissenstransfers durch Bürgerinitiativen eingegangen werden. So profitieren nicht nur andere Bürgerinitiativen von der jeweiligen fachlichen Expertise, sondern auch alle übrigen nicht in Bürgerinitiativen engagierten Bürger der Stadt Bielefeld. So fungieren einige der Initiativen bzw. einige ihrer Mitglieder als feste Ansprechpartner für die Bewohner im Stadtviertel oder auch in der Stadt, z. B. wenn es um die aktuelle Entwicklung der Bauvorhaben, finanzielle Belastungen oder auch den Wert von Grundstücken geht (W2). Ein Ausschnitt des Gespräches mit Mitgliedern aus Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ verdeutlicht diese Rolle der Initiativen:

- GP1: In bestimmten Situationen wirst du auch informiert halt ja. Also jetzt zum Beispiel äh wo da auf einmal die Häuser, die da für den Umbau der A-Straße abgerissen werden sollten, äh in Flammen standen oder in Rauchschwaden standen, dann kriegte ich sofort nen Anruf, Herr GP 1, Herr GP 1, gucken sie mal die Häuser brennen (lachen) da oben.
- I.: Also Ihr seid schon so eine feste Institution, dass wenn jemand ne Frage hat
- GPin: H-hm.
- GP1: Ja.
- I.: dann ruft jemand an oder.
- GPin: Ja auch über unsere Internetseite kriegte ich gestern wieder nen Anruf, da wollte jemand ein Haus erwerben an der A-Straße (Lachen). Hat er natürlich sofort Internetseite von uns gesucht, gefunden und sich dann auch mit allen Fragen des Umbaus und Belastungen für sein Grundstück und wollte jetzt wissen, wie hoch die Gebühren sind nach dem Umbau. [BI 1 /307-321]

Die an die Bürgerinitiative gerichteten Fragen durch Bielefelder Bürger sind ein wichtiger Bestandteil des diskutierten beidseitigen Wissenstransfers. So versorgen sie die Initiative mit Informationen über Veränderungsprozesse im Stadtteil und generieren damit gleichzeitig neue Perspektiven auf den eigenen Gegenstandsbereich. Im Gegenzug erhalten die Anwohner oder andere, interessierte Bürger wiederum die Informationen über den jeweiligen Problemgegenstand der Initiativen. Die Ansprache der Anwohner bzw. interessierter Bürger erfolgt ebenso gezielt durch die Bürgerinitiativen, wie beispielsweise durch verschiedene Formen von Informationsveranstaltungen:

- GP 3: Ja gut, wir haben natürlich immer versucht unser Thema auch so zu transportieren, aber
- GP 2: Immer verschiedene Sachen wie gesagt.
- GP 3: Also, es gab auch reine Informationsveranstaltungen mal. Also im Freizeitzentrum [...], das war ja auch rappellvoll. Aber diese Sachen die wir draußen gemacht haben oder wir haben ja auch ein Benefiz-Konzert gemacht äh das war dann auch schon mehr lustbetont dann einfach auch. Das war auch bewusst von uns so gewählt ja der Hintergedanke war ein bisschen also wenn man gegen die Straße kämpft, man muss ja auch für was kämpfen ne. Also das man ne lebenswerte Umwelt hat, die man erhalten gerne möchte oder die man genießen möchte auch und das wollten wir eigentlich auch ein Stück weit dadurch deutlich machen ne. Also dieses Parkfest wäre gar nicht mehr möglich gewesen, wenn die Straße da wäre. Das wäre so tierisch laut, dass man sein eigenes Wort nicht mehr verstanden hätte.
- GP 2: Ja, ja.
- GP 3: Also insofern war das so ne Kombination aus äh aus ja Aufklärung über die möglichen Folgen und äh Spaß einfach eben auch.
- GP 2: Haben wir auch die Lautstärke gemessen von der Rockband, die da gespielt hat (lachen) und gesagt, jeder der sich jetzt beschwert, es hat sich glaube ich aber keiner beschwert, über den Lärm dieser Musik, die dann den einen Abend hier stattfindet, bald hat man das jeden Tag ne. (lachen)
- [BI 2 / 796-818]

Hier geben die Gesprächspartner von Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ an, durch verschiedene Informationsveranstaltungen versucht zu haben ihr *„Thema auch so zu transportieren“*. Neben ‚klassischen‘ Veranstaltungen in Räumlichkeiten der Stadtteile wie ein Stadtteil- oder Freizeitzentrum, werden beispielsweise von Initiative 2 ‚Stadtautobahn‘ auch andere unkonventionellere Informationsformen genutzt, wie die Organisation eines Parkfestes entlang der geplanten innerstädtischen Schnellstraße zeigt. Durch die Wahl einer solchen ‚Informationsveranstaltung‘ war die *„Kombination aus äh ja Aufklärung über mögliche Folgen und äh Spaß einfach ebenso“*. So wurde eine Rockband engagiert, die einerseits für Unterhaltung sorgen sollte und andererseits den Anwohnern gleichzeitig den durch eine Schnellstraße prognostizierten Lärmpegel verdeutlichen sollte. Hervorzuheben ist an diesem Gesprächsausschnitt, dass die Gesprächsteilnehmer hier ein Vorurteil gegenüber Bürgerinitiativen seitens des etablierten politischen Feldes aufnehmen: ‚Bürgerinitiativen sind doch immer nur gegen alles, wollen alles bewahren, versperren sich dem Fortschritt usw.‘. Indem

als Ort die Parklandschaft des Stadtteils gewählt wurde, sollte auf dessen Freizeitwert und lohnenswerten Erhalt aufmerksam gemacht werden.

Hier wird der visionäre Charakter der Arbeit von Bürgerinitiativen deutlich, der oftmals verkannt bleibt. Entgegen der häufigen, gerade von Politikern geäußerten Meinung, kann mit der Ablehnung einer bestimmten Sache ebenso ein Konzept dessen verbunden sein, wie gesellschaftliche Entwicklung bzw. hier Städteplanung auch anders möglich sein kann. Utopisches Denkens entwickelt sich schließlich in der Kritik am Bestehenden, um daraus gesellschaftliche Gegenentwürfe zu diskutieren (vgl. Faulstich 2008, Trumann 2011). Für die Richtung gesellschaftlichen ‚Fortschritts‘ gibt es somit ganz verschiedene Interpretationen. Nachfolgender Gesprächsausschnitt mit einem Mitglied von Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ verweist auf genau diesen Aspekt:

GP 3: Ja, was denke ich nen wichtiger Aspekt wie gesagt bei diesen Parkfesten und so äh - - , dass da auch nen Gefühl entstanden ist, dass nen Stadtteil auch anderes sein kann ne. Also das habe ich bei beiden, bei dem ersten, wo es so regnerisch war und dadurch nicht so viele waren äh auch beim zweiten von ganz verschiedenen Leuten währenddessen auch noch danach gehört, dass sie das ganz toll fanden, dass sie erst mal ihre die eigene Nachbarschaft mal anders erleben auch oder nen Punkt haben wo man sich locker informell trifft. Also da könnte man im Grunde genommen noch weiter drauf aufbauen, aber erst mal so als so Erfahrung, die Leute mitteilen, fand ich das schon gut ne.
[BI 2/ 724-734]

Die Durchführung verschiedener Parkfeste durch Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘, hat dazu geführt, den Anwohnern alternative Perspektiven auf ihren Stadtteil zu ermöglichen. Das Erfahren anderer Perspektiven auf die Gestaltung des eigenen Stadtteils kann nach Ansicht des Gesprächspartners als Anstoß dafür dienen, andere Perspektiven auf die Gestaltung des Zusammenlebens und gesellschaftliche Entwicklung im Allgemeinen zu initiieren und diskutierbar zu machen. Der Gesprächsausschnitt verweist damit bereits auf die dritte Dimension ‚aktional – reflexiv‘, die dann im nächsten Abschnitt aufgegriffen wird.

Zuvor soll jedoch noch auf eine weitere Form der Weitergabe des eigenen Wissens eingegangen werden. Die Weitergabe des eigenen Wissens an die Bewohner des Stadtviertels usw. erfolgt neben persönlicher Beratung und Durchführung von Informationsveranstaltungen verschiedener Art auch durch dessen Verschriftlichung. So werden unter anderem durch alle Initiativen Flyer und Broschüren zum jeweiligen Gegenstandsbereich der Initiativen erstellt (W5). Die Mitglieder von Initiative 1 ‚Straßenausbau‘ bringen darüber hinaus in unregel-

mäßigen Abständen eine eigene Zeitschrift heraus, die das eigene Anliegen im Zusammenhang gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen beispielsweise bezogen auf Themen wie Umweltschutz, Verkehr und Städteplanung diskutieren. Bürgerinitiative 3 ‚Naturschutz‘ plant im Hinblick auf den Wissenstransfer, die von ihnen organisierten Fachvorträge als kleinen Band zu veröffentlichen und so einem noch größeren Kreis zugänglich zu machen.

Zusammenfassung

Zusammenfassend kann auf Grundlage der Analyse des empirischen Materials für die Dimension ‚aufnehmend – weitergebend‘ herausgestellt werden, dass die Mitglieder von Bürgerinitiativen in der Begegnung von Lernproblematiken auf vielfältige Art und Weise auf externes Wissen zurückgreifen. Hierzu zählt einerseits diverse Fachliteratur, wissenschaftliche Studien, Gutachten, Richtlinien, gesetzliche Bestimmungen, Einladung von unterschiedlichen Experten *ceteris paribus* und andererseits der Einbezug des Wissens und der Erfahrungen anderer Initiativen. Hier steht vielfach das Interesse an handlungspraktischem Wissen im Vordergrund, wie etwas das Kennenlernen der Handlungsstrategien anderer Initiativen. In der Diskussion unterschiedlicher Gesprächspassagen wurde hier als verbindendes Moment wiederum die den Gegenstandsbereich der einzelnen Bürgerinitiativen übergreifende Meta-Handlungsproblematik deutlich – die gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten von Bürgerinitiativen.

Eine weitere Möglichkeit der vertieften Auseinandersetzung mit dem eigenen Gegenstandsbereich ist die Teilnahme an Fachveranstaltungen, wie Vorträgen, Messen, Kongressen oder Ähnlichem. Dies wird von einigen Bürgerinitiativmitgliedern zur Einordnung des eigenen Problemgegenstands in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext in Anspruch genommen. Letztgenannter Aspekt verweist drauf, dass auch hier in Perspektive der Dimension ‚aufnehmend – weitergebend‘ die Analyse des empirischen Materials eine themen- und handlungsbezogene Ausdifferenzierung der Lernhandlungen konstatiert werden kann. So ist im Verlauf der Bürgerinitiativenarbeit die Ausdifferenzierung der Aufnahme ‚externen‘ Wissens zu beobachten. Bezieht sich das aufgenommene Wissen zunächst direkt auf den jeweiligen Problemgegenstand, wird der Rahmen dessen sukzessive geöffnet, wie am Beispiel ‚Klageschrift‘ expliziert wurde.

Ein gleicher Prozess ist dann auch im Rahmen der Weitergabe des selbst angeeigneten Wissens zu beobachten. Im Vordergrund steht hier der Wissenstransfer zwischen verschiedenen Einzelinitiativen. Das empirische Material zeigt, dass insbesondere schon länger existierende Initiativen als Ansprechpartner für neue Initiativen fungieren. Vor dem Hintergrund der Erfahrung als Ansprechpartner für andere Initiativen und deren Arbeit relevant zu sein, zeigt die Analy-

se, dass durch ‚ältere‘ Initiativen dann gezielt Beratung für andere Initiativen angeboten wird. Auch wenn das Beratungsangebot in diesem Fall nicht von einer ratsuchenden Initiative ausgeht, ist ein wesentliches Merkmal der Unterstützung, dass dies ein Angebot darstellt und, dass deren Selbstständigkeit unangetastet bleibt. Dies wird darin deutlich, dass die jeweiligen Einzelinitiativen, ob ‚alt‘ oder ‚neu‘ als Experten vor Ort betrachtet werden. Das offerierte Angebot besteht dann in der Weitergabe der angeeigneten Expertise. Hier wird insbesondere ein strategisches Vorgehen, in dessen Mitte eine sachliche Bearbeitung und Diskussion des jeweiligen Problemgegenstands steht, hervorgehoben.

Das empirische Material konnte desweiteren zeigen, dass die Beratung von Initiativen in Form des Initiativenverbundes und der Wählergemeinschaft in eine andere Organisationsform transferiert wurde, für die aber dennoch die gleichen ‚Regeln‘ wie zuvor gelten. Das besondere hierbei ist, dass sich die durch die Wählergemeinschaft zur Verfügung gestellten Informationen insbesondere auf kommunalpolitische Entscheidungsprozesse beziehen. Hier soll allen Bürgern bzw. Bürgerinitiativen ein zeitnaher Zugang zu Informationen ermöglicht werden, der als erweiterter politischer Partizipationsraum der Bürger interpretiert werden kann.

Generell zeigt die Analyse des empirischen Materials an zahlreichen Aspekten, dass die Mitglieder der Initiativen großes Interesse an der Weitergabe ihrer selbstangeeigneten Expertise haben und dies auch entgegen der weitläufigen geringen Anerkennung von Seiten des etablierten politischen Feldes sehr offensiv vertreten. So verwundert es nicht, dass die Bürgerinitiativen von Anwohnern und interessierten Bürgern für verschiedenste Fragestellungen als Ansprechpartner in der Stadt fungieren. In dessen Erweiterung wird dann durch die Bürgerinitiativen im Rahmen verschiedenster Informationsveranstaltungen, Workshops, Vorträgen und weiteren Gesprächsformen das eigenen Wissen im Kontext gesamtgesellschaftlicher Themen öffentlich diskutiert. Die so offerierte Möglichkeit der Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Lebenszusammenhang, dem jeweiligen Stadtviertel, schafft schließlich Raum für die Diskussion alternativer Entwürfe des Zusammenlebens entgegen dem vom etablierten politischen Feld Vorgegebenen. Die Verschränkung von Lehren und Lernen zeigt dann am Beispiel dieser Dimension, ein weiteres charakteristisches Merkmal kooperativer Lernhandlungen. Die kooperative Reflexion der unterschiedlichen Gegenstandsbereiche, erweitert in Perspektivendivergenz die Verfügung über unterschiedliche Gegenstandsbereiche und erlaubt damit andere Perspektiven auf Welt. Damit machte die Analyse hier auf den fälschlicher Weise weitverbreitenden Glauben, einer naiven, kurzsichtigen Protesthaltung gegen alles aufmerksam und zeigt, dass Bürgerinitiativen aus der Kritik an Gegebenem auch alternative Gestaltungsent-

würfe entfalten und öffentlich diskutierbar machen können, also utopische Potentiale besitzen, die für die gesellschaftliche Entwicklung unverzichtbar sind.

8.3 DIMENSION ‚AKTIONAL – REFLEXIV‘

Lernhandlungen der dritten den Lern-Handlungsraum kennzeichnenden Dimension bewegen sich schließlich zwischen aktionalen und reflexiven Aspekten. Damit greift diese Dimension die kontroverse Diskussion um die Relevanz politischen Handelns im Rahmen politischer Bildung auf. Aus der Analyse wird deutlich, dass Aktion und Reflexion im Gegensatz zu den häufig getätigten Unvereinbarkeitszuschreibungen (s. Abschnitt 2), im Rahmen politischer Lernhandlungen (etwa in Bürgerinitiativen) so eng miteinander verknüpft sind, dass das eine ohne das jeweilig andere nur schwer zu denken ist. Sinnvoll ist es jedoch eine analytische Trennung vorzunehmen, um die Verbindung zwischen aktionalen und reflexiven Lern-Handlungen einzubeziehen und zu rekonstruieren.

Unter aktionalen Lernhandlungen (A) im Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative ist dabei unter anderem die Durchführung öffentlicher Veranstaltungen zu verstehen, die entweder von der Einzelinitiative (A1) oder in Kooperation unterschiedlicher Initiativen (A2) durchgeführt werden. Hier geht es im Kern um Lern-Handlungen zur Sensibilisierung für das eigene Anliegen in der Bevölkerung und der oben genannten Ermöglichung der Diskussion alternativer Positionen. So wird beispielsweise der eigene Arbeitsschwerpunkt der Initiative, der Straßenausbau und der damit verbundene Anstieg der Feinstaubbelastung, auf die Entwicklung des Weltklimas bezogen und dessen Konsequenzen anhand von Informationsständen, Ausstellungen, Fachvorträgen oder auch in Form eines Straßentheaters usw. öffentlich diskutiert. Einige der durchgeführten Veranstaltungen wie etwas das Straßentheater sind dabei vor dem Hintergrund differenzierter Reflexionsprozesse initiiert worden (A3).

Der ausgeprägten Aktionsorientierung steht dabei eine differenzierte Reflexion (R) der eigenen Arbeit in ihrer gesellschaftlichen Eingebundenheit gegenüber. Diese kann sich individuell oder kooperativ vollziehen (R1). So wird zum einen der je eigene thematische Schwerpunkt sukzessive ausgeweitet, d. h. es werden Zusammenhänge zu anderen Kontexten und Themen auf Ebene des Stadtviertels, der Stadt, der Region etc. bis hin zu globalen Entwicklungen hergestellt (R2). Zum anderen ist die Übertragung der eigenen Arbeit in einen anderen Kontext beobachtbar (R3). So ermöglicht beispielsweise die Übersetzung der eigenen Handlungsform in eine andere Ausdrucksform, wie der eines Theaterstücks, den Aufbau einer reflexiven Distanz jedes Einzelnen zur Handlungspro-

blematik der Initiative. Daneben werden die eigenen Handlungsmöglichkeiten als Bürgerinitiative und weitergedacht dann als Bürger im Allgemeinen, im Kontext kommunaler Stadtentwicklung und daran anschließend die Funktionsweise des etablierten politischen Feldes reflektiert. Die Reflexion der eigenen Arbeit durch die Initiativenmitglieder bezieht sich einerseits auf themenbezogene und andererseits auf strukturelle Aspekte. Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit politischen Systemstrukturen und den eigenen Möglichkeiten der Mitgestaltung von Gesellschaft. Gegenstand ist hier unter anderem das skizzierte Spannungsverhältnis zwischen bürgerschaftlichem Engagement und realer politischer Partizipation. In der Betrachtung reflexiver Lernhandlung ist hier insbesondere auf die durch den eigenen Forschungsprozess initiierten Reflexionsprozesse hinzuweisen (R4). So wurden bezogen auf das Forschungsvorhaben im Rahmen der alltäglichen Bürgerinitiativenarbeit Reflexionsräume zur Diskussion der eigenen Arbeit geschaffen, die zahlreiche reflexive Lernhandlungen freigesetzt haben.

Die Analyse der empirischen Materialien konnte schließlich auf struktureller Ebene drei aktionale Aspekte von Lernhandlungen und vier reflexive Aspekte von Lernhandlungen beschreiben (s. Tab. 5). Die Darstellung aktionaler und reflexiver Lernhandlungen wird im Rahmen dieser Dimension jedoch die zuvor verfolgte strukturelle Darstellungsebene verlassen und deren Besonderheiten anhand gegenstandsbezogener Kriterien aufzeigen, um so deren Detailfülle gerecht werden zu können. Im Folgenden werden nun zunächst aktionale Lernhandlungen anhand verschiedener Fallbeispiele vorgestellt.

Tabelle 5: Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative – Dimension ‚aktional – reflexiv‘

<i>aktional</i>		<i>reflexiv</i>	
A1	Durchführung öffentlicher Veranstaltungen	R1	Reflexion der Initiativen-Arbeit
A2	Durchführung kooperativer Veranstaltungen	R2	Herstellung von Zusammenhang zu anderen Themen und Übertragung in andere Kontexte
A3	Aktion durch Reflexion	R3	Reflexion durch Aktion
		R4	Reflexion durch Forschung

Quelle: Eigene Darstellung

*Öffentlichkeit herstellen und Diskussionsanlass bieten:
Vorträge, Feste, Radtouren etc.*

Mit dem Verweis auf die in Abschnitt 5 diskutierten lerntheoretischen Überlegungen, nimmt die Betrachtung von aktionalen Lernhandlungen insbesondere die von Klaus Holzkamp (1995a) ins Zentrum gestellte Handlungsorientierung von Lernhandlungen in den Blick. Ausgangspunkt für Lernen sind demnach individuelle im lebensweltlichen Kontext verortete Handlungsprobleme, denen das Subjekt mit Lernhandlungen begegnet oder auch nicht. Holzkamp versteht diesen Prozess dabei nicht nur als rein kognitiven Akt, sondern als aktiven Handlungsprozess des Subjekts, mit dem Ziel „seine Lebensbedingungen aktiv umzugestalten“ (ebd., S. 23). Mit dem Anknüpfen an den individuellen Lebensbedingungen des Einzelnen und der Zielperspektive diese durch Lernhandlungen mitzugestalten sind hier grundlegende Aspekte politischer Partizipation und Bildung angesprochen, in deren Fokus die durch Handlung hergestellte Veröffentlichung des jeweils eigenen Problemgegenstands steht. Aktionale Lernhandlungen bieten dabei die Möglichkeit, wie sich im weiteren Verlauf zeigen wird, dass Problemgegenstände der Initiative zu Problemgegenständen der kommunalen Öffentlichkeit und des jeweils anderen werden können. So werden – Holzkamps (vgl. ebd., S. 510f.) Überlegungen zu kooperativen Lernhandlungen weitergedacht – kooperative Lernhandlungen möglich, die über den Rahmen der Einzelinitiative und auch Initiativen im allgemeinen hinausgehen und jedem Bewohner der Stadt, des Stadtteils zu Eigen werden können. Aktionale Lernhandlungen im Rahmen von Bürgerinitiativen können somit als ein Angebot der Teilhabe an der eigenen Erweiterung der Weltverfügung an Andere betrachtet werden.

Die Bandbreite der von den Initiativen durchgeführten öffentlichen Aktionen ist sehr umfangreich. Auf der einen Seite stehen Informationsveranstaltungen, in denen die einzelnen Initiativen über ihr Anliegen informieren wollen. Dies erfolgt beispielsweise durch Informationsstände am Ort des jeweiligen Problemgegenstands und an anderen prägnanten Punkten der Stadt oder auch zu Stadtteilstesten, Weihnachtsmärkten etc.. Desweiteren wird ebenso öffentlich zu Informationsveranstaltungen beispielsweise in Stadtteilzentren etc. eingeladen, wo dann durch Vortrag und Diskussion über den jeweiligen Gegenstandsbereich informiert wird. Im Vordergrund steht hier die sachliche Vermittlung von Informationen über in der Stadt wahrgenommene Problemgegenstände und den jeweils eigenen Gegenstandsbereich. Eine hieran anknüpfende Aktionsform, die schon im Rahmen der Diskussion aufnehmender und weitergebender Aspekte von Lernhandlungen betrachtet wurde, ist die Durchführung öffentlicher Fachvorträge wie sie insbesondere von Bürgerinitiative 3 ‚Naturschutz‘ durchgeführt wurden. Hier steht jedoch wie in Abschnitt 8.2 bereits angedeutet wurde, nicht die Darstellung

der eigenen Arbeit als Bürgerinitiative im Vordergrund, sondern die fachliche Auseinandersetzung mit einem bestimmten Gegenstandsbereich. Das empirische Material zeigt, dass dieser dabei nicht exakt deckungsgleich mit dem der jeweiligen Bürgerinitiativen sein muss, sondern Ergebnis der beschriebenen Ausdifferenzierungsprozesse der Gegenstandsbereiche sein kann. Deutlich wurde bereits, dass hier das eigene Interesse an der fachlichen Fundierung der Thematik mit der Ermöglichung der Teilhabe anderer am eigenen Wissenserwerb verknüpft ist. Nachfolgende Gesprächspassage steht hier noch einmal in erweiterter Form exemplarisch für diese Form aktionalen Lernhandelns in Bürgerinitiativen:

GPIn: dass wir in dem Moment festgestellt haben, es sind viel zu wenig Bürger überhaupt über - diese Düne informiert ja, die wissen gar nicht was das ist. Dünen haben die alle gedacht, gibt es an der See äh und da liegen wir in ner Sonne. [...] Und da habe ich gesagt, ich sage, für mich ist das Entscheidende ich habe gebaut vor 35 Jahren und habe vom Umweltamt von der Stadt - nach und nach immer wieder Briefe bekommen äh, dass ich in der Nähe einer eiszeitlichen Düne lebe, die geschützt werden muss, weil sie ein Relikt aus vergangener Zeit ist, ganz wichtig ja. Und das hat mich fasziniert und da hab ich gedacht, was heißt Düne? Und dieses was ich jetzt über diese ganze Zeit erfahren habe, habe ich gemerkt weiß kein Schwein auf Deutsch gesagt.

GP: H-hm.

GPIn: Und daraufhin habe ich gesagt, dann müssen wir das den Leuten erklären ja. Und wir haben das bei der Radtour gemerkt, da sind aus Bielefeld einige Stimmen gekommen, habe ich gehört, Mensch, das ist ja toll was ihr da habt, das finden wir ja interessant und ich habe also in dem Moment gesagt, wir müssen aufklären. Das wäre jetzt nen Weg. Und das hat sich erwiesen äh, dass das äh nen Mangel einfach ist. [...]

Ich habe gesagt, ihr habt gesagt, das ist nen Sandhaufen hat der (unverständlich) gesagt zu mir. Sagte er, was wollen sie eigentlich, das ist doch nur noch nen Sandhaufen. - - - Aber je mehr wir das Bewusstsein eigentlich schärfen, umso mehr kriegen wir vielleicht von den Bürgern mal ne Resonanz und die sagen, Mensch das ist ja toll, - was ihr uns da erzählt, das lohnt sich doch das zu schützen. [...]

GP: Ja, weil wir selber hier ja Dünen haben und das Wissen darüber war fast null. Unser ne?

GPIn: (Lachen)

GP: Und je tiefer man Einblick in die Materie gewinnt, umso mehr erkennt man Zusammenhänge und weiß dann eben auch, das eher zu schätzen.

[BI 3 / 682-790]

Auslösender Anlass, um sich mit dem ‚Dünenvorkommen‘ der Stadt zu beschäftigen war nach Auskunft der Gesprächspartnerin, dass sie durch das Bauamt im Rahmen der Bearbeitung eines eingereichten Bauantrages auf das Vorhandensein einer Düne auf dem Grundstück und des gesamten Stadtviertels hingewiesen worden sei. In Folge dessen unternahm die Gesprächspartnerin erste ‚Nachforschungen‘ respektive Lernhandlungen zu diesem Gegenstandsbereich. Es kam im weiteren Verlauf und mit zeitlichem Abstand dann anlässlich von verschiedenen Bebauungsvorhaben im Stadtteil, zur Gründung einer Initiative zum Schutz der Dünen. Damit wurden die eigenen ‚Nachforschungen‘ auf eine breitere Basis gestellt. Den Mitgliedern von Initiative 3 ‚Naturschutz‘ wird im Rahmen ihrer eigenen fachlichen Auseinandersetzung mit dem Gegenstandsbereich dann deutlich, dass die Menschen der Stadt bzw. des Stadtteils ebenso wenig über das dortige Vorhandensein von Binnendünen und dessen Bedeutung und Charakteristika wissen, wie sie selbst. Dies veranlasst die Mitglieder zur Planung einer öffentlichen Vortragsreihe, die auf große Resonanz stieß. So trugen die zur eigenen Vertiefung des Gegenstandsaufschlusses initiierten Fachvorträge zur öffentlichen Sensibilisierung für diese Thematik im Rahmen der Stadt Bielefeld bei. Die Gesprächspartnerin berichtet in der ausgewählten Gesprächspassage so beispielsweise von positiven Rückmeldungen Bielefelder Bürger, die durch die Teilnahme an den durchgeführten Fachvorträgen interessante Aspekte über vorher unbekannte Phänomene des Gegenstandsbereichs der Bürgerinitiative erfahren hätten. Die positive Resonanz von Bürgern führte dann zur weiteren Durchführung von Vorträgen und auch geführten Wanderungen. Diese werden von der Gesprächspartnerin als Möglichkeit ‚der Aufklärung‘ der Bewohner der Stadt Bielefeld verstanden. Die Rückmeldungen der Teilnehmer lässt auf einen Mangel an ‚Aufklärung‘ in der Stadt Bielefeld schließen. Die Vertiefung des gegenstandsbezogenen Wissens und die damit verbundene mögliche Herstellung von thematischen Zusammenhängen tragen nach Ansicht der Gesprächspartnerin schließlich dazu bei, „*das eher zu schätzen*“ und damit für Problemgegenstände der eigenen Stadt stärker sensibilisiert zu sein.

Mit dem Weg der ‚Aufklärung‘ wird von der Gesprächspartnerin ebenso der Gedanke oder auch der Wunsch der Aktivierung und Unterstützung der Initiative durch Bielefelder Bürger verbunden – „*Aber je mehr wir das Bewusstsein eigentlich schärfen, umso mehr kriegen wir vielleicht von den Bürgern mal ne Resonanz und die sagen, Mensch das ist ja toll, - was ihr uns da erzählt, das lohnt sich doch das zu schützen*“.

Diese Form aktionaler Lernhandlungen basiert dabei auf der im vorangegangenen Abschnitt diskutierten gleichzeitigen Aufnahme und Weitergabe von Wissen. Das empirische Material zeigt damit, dass die Handlungsorientierung von Lern-

prozessen im Rahmen der hier einbezogenen Bürgerinitiativen, also die Suche nach der eigenen Möglichkeit gesellschaftlicher Mitgestaltung, eng verbunden ist mit dem Angebot der Mitgestaltung von Gesellschaft an Andere. So wird im Rahmen verschiedener aktionaler Lern-Handlungen einerseits bereits ‚Gelerntes‘ weitergeben und andererseits Anderen die Teilhabe am Prozess der Generierung von Wissen ermöglicht. Aktionale Lernhandlungen ermöglichen damit kooperative Lernprozesse, welche Holzkamp (1995a) als konstruktiven ‚dialogischen Prozess‘ interpretiert hat. Im Rahmen kooperativer Lernprojekte kann dann erfahren werden, dass „die lernende Erweiterung und Vertiefung des Weltzugangs und damit die erreichbare Verfügungserweiterung/Lebensqualität nicht nur im Interesse dessen, der sie gerade erlangt hat, sondern im allgemeinen Interesse ist: Dein Lernfortschritt ist, dass ich daran teilhaben kann, prinzipiell auch mein Lernfortschritt und umgekehrt“ (ebd., S. 528). Die individuelle Weltverfügung wird so bereichert durch die Erfahrung gemeinsamer Weltverfügung im Prozess kooperativen Lernhandelns. Damit ist die eingangs gestellte Frage, ob sich kooperative Lernproblematiken im Rahmen von Bürgerinitiativen darstellen lassen, beantwortet.

Ein weiteres Beispiel für die Verwobenheit aktionaler und kooperativer Lernhandlungen von Initiativenmitgliedern und -nichtmitgliedern ist die Durchführung von zwei Parkfesten durch Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘. Mit der Initiierung eines Festes entlang der geplanten innerstädtischen Schnellstraße erfolgte ein Rückgriff auf eine unkonventionelle Form der Informationsvermittlung über den Gegenstandsbereich der Initiative. Im Gegensatz zu der oben diskutierten Organisation öffentlicher Vorträge, fand hier jedoch eine gezielte Ansprache der Anwohner bzw. interessierten Bürger statt – „*wir haben die Anwohner informiert mit Handzetteln*“. Infolge dessen wurden vielfältige ‚Mitstreiter‘ für die Durchführung dieses Festes gefunden, wie folgende Gesprächspassage verdeutlicht:

GP 3: Und diese Mischung glaube ich auch also die Leute haben dann ja auch unterschiedliche Bekanntenkreise oder Nachbarn, man kennt sich dann irgendwie im weiteren Sinne und das hat sich glaube ich äh sehr positiv ausgewirkt. Am deutlichsten fand ich es eigentlich bei dem Parkfesten, das erste ist ja mehr oder weniger ins Wasser gefallen, weil es furchtbar geregnet hat, aber das zweite, was ganz toll und unheimlich gut besucht war auch. Also haben viele mitgemacht auch und äh und mehr Kuchen gebacken als man essen konnte fast (Allgemeines Lachen) und Musikgruppen haben umsonst mitgemacht und es waren so unterschiedliche Leute

GP 2: Theatergruppen

GP 3: auf'm Haufen äh da, das fand ich schon erstaunlich ne.

[BI 2 / 635-647]

Von den Gesprächspartnern wird hier hervorgehoben, dass sehr unterschiedliche Personenkreise an diesem Parkfest mitgewirkt haben und es so einerseits eine große Vielfalt an Aktionen (Musik, Theater, Zubereitung von Essen usw.) gab und andererseits ein Zusammentreffen verschiedenster Bewohner des Stadtteils möglich wurde, der so an einem Ort vermutlich selten anzutreffen ist.⁹ Gemeinsam geteilte Handlungsproblematiken respektive Lernproblematiken tragen somit zu einer heterogenen Gruppenzusammensetzung bei und können damit dazu beitragen ‚konventionelle‘ Gruppenkonstellationen aufzuweichen. Das empirische Material verdeutlicht, dass aktionale Lernhandlungen von Prozessen der ‚Vergemeinschaftung‘ im Rahmen des jeweiligen lebensweltlichen Zusammenhangs inspiriert werden. Aktionale Lernhandlungen im Rahmen der hier beobachteten Bürgerinitiativen sind immer auf kooperative Zusammenhänge bezogen. Damit ist auf die Bedeutsamkeit der Berücksichtigung der je individuellen Lebensinteressen einerseits (vgl. Holzkamp 1995a) und den Wunsch sich an der gemeinsamen Regelung der Gestaltung des Zusammenlebens zu beteiligen andererseits verwiesen (vgl. Gensicke 2010; Keupp 2005). Hier wird dann auch der in Abschnitt 2 aufgegriffene Zusammenhang von Lernen und Erleben deutlich (Faustich 2002b). Erlebnisse – wie beispielsweise dieses Parkfest – sind dann eine Möglichkeit die routinisierten Zyklen des Alltags aufzubrechen und Lernhandlungen in ‚angenehmen‘ Kontexten zu initiieren (vgl. ebd.):

- I.: Also habt Ihr immer schon offene Gemeinschaftsaktivitäten außerhalb von von Sitzungen, Arbeitstreffen
- GP 3: Ja gut, wir haben natürlich immer versucht unser Thema auch so zu transportieren, aber
- GP 2: Immer verschiedene Sachen wie gesagt.
- GP 3: Also, es gab auch reine Informationsveranstaltungen mal. Also im Freizeitzentrum B., das war ja auch rappellvoll. Aber diese Sachen die wir draußen gemacht haben oder wir haben ja auch ein Benefiz-Konzert gemacht äh, das war dann auch schon mehr lustbetont dann einfach auch. Das war auch bewusst von uns so gewählt, ja der Hintergedanke war ein bisschen, also wenn man gegen die Straße kämpft, man muss ja auch für was kämpfen ne. Also dass man ne lebenswerte Umwelt hat, die man erhalten gerne möchte oder die man genießen möchte auch und das wollten wir eigentlich auch ein Stück weit dadurch deutlich machen ne. Also dieses Parkfest wäre gar nicht mehr möglich gewesen, wenn die Straße da

9 Nach Angabe der Gesprächspartner von Bürgerinitiative 3 nahmen ca. 1.500 bis 2.000 Personen an diesem Fest teil [BI3 / 435-436].

wäre. Das wäre so tierisch laut, dass man sein eigenes Wort nicht mehr verstanden hätte.

GP 2: Ja, ja.

GP 3: Also insofern war das so ne Kombination aus äh aus ja Aufklärung über die möglichen Folgen und äh Spaß einfach eben auch. [BI 2 / 794-813]

Informationsvermittlung und dessen Diskussion, das Erleben von ‚Neuem‘ und schließlich die Entwicklung eigener Ideen stehen im Rahmen solcher Aktion eng nebeneinander. Die Gesprächspartner von Initiative 2 ‚Stadtautobahn‘ heben hier, im Gegensatz zu ‚konventionellen‘ Formen von Informationsveranstaltungen, die von ihnen bewusst verfolgte Kombination von ‚Aufklärung‘ und ‚Spaß‘ im Rahmen einer solchen eher ‚unkonventionelleren‘ Aktionsform heraus. Ein so verstandenes ‚Lernarrangement‘ ermöglicht, es mit den anderen Bewohnern des Stadtteils in Kontakt zu treten, sich auszutauschen und die jeweiligen Interessen und Perspektiven ungezwungen miteinander auszuloten. So berichtet einer der Gesprächspartner, „dass sie [die Besucher J. T.] das ganz toll fanden, dass sie erst mal ihre die eigene Nachbarschaft mal anders erleben auch oder nen Punkt haben wo man sich locker informell trifft“. Im Vordergrund steht hier dann keine ‚klassische‘ Lernsituation in institutionellen Rahmungen, sondern „ein freiwilliges, interessegeleitetes Lernen in angenehmen Kontexten“, welches davon lebt, „nicht als Lernen identifiziert [zu werden], sondern vielmehr [als] ein selbstverständlicher Teil des Lebens wahrgenommen [zu werden]“ (Faulstich/Grell/Grotflüschchen 2005, S. 20).¹⁰ Das diskursive mögliche Erfahren anderer Perspektiven bezogen auf die Gestaltung des eigenen Stadtteils kann nach Ansicht des Gesprächspartners als Anstoß dafür dienen, andere Perspektiven auf die Gestaltung des Zusammenlebens und gesellschaftliche Entwicklung im Allgemeinen zu initiieren und diskutierbar zu machen.

Vor diesem Hintergrund wird dann deutlich, dass Lernen und positive Emotionen eben keine Gegensätzlichkeiten sein müssen und die künstliche Trennung obsolet ist. Bedenkt man zudem die vielfach beim Einzelnen aufgrund biographischer Erfahrungen wie beispielsweise schulischem Lernen vorhandenen negativen Assoziationen mit Lernen, die häufige Abneigung gegenüber allem Politischen (vgl. Bremer 2008) und die damit verbundenen berechtigten Widerständigkeiten gegenüber politischem Lernen und Handeln, so können mit einem so initiierten Lernarrangement Hürden und Hemmnisse aufgebrochen werden (vgl. Grell 2006). Die große Akzeptanz einer solchen Form der öffentlichen Diskus-

10 Siehe zur Betrachtung unkonventioneller Aktionsformen wie Flashmobs als Möglichkeit politischer Partizipation und Bildung auch Ludwig/Trumann/Zosel (2011).

sion von für die Stadt bzw. den Stadtteil bedeutsamen Themen und Problemstellungen durch die Anwohner, ist für die Gesprächspartner dieser Initiative dann Anlass, um das eigene Handeln in dieser Perspektive weiterzudenken.

GP 3: Also da könnte man im Grunde genommen noch weiter drauf aufbauen, aber erst mal so als so Erfahrung, die Leute mitteilen, fand ich das schon gut ne. Also das erste Mal hatten wir das anders, also das zweite Mal haben wir es einfach nur im Park an einer Stelle gemacht. Erste Mal hatten wir verschiedene Stationen vorgesehen, die wir anbieten wollten und die erste Station war son ne Wohngemeinschaft [...], die da an der Ecke vom Sportplatz ist. Und da im Garten haben wir das gemacht und das war für viele Leute zum Beispiel toll, dass es so was da gibt überhaupt ne und da waren ja auch Leute aus allen Altersstufen und so gesagt, Mensch, das ist ja auch ne Möglichkeit, wenn ich alt werde, dass ich nicht ins Altersheim unbedingt gehen muss ne. Dass es so etwas gibt, das ist ja toll. Ne auch wenn sie weiter nicht hingehen, aber einfach so den Blick zu öffnen und zu sagen, so etwas gibt's bei uns im Stadtteil, das habe ich gar nicht mitgekriegt bisher ne. [BI 2 / 732-747]

Hervorzuheben ist an der vorangegangenen Gesprächspassage, dass in der nachträglichen Reflexion der eigentlichen Zielperspektive des Festes, weniger das Vermitteln des eigenen Anliegens, als die Chance der Ermöglichung von Diskussionsraum für Andere und die damit verbundene Möglichkeit der selbstinitiierten Betrachtung bestimmter Themen des Stadtteils bzw. der Stadt im Vordergrund steht. Die Durchführung eines solchen Parkfestes wurde dann aufgrund der positiven Resonanz seitens der Besucher einige Zeit später von einer Initiative in einem anderen Stadtteil übernommen.

Eine weitere Form aktionaler Lernhandlungen im Rahmen der beobachteten Initiativen, die Lernen mit positiven Emotionen in Verbindung denkt, ist die Durchführung von zwei Radtouren in Kooperation verschiedener Einzelinitiativen (A 2). Im Vordergrund stand hier, im Vergleich zu den zuvor beschriebenen Parkfesten, jedoch gerade die Betrachtung der jeweiligen Problemgegenstände der unterschiedlichen Initiativen bezogen auf einen bestimmten Ausschnitt des Stadtgebiets von Bielefeld. Ziel war es gegenseitig den jeweiligen Arbeitsschwerpunkt kennenzulernen, gemeinsame Kooperationspunkte zu finden und den Blick für ein Gesamtkonzept von Stadt zu öffnen sowie durch öffentliche Präsenz die Aufmerksamkeit und das Interesse von Passanten zu wecken. Die Radtouren wurden dabei offiziell als Demonstration angemeldet, in der Presse als solche angekündigt und durch Polizei und örtliche Presse begleitet.

Die durchgeführten Radtouren wurden im Nachhinein in verschiedenen Kontexten durch die Initiativenmitglieder reflektiert. So waren beispielsweise beide Radtouren Gegenstand im Gruppengespräch von Initiative 2 ‚Stadtautobahn‘:

GP 3: Ja, das war ein [Initiative 2 ‚Stadtautobahn‘ J. T.] Kind.

GP 1: Ja. (zurückhaltend)

GP 3: Das haben wir da zuerst diskutiert. Das ist ursprünglich eigentlich entstanden aus ner Idee entlang der Trasse sogar und dann hm

GP 1: Entlang mit dem Fahrrad.

GP 2: Ursprünglich war die Idee ganz am Anfang, dass wir uns zusammen mit dem Fahrrad hier hinfahren und hier ne Aktion machen, wegen der wegen dem Übergang. Mit dem, da war der S. B. da. Und dann äh hat

GP3: Also, dass wir verschiedene Brennpunkte einfach, also um wieder Interesse zu generieren auch für problematische Stellen und Leute aufmerksam zu machen halt

GP 2: Genau.

GP 3: was Nettes, das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden. Also einen Fahrradausflug zu machen und äh

GP 2: Und da sind immer mehr dazugekommen.

GP 3: auf problematische Stellen und da waren in der Tat ja hatten wir in der Initiative schon länger ne Reihe von Stellen schon diskutiert, wo wir dachten, da gibt es echt Änderungsbedarf. Und so ist die dann eigentlich entstanden.

GP 2: Richtig. Und dann gab's hier praktisch

GP 1: Thematische Schwerpunkte wurden dann gesetzt.

GP 2: Dass dann die - - [...], die Initiative, dann viele fanden das eine gute Idee und bei mir sind so viele Leute haben sich gemeldet, dass wir irgendwie das denn ja sogar von Tierschützern die die Tierschutz AG sich gemeldet hat, da haben wir dann gesagt, ja gut, jeder der sich meldet, - der kann da jetzt irgendwie mitmachen. (Lachen) War schon ne wahnsinnige Sache.

GP 1: Und die Zweite war dann diesen Dünen, als thematischer Schwerpunkt. Und die Dritte wird höchstwahrscheinlich äh auch ne Wiederholung zwar, aber so unter dem Arbeitstitel ‚Wasser ist Leben‘ - - . Also, dass man die Wasserwerke im Bielefelder Süden abfährt. Also von Ummeln angefangen über die Senne bis nach Sennestadt. Und da gibt es dann wieder Vorträge. - - - Dann haben wir uns ne Vierte glaube ich auch schon überlegt thematisch.

GP 2: Ja, die Soziale, Soziale Tour.

GP 1: Soziale Brennpunkte, genau. [BI 2 / 1277-1313]

Im Rückblick wird hier deutlich, dass die Idee der Durchführung einer Radtour im Rahmen der Arbeit von Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ entstanden ist und analog zu den Parkfesten entlang der Trasse der geplanten Stadtautobahn führen sollte, um das zur Zeit der teilnehmenden Beobachtung ‚schwebende‘ städteplanerische Vorhaben erneut ins öffentliche Bewusstsein zu rufen. Ebenso sollte damit eine weitere Möglichkeit geschaffen werden, sich mit dem eigenen Stadtteil in einem informellen Rahmen auseinandersetzen zu können. So sollten zu diesem Anlass beispielsweise verschiedene andere durch Initiative 2 ‚Stadtautobahn‘ identifizierte Problembereiche diskutiert werden, wie etwa die problematischen Straßenquerungen von Radwegen im Stadtteil. An neuralgischen Punkten der Route wurden so während der Radtour kurze Fachvorträge durch Initiativenmitglieder oder eingeladene Experten gehalten, um bestimmte Problemgegenstände und/oder die jeweiligen Arbeitsschwerpunkt der Initiativen detaillierter zu erläutern. Diese wurden ebenso in einem im Vorfeld ausgearbeiteten Begleitheft schriftlich festgehalten. Das empirische Material zeigt, dass diese Form der öffentlichen Diskussion städtischer Entwicklung dann von anderen Initiativen aufgegriffen wurde. So wurde eine zweite Radtour nach demselben Konzept im Süden der Stadt entlang des Dünenbandes (Arbeitsschwerpunkt von Initiative 3 ‚Naturschutz‘) durchgeführt. Als wichtige Aspekte für weitere Radtouren wurden von den Gesprächspartnern von Initiative 2 ‚Stadtautobahn‘ die Themen ‚Wasser‘ und ‚Soziales‘ diskutiert. Deren Durchführung fiel jedoch nicht mehr in den Beobachtungszeitraum dieser Studie.

Interessant ist in diesem Zusammenhang zudem die nachträgliche Reflexion der ersten Radtour im Rahmen eines Arbeitstreffens von Initiative 1 ‚Straßenausbau‘. Hier wurde insbesondere der Austausch mit anderen Initiativen als sehr inspirierend erlebt. So sprechen die Mitglieder der Initiative davon, dass häufig jede Initiative für sich arbeiten würde und man durch eine solche Veranstaltung schließlich die Gelegenheit bekäme, Überschneidungspunkte zu entdecken, Kooperationsmöglichkeiten herzustellen und viele neue Aspekte beispielsweise über Stadtplanung kennenzulernen. Zudem sei in der gemeinsamen Diskussion verschiedener Gegenstandsbereiche deutlich geworden, dass es wichtig sei, sich als Bürger auch außerhalb etablierter Partizipationsformen in die Entwicklung der Stadt einzubringen. Der Vorteil einer solchen Aktionsform sei es, gewissermaßen zeitlich unabhängig entgegen der ‚Hektik‘ des Alltags, bestimmte Gegenstandsbereiche detaillierter betrachten zu können, an denen man sonst oft nur so ‚vorbeirauschen‘ würde. Ein weiteres Mitglied aus Bürgerinitiative ‚Straßenausbau‘ resümiert schließlich, wie effektiv der gegenseitige Ressourcenaustausch für die Arbeit der eigenen Bürgerinitiative sei.

Im Verlauf des Beobachtungszeitraums war in Folge der Durchführung der unterschiedlichen Radtouren ein Ausbau der Vernetzung zwischen den einzelnen Initiativen in Bielefeld festzustellen. Die Durchführung der beschriebenen Radtouren ist dann Konsequenz der zuvor beschriebenen Kombination von ‚Angenehmen‘ und ‚Nützlichem‘. So berichtet einer der Gesprächspartner rückblickend, dass *„was Nettes, das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden. Also einen Fahrrradausflug zu machen“* und dabei politische Themen diskutiert zu können, den Charakter einer solchen Aktionsform ausmache. Die Verbindung von Lernen mit positiven Emotionen ist sich nach der erfahrenen positiven Resonanz, wie das empirische Material zeigt, ein charakteristisches Merkmal der Handlungsstrategien der hier beobachteten Bürgerinitiativen.¹¹

Neben den hier zunächst sehr positiven Aspekten aktionaler Lernhandlungen soll jedoch nicht darauf verzichtet werden, auch auf einen kritischen Aspekt für das Gelingen solcher Veranstaltungen einzugehen. So wird beispielsweise im Gruppengespräch mit Mitgliedern aus Bürgerinitiative 4 ‚Umgehungsstraße‘ darauf hingewiesen, dass die Durchführung von Aktionen und damit ihr Gelingen, ohne die Bereitschaft der Mitglieder oder interessierter Bürger an solchen mitzuwirken, nicht möglich sei. Die Mobilisierung von Mitwirkenden ist damit häufig ein neuralgischer Punkt im Rahmen der Bürgerinitiativearbeit, was insbesondere bei abnehmender Präsenz des jeweiligen Gegenstandsbereichs in der Presse deutlich würde. Nachfolgende Gesprächspassage zeigt exemplarisch die hier angesprochene Problematik:

GPin 2: Man kann auch diese äh so Aktionen die wir am Anfang gemacht haben, mal die Straße abzustecken mit einem Flatterband, das könnte man ja wiederholen, aber wenn wir mit zehn Mann hier sitzen, dann brauchen wir solche Dinge nicht zu planen, denn das können wir nicht und immer hinter den Leuten hinterher zu laufen das ist auch nicht, also verbleibt das. Aber es wäre eigentlich noch mal ganz schön den Leuten klar zu machen, so so sieht es aus, so kommt die Straße. So haben wir es ja damals auch gemacht, das war also, da waren se alle da und das ist eben, so schade. - - - [BI 4 / 187-195]

Die Durchführung von öffentlichen Aktionen, wie hier das Spannen eines Flatterbandes zur Darstellung einer geplanten Umgehungsstraße, bedarf nach Auskunft der Gesprächspartnerin der Mitwirkung vieler Initiativenmitglieder oder

11 Nach Angaben von Mitgliedern aus Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ haben an der ersten Radtour ca. 150 Personen teilgenommen [TB3-BI2].

Unterstützter. Deutlich wird, dass die Konsequenz, also eine Abnahme der Durchführung öffentlicher Aktionen, Folge eines längeren Prozesses der Mitgliederansprache und -motivation ist, der häufig als sehr anstrengend und wenig fruchtbar erlebt wurde. Folgende Gesprächspassage steht hierfür exemplarisch:

GP 2: Wünschen tu ich, ja sicherlich, aber ich bin mir schon der Problematik bewusst, dass je länger sich dieser Prozess hinzieht, umso mehr dann auch äh ein gewisses Phlegma sich dann ausbreitet, wenn keine Aktionen oder auch keine Erfolge letztendlich dabei entstehen und ich glaube, das ist auch etwas ganz Natürliches, dass wird man auch in allen anderen Bürgerinitiativen feststellen, dass werden Sie sicherlich auch schon festgestellt haben und auch gehört haben, dass diese Tendenz vorhanden ist und äh es ist immer so, dass am Anfang, wenn ganz akut irgendein Problem auf den Nägeln brennt, die Leute schreien und sagen und jetzt muss, mach mal was und die machen auch was und es ist Aktivität in der Gruppe und die opfern Zeit und die opfern Geld und das ist alles kein Problem, aber es flacht dann mit der Zeit ab, wenn nicht irgendetwas passiert. [BI 4 / 148-160]

Dieser hier beschriebene kritische Aspekt des längeren Engagements in der Arbeit von Bürgerinitiativen ist bei allen Initiativen anzutreffen, wenn auch jeweils aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet und eingeordnet. In Abschnitt 8.1 wurde dieser Aspekt unterschiedlicher Aktivität von Bürgerinitiativen und deren Mitgliedern im Rahmen der Dimension ‚individuell – kooperativ‘ bereits bezogen auf den fluiden Charakter von Initiativen diskutiert. Dort wurde skizziert, dass es für Bürgerinitiativen charakteristisch ist, dass je nach Aktivitätsphase und auch Öffentlichkeit des Gegenstandsbereichs, auf vielfältige Formen der Mitarbeit und unterschiedliche Kooperationen zurückgriffen werden kann und in Phasen geringerer Aktivität diese quasi ruhen und je nach Anlass wieder reaktiviert werden müssen (vgl. Rammstedt 1978, S. 210). Dieser Aktivierungsprozess ist dann das, was die Gesprächspartnerin aus Bürgerinitiative 4 ‚Umgehungsstraße‘ hier als ‚schwierig‘ und ‚anstrengend‘ beschreibt und infolge dessen zu Lasten der Initiierung öffentlicher Veranstaltungen führen kann. Dies wird im Folgenden noch deutlicher werden, wenn man sich dem anderen Pol der Dimension ‚aktional – reflexiv‘ des Lern-Handlungsraums Bürgerinitiative zuwendet und reflexive Lernhandlungen betrachtet.

Gegebenes hinterfragen und Alternativen öffentlich denken – eine Frage des ‚Mutes‘

Im Vorangegangenen wurde auf das Problem der Aktivierung von Mitgliedern bzw. von Bürgern im Stadtteil zur Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen

oder des generellen Einsatzes für einen bestimmten Gegenstandsbereich, eingegangen. Hingewiesen wurde ebenso auf die unterschiedlichen Interpretationen dessen durch die verschiedenen Initiativen. Die Gesprächspartner des vorangegangenen Beispiels sehen die Gründe für ein abnehmendes Engagement in der Initiativenarbeit etwa in der abnehmenden Aktualität des Gegenstandsbereichs der Initiative und dem damit verbundenen Fehlen des persönlichen Bezuges begründet. Dieses Beispiel soll nun aus der Perspektive reflexiver Lernhandlungen weiterdiskutiert werden. So betrachtet etwa nachfolgende Gesprächspartnerin, ebenfalls aus Initiative 4 ‚Umgehungsstraße‘, nicht mehr nur das abnehmende Interesse der Mitglieder, sondern auch das mangelnde Engagement der Bewohner des Stadtteils. Sie begründet dieses mit einer vielfachen grundlegenden Hemmnis der Menschen sich für politische Themen einzusetzen:

GPin 3: Was mir auch aufgefallen ist als das ins Gespräch kam, 1999, die Straße soll kommen, die wird geplant, da sind wir also rumgelaufen ich und noch zwei andere Frauen bei uns aus der Straße haben versucht auch im Ort die Leute auf diese Problematik, die auch noch weitere Auswirkungen hat ja nicht nur auf uns, sondern auch auf die Leute die zwar nicht direkt an der Straße wohnen, aber die trotzdem diesen Verkehr dann irgendwo abbekommen - - gleich null die Resonanz, bis wir ne Unterschrift drunter auf diesen Zetteln hatten, wir sammelten Unterschriften, da haben wir uns den Mund fusselig geredet, also das war wirklich schwierig. Und da denke ich so - - die Leute die sind so schwerfällig denn ich weiß nicht oder sind nicht interessiert an Sachen die sie nich - nich - ja direkt gleich betreffen, ich weiß nicht was das ist. [BI 4 / 226-237]

Das hier zu Wort gekommene Mitglied berichtet, dass es im Zuge der Gründung der Initiative sehr mühsam war, die Bewohner des Stadtteils für den Problemgegenstand der Initiative zu begeistern oder diese zu einer Mitarbeit zu bewegen.¹² Die Ursache sieht die Gesprächspartnerin unter anderem darin, dass Menschen bei einer nicht sofort offensichtlichen eigenen Betroffenheit, oft nicht die Notwendigkeit eines Engagements oder einer öffentlichen Stellungnahme sähen. Damit greift die Gesprächspartnerin implizit den lerntheoretischen Kontext dieser Studie auf – die Initiierung von Lernhandlungen setzt die subjektive Bedeutsamkeit der jeweiligen Handlungsproblematik respektive der Lernproblematik voraus (s. Abschnitt 5). Diese erste Interpretation verfolgt sie jedoch nicht weiter, sondern reagiert letztlich einigermmaßen ratlos auf diesen Sachverhalt – „*ich*

12 Trotz dieser Einschätzung zählt Initiative 4 ‚Umgehungsstraße‘ zum Zeitpunkt des Feldaufenthalts ca. 40 Mitglieder.

weiß nicht was das ist“. Ein anderes Mitglied von Initiative 4 ‚Umgehungsstraße‘ weiß hier eine mögliche Erklärung:

GP 3: Ich seh das so, was die Mitglieder betrifft äh, wenn ich mich einem Sportverein anschließe oder einer kirchlichen Institution, das ist in Ordnung. - Bekenne ich mich aber irgendeiner Initiative, da sind ja die Grünen die rebellieren, da sind die und die, da hab ich mich ja ganz klar geortet einer Sache, dieser Sache. Es sind viele, die bei Informationsveranstaltungen da sind, auch Ältere die in der Nachbarschaft wohnen, die bringen dann immer die Ausrede, ach ich kann nicht in noch nen Verein rein, ich bin ja, der Beitrag ist gerade für einen Rentner, der eigentlich sein Leben lang ordentlich verdient hat, so spreche ich von diesen Leuten, da gehe ich einfach von aus, nen Kleines den zu bezahlen, aber dann würden sie sich ja orten, dann würden sie ja demnächst wenn sie durchs Dorf laufen durch einen, in einem konservativen Dorf, viele ältere Leute, der ist jetzt auch in dieser Straßenvereinigung und das ist einfach (allgemeines lachen) ich kann überall mitschwimmen in der zweiten Reihe, nen bisschen gucken nen bisschen meckern, Infos rausziehen, vielleicht auch mal hinter vorgehaltener Hand meine Meinung sagen. Gut, wenn ich in der CDU bin oder in der SPD, das ist nun mal ne bürgerliche Partei, das wird dann akzeptiert, aber da schwimmen schon viele auch rechts und links rund rum (allgemeines lachen) und wollen auf keinen Fall letztendlich da erkannt oder enttarnt werden und da ist gerade die Bürgerinitiative, ob nun in diesem Dorf hier oder andere Initiativen äh werden sehr kritisch angeguckt, die Erfahrung habe ich gemacht. Bin ich in der Feuerwehr oder Sportverein oder was auch immer Knobel-Club oder wie sie sich alle schimpfen, Kegelverein, ist alles in Ordnung. [BI 4 / 280-304]

Als Grund für die schwierige Gewinnung von Mitstreitern sieht der Gesprächspartner hier, die vermeintlich geringe gesellschaftliche Akzeptanz von Bürgerinitiativen. So würden zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung der Initiative zahlreiche Menschen des Stadtteils kommen und sich über die städtischen Planungen und deren Konsequenzen für den Stadtteil informieren. Hier würden ganz verschiedene Menschen des Stadtteils dann miteinander den von der Initiative öffentlich gemachten Problemgegenstand kritisch diskutieren, ein weitergehendes Engagement in der Initiative würde in Folge dann jedoch nur von einem Bruchteil der Besucher in Erwägung gezogen.

Das empirische Material zeigt hier, dass eine Teilnahme an Veranstaltungen, Aktionen usw. der Bürgerinitiative nach Ansicht der Initiativenmitglieder bedeute, sich zu „orten“, also Stellung zu beziehen für die eine oder andere Sache. Dies zu tun, sei jedoch in Bürgerinitiativen als unkonventioneller Partizipations-

form weniger gebräuchlich als in etablierten Formen wie Parteien. Im Rahmen von Parteien würde vielen Menschen ein Engagement einfacher fallen, da dieses breiten gesellschaftlichen Konsens finden würde – „*Gut, wenn ich in der CDU bin oder in der SPD, das ist nun mal ne bürgerliche Partei, das wird dann akzeptiert*“. Der Gesprächspartner verweist mit dieser Interpretation der mangelnden Mitwirkung auf die in Abschnitt 2 diskutierten Ausschlussmechanismen des etablierten politischen Feldes. Durch den eigenen Ausschluss der Möglichkeit gesellschaftlicher Mitgestaltung in Bürgerinitiativen wird hier die von Bremer (2008, S. 269) beschriebene Selbstexklusion als vorweggenommen Fremdexklusion besonders deutlich.

Relevant ist in diesem Zusammenhang die Interpretation einer anderen Gesprächsteilnehmerin aus dieser Bürgerinitiative. Sie sieht die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative sehr stark an den jeweiligen Problemgegenstand gebunden. Damit wird implizit der Bezug zum lerntheoretischen Kontext der Studie hergestellt. Mit Rückblick auf ein zurückliegendes Engagement erinnert sich die Gesprächspartnerin daran, dass ein Engagement für einen Jugendclub und damit für die Lebensumwelt der eigenen Kinder im Stadtteil ein breites Engagement in einer Bürgerinitiative möglich machte. Der Problemgegenstand von Bürgerinitiative 4 ‚Umgehungsstraße‘ scheint nun anders gelagert zu sein und weniger direkt an den jeweiligen Lebenszusammenhang anschlussfähig zu sein, bezieht er sich doch im Gegensatz zum Engagement für einen Jugendclub in seiner Kritik auf einen deutlich größeren Bezugsrahmen – die Kritik an der Funktionsweise des etablierten politischen Feldes:

GPin 2: Aber es ist natürlich ein Unterschied und das weiß ich von meiner Bürgerinitiative damals, da ging es nämlich um einen Jugendclub - und wenn man um etwas kämpft für seine Kinder, dann ist man wesentlich schneller bereit eine Unterschrift zu geben, denn es geht ja nicht um mich es geht ja auch um mehr, es geht ja auch um meine Kinder und da äh kann ich mich dran erinnern, da waren die Leute sofort bereit. Hier kämpfen wir gegen etwas, was wir nicht haben wollen und das hat mit den Kindern jetzt nich in dem Sinne zu tun, sondern das hat mit äh mit einer höheren, höherrangigen Gruppe zu tun, nämlich mit den Politikern und da wagen sich dann viele nicht dran ne. Das ist also schon ein Unterschied.
[BI4 / 321-331]

Das etablierte politische Feld, die Politiker, werden von der Gesprächspartnerin als „*eine höher, höherrangige Gruppe*“ bezeichnet. Das Eintreten für den als problemhaft für den Stadtteil wahrgenommenen Gegenstandsbereich bedeutet dann, sich gegen die Entscheidungen dieser höherrangigen Gruppe zu stellen.

Den Mut dieses zu tun, hätten dann in Augen der Gesprächspartnerin viele Bürger nicht. Die vermeintlich suggerierte ‚Nicht-Berechtigung‘ sich mit der höher-rangigen Gruppe auseinanderzusetzen führt dann zur ‚Selbstexklusion‘ der Bürger und zum Rückzug aus der Mitgestaltung von Welt. Wie kommt es nun zu der Ansicht vieler Menschen einer vermeintlich mangelnden Berechtigung der Mitgestaltung von Welt in eher unkonventionellen Beteiligungsformen wie Bürgerinitiativen? Hierzu ist eine ausführliche Gesprächspassage aus dem Gespräch mit Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ sehr aufschlussreich, die den Stellenwert von Bürgerinitiativen in unserer Gesellschaft bzw. der Stadt Bielefeld thematisiert:

- GP 1: Eigentlich keinen hohen aus Sicht der Politiker. Für die sind wir Störenfriede, ja Störenfriede, die das durchdachte Konzept der Politiker oder der Verwaltung jetzt versuchen kaputt zu machen. Und im Endeffekt kommt oft, wie GP 3 auch sagte, auch genau das Gegenteil raus. Weil son Konzept scheitert dadurch, dass Bürger mit dem Finger in die Wunde zeigen. - - Also ein gutes Ansehen haben Bürgerinitiativen selten unabhängig von Bielefeld.
- GP 3: Also bei der Politik?
- GP 1: Bei der Politik.
- GP 3: Bei der Bevölkerung kann das durchaus anders aussehen.
- GP 1: Richtig, das ist nur die Sichtweise. In der Verwaltung glaube ich, da ist es mehr - schwankend. Also, dass manche Verwaltungsleute, die sich mit ihren Vorstellungen nicht durchsetzen konnten, äh sagen, super, super, dass sie das machen, weil das waren meine Vorstellungen auch, nur hier in der Verwaltung konnte ich das nicht und. - - - Son richtig positives Images haben Bürgerinitiativen nicht. Auf jeden Fall aus dieser Sichtweise nicht.
- GP 3: Ja ich meine, wenn man einfach mal zurückgeht jetzt zur [BI 2 ‚Stadtautobahn‘ J. T.], was ja schon ein Problem war vor allem zu Anfang äh, dass vielen das peinlich war überhaupt dahin zu kommen ne. Also die Sache, dass sie soziale oder berufliche Nachteile befürchtet haben, wenn sie sich in ner Bürgerinitiative engagieren ne.
- GP 1: Bloß nicht auf nen Bild.
- GP 3: Für unser einen vielleicht schwer vorstellbar, aber so sag ich mal wirklich die normalen
- GP 2: Also nen linken Tatsch verhindern.
- GP 3: Bürger, also einfach überhaupt sich zur Wehr zu setzen, was ja eigentlich ein ganz normales demokratisches Recht ist, was eigentlich ganz selbstverständlich sein sollte, das ist so selbstverständlich nicht. Das ist schon ne unheimliche Schwelle, überhaupt wohin zu kommen. Ich mein auch ein Grund zum Beispiel für die Parkfeste und diese Dinge, wo man wirklich absolut informell auftauchen

konnte auch. Äh auch Versammlungen, is ja auch was, wenn man ne öffentliche Veranstaltung macht, is ja schon bisschen einfacher hinzukommen. Das ist schon ne Schwelle, die man nicht unterschätzen sollte.

- GP 2: Darum, das waren diese, diese sehr vielen Anrufe, die dann gesagt haben, mach doch mal das, mach doch mal das, aber bloß nicht, dass ich irgendwie da irgendwie mit reinkomme, aber man hat schon irgendwie das Bedürfnis, was zu machen. Ich gebe euch nen guten Tipp, aber lasst mich da irgendwie raus so ungefähr. Da gab es sehr, sehr viele.
- GP 3: Manchmal denkt man auch, ich habe manchmal das Gefühl gehabt, es ist noch die späte Nachfolge des Faschismus oder so ne. Dass ist, steckt tief in uns allen drin, dass es gefährlich is, die Klappe aufzumachen.
- GP 2: Gehört sich auch nicht ne weiß ich auch nicht.
- GP 3: Das tut man nicht. Das ist irgendwie unanständig.
- GP 2: Wie gesagt, aber viele so insgeheim, da müssen wir was machen aber lasst mich da raus. [BI 2 / 1348-1396]

Die Gesprächspartner aus Initiative 2 ‚Stadtautobahn‘ gehen davon aus, dass Bürgerinitiativen in Augen des etablierten Feldes als „*Störenfriede*“ eingestuft werden, „*die das durchdachte Konzept der Politiker oder der Verwaltung jetzt versuchen kaputt zu machen*“. In Folge dieser Störung der Regelung der allgemeinen Angelegenheiten wird solchen unkonventionellen Formen politischer Partizipation durch das etablierte politische Feld dann häufig die Legitimation der Mitwirkung angesprochen. Die mangelnde öffentliche Anerkennung führt dann zu dem vermeintlich schlechten „*Ansehen*“ von Bürgerinitiativen in der Gesellschaft bzw. der Stadt Bielefeld. Die Gesprächspartner differenzieren hier jedoch deutlich danach, wer diese Ansicht vertritt. So seien dies in erster Linie die etablierten politischen Vertreter und weniger Vertreter der städtischen Verwaltung oder die Bürger selbst. Die Zuschreibung der mangelnden Berechtigung und das dadurch entstandene negative Images wirkt dann als Engamenthürde. So berichten die Gesprächspartner davon, dass im Rahmen ihrer Initiative interessierte Bürger mit dem öffentlichen Eintreten für den Gegenstandsbereich der Initiative „*soziale oder berufliche Nachteile befürchtet haben*“. Dies kann als ein deutliches Zeichen dafür interpretiert werden, wie inkorporiert die mangelnde Berechtigung der Bürger an der Regelung der allgemeinen Angelegenheiten ist und wie weit Prozesse der Selbstexklusion wirken. Inwiefern solche negativen Konsequenzen bereits durch Initiativenmitglieder oder abgeschreckte potentielle Mitglieder erlebt wurden, blieb im Rahmen der Gruppengespräche offen.

Die Ergebnisse des empirischen Materials bestätigen damit die eingangs aufgeworfene Frage, dass nicht ein politisches Desinteresse, sondern die individuell,

als mangelhaft oder nicht legitim wahrgenommenen Möglichkeiten der Teilnahme grundlegend für die Exklusion der Bürger aus der Mitgestaltung des Zusammenlebens sind. „Für unser einen vielleicht schwer vorstellbar, aber so sag ich mal wirklich die normalen [...] Bürger, also einfach überhaupt sich zur Wehr zu setzen, was ja eigentlich ein ganz normales demokratisches Recht ist, was eigentlich ganz selbstverständlich sein sollte, das ist so selbstverständlich nicht“. Das demokratische Recht, an gesellschaftlicher Gestaltung zu partizipieren und eigene Vorstellungen und Entwürfe einzubringen, scheint vielen Bürgern, gerade wenn dies bedeutet sich gegen Entscheidungen des etablierten politischen Feldes zu stellen und diese zu hinterfragen, nach Ansicht der Gesprächspartner vielen Menschen nicht bewusst zu sein. Die im Vorangegangenen bereits diskutierten von Initiative 2 ‚Stadtautobahn‘ durchgeführten Parkfeste stellen dann in Augen der Gesprächspartner eine informelle und unverbindliche Möglichkeit der Diskussion verschiedener den Stadtteil betreffender Problemgegenstände dar, ohne sofort als Mitglied einer Initiative identifiziert zu werden. Deutlich wird in den verschiedenen Gruppengesprächen, dass das Problem der Hemmnis sich an der Mitgestaltung der Gesellschaft zu beteiligen jedoch durch den hier dargestellten Reflexionsprozess der Initiativenmitglieder ernst genommen wird und eine ‚passive‘ Unterstützung (Fachwissen, Spenden etc.) der Initiativenarbeit durchaus anerkannt wird.

Das empirische Material zeigt nach den vorherigen Ausführungen, dass sich reflexive Lernhandlungen aus konkreten Handlungsproblematiken, hier der Aktivierung von Mitstreitern, initiieren. Für diesen Problemzusammenhang werden dann im Rahmen reflexiver Lernhandlungen mögliche Begründungszusammenhänge diskutiert, wie etwa die mangelnde gesellschaftliche Akzeptanz von Bürgerinitiativen und die daraus resultierende ‚Hemmnis‘ vor einer solchen Form der Beteiligung. Im Folgenden werden nun die im weiteren Verlauf reflexiver Lernhandlungen von den Initiativenmitgliedern diskutierten Begründungsmuster für die vermeintlich geringe gesellschaftliche Akzeptanz an weiteren Fallbeispielen expliziert.

„Kampf“ zwischen Bürgern und politischen Vertretern

Deutlich wurde durch die vorangegangenen Gesprächsausschnitte, dass ein zentraler Gegenstand reflexiver Lernhandlungen die Diskussion des Verhältnisses von Bürgern und etablierten politischen Feld und die damit verbundene zugeschriebene unterschiedliche Berechtigung an gesellschaftlicher Gestaltung mitzuwirken ist. So werden Bürgerinitiativen nach Ansicht der Gesprächsteilnehmer durch das etablierte politische Feld als „Störenfriede“ tituiert, welche politische Konzepte und Verwaltungsabläufe behindern. Die im Rahmen der Bürgerinitia-

tive geführte Auseinandersetzung mit dem etablierten politischen Feld und die dabei erfahrene unterschiedliche Berechtigung zur Teilnahme am ‚politischen Spiel‘ stellt folgende Gesprächspassage exemplarisch als einen Aspekt reflexiver Lernhandlungen dar:

GPIn: Ja und das, das was ich auch noch gelernt habe, dass die Politiker oder einige oder viele total beleidigt sind, wenn sich ne Bürgerinitiative anmaßt Politik zu machen. Weil sie sind die einzig legitimierten und wenn wir dann sagen, uns gefällt das aber nich, sie sagen, sie sind demokratisch legitimiert, sind sie ja auch, die Beschlüsse kommen immer demokratisch zustande und trotzdem wehrt sich ne Initiative gegen diese Beschlüsse. Dann wird einem natürlich Kirchturn und Interessenpolitik vorgeworfen. Wenn man dann versucht nachzuweisen, dass ihre Politik halt auch an bestimmten Interessen orientiert ist, nämlich diesem sonderbaren Verständnis, dass ne Stadt nur mit viel Verkehr funktioniert oder viel Pkw- und Kfz-Verkehr, dann sind sie hoch beleidigt. Das wusste ich früher auch nicht so. [BI 1/894-905]

Die Gesprächsteilnehmerin spricht hier zwei immer wieder anzutreffende Argumente an, die der Arbeit von Bürgerinitiativen im Rahmen dieser Studie vielfach entgegengebracht wurden und den Störenfried ‚Bürgerinitiative‘ näher beschreiben. Zum einen wird die mangelnde Anerkennung der Initiativenarbeit mit Bezug auf die in Abschnitt 2 diskutierte Frage der Legalität bzw. Illegalität von politischen Partizipationsformen von Seiten des etablierten politischen Feldes durch deren vermeintliche Illegalität begründet. Sachverhalte zu bewerten und Vorschläge zu entwickeln obliegt demnach ausschließlich dem etablierten politischen Feld, welches dazu qua Wahl legitimiert ist. Eine Kritik der Arbeit ist aus dieser Perspektive nicht vorgesehen und damit nicht legitim.

Zum anderen greift die Kritik an Bürgerinitiativen häufig ein besonderes, vermeintlich sachbezogenes Argument auf. So würden Bürgerinitiativen „*Kirchturn und Interessenpolitik*“ betreiben und damit im Gegensatz zum etablierten politischen Feld weniger das Gemeinwohl der gesamten Stadt bzw. der Gesellschaft im Allgemeinen im Blick haben. Die mangelnde Stichhaftigkeit dieses Ausschlussarguments versucht die Gesprächspartnerin in vorangegangener Gesprächspassage zu entkräften, indem sie am Beispiel ‚Verkehr‘ aufzeigt, wie sehr gerade die städtischen Planungen von Interessenpolitik beeinflusst seien. Eine kritische Diskussion der unterschiedlichen Interessenlagen und deren Beeinflussung käme jedoch mit Vertretern des etablierten politischen Feldes nicht zustande, da diese „*dann hoch beleidigt*“ seien. Der Gesprächspartnerin wird hier im reflektierenden Rückblick deutlich, dass ihr vor der Mitarbeit in der Initiative

nicht bewusst war, dass die Kommunikation von Bürgern und politischen Vertretern weniger auf Sachthemen als auf ‚verfahrenstechnische‘ Aspekte bezogen ist. Das den Mitgliedern von Bürgerinitiativen häufig entgegengebrachte Argument der ‚Interessenpolitik‘ war Gegenstand aller Gruppengespräche und wird beispielsweise auch von einem Gesprächspartner aus Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ explizit aufgegriffen:

- GP 2: Ist immer dieses berühmte Beispiel mit dem mit dem Herrn L.. War doch irgendwann mal was, was ich immer so gerne erzähle, wo ich irgendwann auf so ner Sitzung war und er sagte äh Herr GP 2, sie wohnen da ja, sie sind ja betroffen also sie dürfen eigentlich gar nichts dazu sagen bei Straße A. Und irgendwann mal nen Jahr später waren wir auf ner Geschichte, war das Straße L? Ich weiß nicht, jedenfalls war er da auch und dann sagte er, was manchen sie denn hier, sie haben hier doch eigentlich gar nichts mit zu tun. (Lachen) Das fand ich einfach so typisch und das hat sich irgendwie eingeprägt. (Lachen)
- I.: Das ist fast ein schönes Schlusswort.
- GP 2: (Lachen) Ja oder ne [...]. Wie der Herr B. gesagt hat, hier bei der Geschichte im Rathaus, wo da der der Umweltausschuss und Ratssitzung und irgendwie alles zusammen. Wo da der Herr C. [Mitglied von Initiative 2 ‚Stadtautobahn‘ J. T.] da die Fragen gestellt hat, dann sagte dann der, der Herr B., was wollen die denn alle hier ne. Äh da hat er doch diesen berühmten Spruch gebracht, die diese Typen, die dürfte man hier doch gar nicht rein lassen. (Lachen) Das fand ich noch gut. Und dann sagt einer, wieso, wir sind Bürger. (Lachen). Diese Typen ne also praktisch nur weil man dagegen war ne. - - Das das war auch ne interessante Geschichte. [BI 2 / 1469-1491]

Deutlich wird an dieser Gesprächspassage die Paradoxie der Argumentation des angeblich berechtigten Ausschlusses durch das etablierte politische Feld aufgrund der ‚Interessenpolitik‘ von Bürgerinitiativen. Einerseits ist, so der Gesprächspartner, eine Teilnahme an Entscheidungsprozessen aufgrund der eigenen Betroffenheit nach Ansicht politischer Vertreter der Stadt unangemessen – „*sie wohnen da ja, sie sind ja betroffen also sie dürfen eigentlich gar nichts dazu sagen bei Straße A*“. Andererseits ist bezogen auf das zweite Beispiel die Stellungnahme von Bürgern wiederum aufgrund mangelnder Betroffenheit nicht gerechtfertigt – „*was manchen sie denn hier, sie haben hier doch eigentlich gar nichts mit zu tun*“. Deutlich wird an den vorangegangenen Gesprächspassagen, dass die Initiativenmitglieder im Laufe ihrer Arbeit dieses sehr unterschiedliche und auch gegensätzlichen Argumentationsmuster von ‚Nähe und Distanz‘ zum Problemgegenstand (vgl. Jaeggi/Wesche 2009) identifiziert haben und als Aus-

schlussstrategien des etablierten politischen Feldes wahrnehmen. Die Konfrontation politischer Vertreter mit diesem Ergebnis reflexiver Lernhandlungen bleibt jedoch wirkungslos.

Die durch das politische Feld demonstrierte Exklusivität politischer Handlungsverfügung gegenüber dem Bürger oder hier den Bürgerinitiativenmitgliedern drückt sich dann insbesondere im zweiten Abschnitt der vorherigen Gesprächspassage aus. So wird der politisch engagierte Bürger, hier ein Mitglied von Initiative 2 ‚Stadtautobahn‘, im Rahmen einer Ratssitzung zum „Typ“ degradiert, den „*man hier doch gar nicht rein lassen*“ dürfe. War im vorherigen noch von Selbstexklusionsmechanismen der Bürger aus der Regelung der allgemeinen Angelegenheiten die Rede, so drücken sich in der Schilderung diese ‚Erlebnisses‘ dann direkte Exklusionsstrategien des etablierten politischen Feldes gegenüber Bürgern aus. Die hier auf sprachlicher Ebene erfolgte Degradierung von ‚Bürgern‘ zu ‚Typen‘ zeigt dann in aller Deutlichkeit die Grenze zwischen etablierten politischem Feld und Bürgern, die Möglichkeiten des ‚In-Kontakttretens‘ offenbar nur scheinbar zulässt. Bremer und Kleemann-Göhring (2010b, S. 21) haben in diesem Zusammenhang von einer „Grenze der legitimen politischen Artikulation“ gesprochen. Diese starke Begrenztheit gegenwärtiger Partizipationsmöglichkeiten seitens der Bürger bringt schließlich einer der Gesprächspartner aus Bürgerinitiative 4 ‚Umgehungsstraße‘ deutlich auf den Punkt:

GP 4: Ich hab ja immer schon gesagt und dass ist ja auch was wir gelernt haben, äh es läuft ja so ab in ner Demokratie, wir stimmen ab, es wird gewählt in die, wenn gewählt worden is, dann ist da entschieden und dann können die machen was die wollen. Wir als Bürger können nicht mehr direkt mit einwirken. Nur über Initiativen. Das geht schon los im Rat der Stadt in Bielefeld, da kann ein Bürger nicht einfach hingehen und sagen und die Hand heben, ich hab mal ne Frage. Das geht nicht. [BI 4 / 728-734]

Vor dem Hintergrund des in den vorangegangenen Gesprächsausschnitten deutlich gewordenen ‚gestörten‘ Verhältnisses zwischen Bürgern bzw. engagierten Bürgerinitiativenmitgliedern und dem etablierten politischen Feld kommen die Initiativenmitgliedern dennoch zu der Einschätzung, dass die mangelnde Anerkennung gesellschaftlicher Mitgestaltung durch Initiativen nicht gleichbedeutend ist mit einer geringen Beachtung der Initiativenarbeit durch das etablierte politische Feld. Das Gegenteil ist nach Ansicht verschiedener Gesprächsteilnehmer der Fall – als ‚Störenfriede‘ politischer Konzepte etc. würden sie die Aufmerksamkeit politischer Vertreter auf sich ziehen und in ihren Aktivitäten beobachtet werden. So geht ein Gesprächspartner von Initiative 1 ‚Straßenausbau‘

beispielsweise davon aus, dass jede Partei einen Beauftragten habe, der die Themenschwerpunkte und die Handlungen der Initiativen in der Stadt beobachten würde und gegebenenfalls den Kontakt zu diesen herstellen würde:

GP 1: Es gibt schon, ich meine es gibt immer noch denke ich so Animositäten, dass das die politischen Parteien äh uns beobachten, ja. Und sich auch mal irgendwo einmischen. Ich kenne das ja auch von der anderen Seite, dass immer wieder gesagt wird, Mensch wir müssen äh Kontakt zu den Initiativen behalten und ich denke es gibt in jeder Partei auch äh einen Beauftragten oder jemanden im Vorstand, der eigentlich die Aufgabe hat zu den Initiativen Kontakte aufzubauen und zu halten und zu gucken was da ist, aber die tauchen recht selten auf. Wenn mal sporadisch oder mal wieder vor'm Wahlkampf. [BI 1 / 266-275]

Wozu dient nun aber dieser Kontaktaufbau Seitens des etablierten politischen Feldes, wenn man sich die deutlichen Exklusionsmechanismen bereits in konventionellen Kontexten vor Augen hält? Eine Erklärung kann in den lerntheoretischen Überlegungen Klaus Holzkamps (1995a) zu kooperativen Lernprozessen gefunden werden. Holzkamp (ebd.) hebt hier unter anderem den reflexiven Charakter kooperativen Lernens heraus. Das im Rahmen kooperativer Lernhandlungen mögliche Aufeinandertreffen divergenter Perspektiven würde dazu beitragen den jeweils eigenen Standpunkt zu reflektieren (ebd., S. 512) und in der Auseinandersetzung unterschiedlicher Perspektiven den jeweiligen Gegenstand differenziert zu betrachten. Es kann dann erfahren werden, dass „die lernende Erweiterung und Vertiefung des Weltzugangs und damit die erreichbare Verfügungserweiterung/Lebensqualität nicht nur im Interesse dessen, der sie gerade erlangt hat, sondern im allgemeinen Interesse ist: Dein Lernfortschritt ist, da ich daran teilhaben kann, prinzipiell auch mein Lernfortschritt und umgekehrt“ (ebd., S. 528). Hier wird dann die gesellschaftliche Brisanz der lerntheoretischen Überlegungen im Rahmen kooperativer Lernhandlungen besonders deutlich. Kooperative Lernhandlung führen über die erweiterte Weltverfügung zu einer bewussten Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Strukturen. Im Rahmen der lerntheoretischen Überlegungen wurde diskutiert, dass ‚expansives Lernen‘ für Holzkamp gegebene Machtverhältnisse irritieren kann. „Wer nämlich in bestimmten Handlungsfeldern seine eigene Lernproblematik ausgliedert und zu bewältigen trachtet, der gewinnt – in dem Grade, wie er dabei Weltzusammenhänge lernend für sich aufschließen kann – in gewisser Weise eine unabhängige Position“ (ebd., S. 523). Die Ergebnisse kooperativer Lernhandlungen in Bürgerinitiativen sind damit für Dritte kaum vorhersehbar und für das etablierte politische Feld wenig greifbar. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum Bürger-

initiativen dann innerhalb verschiedener gesellschaftlicher Machtkonstellationen wie etwa für Parteien eine Bedrohung darstellen (ebd., S. 525) und wie der Gesprächspartner angibt, der Beobachtung bedürften. Wie ordnen die Initiativmitglieder diesen paradoxen Sachverhalt nun ein? Die nachfolgend zu Wort kommende Gesprächspartnerin geht davon aus, dass das Verhalten des etablierten politischen Feldes gegenüber Bürgerinitiativen durch „*so ne Art von Respekt und Vorsicht, die die haben*“ bestimmt ist:

GPin: Aber das liegt daran, dass die wissen, dass wir das in der Presse kundtun, äh dass wir und dass sie öffentlich vorgeführt werden, wenn sie nicht mit uns sprechen. Und wenn irgendwie ein Herr Oberbürgermeister mal nicht mit uns sprechen wollte, dann haben wir da auch vorm Rathaus ne große Aktion gemacht äh wo dann irgendeiner von seinen Untergebenen kommen musste sozusagen. Also hatten wir ach mal, da wollte er nicht mit uns sprechen. - Also deshalb denke ich, is das eher so ne Art von Respekt und Vorsicht, die die haben (lachen). [BI 1 / 936-944]

Die Gesprächspartnerin sieht den entgegengebrachten ‚*Respekt*‘ und die ‚*Vorsicht*‘ des etablierten politischen Feldes bezogen auf mögliche Handlungsstrategien von Initiativen, der mangelnden Anerkennung durch das etablierte politische Feld zu begegnen. So sei eine mögliche Strategie die Veröffentlichung von eigenen Standpunkten in der örtlichen Presse oder durch öffentliche Veranstaltungen, die dann politische Vertreter zu einer Reaktion nötigen würden. Dieses Wissen über Handlungsmöglichkeiten von Initiativen aber deren schlechte Kalkulierbarkeit, würde dann auf Seiten von Vertretern des etablierten politischen Feldes zu „*Respekt und Vorsicht*“ führen. Handlungen des etablierten politischen Feldes würden in Erfahrung dessen, häufig mit Blick auf mögliche Reaktionen von Bürgerinitiativen gedacht. Das empirische Material markiert hier in besonderer Weise, dass sich die Kommunikation des etablierten politischen Feldes damit nicht an einer gegenstandsbezogenen Diskussion orientiert. An welchen Bezugspunkten sich „*Respekt und Vorsicht*“ der politischen Vertreter schließlich orientieren, vermutet die Gesprächspartnerin in nachfolgender Passage:

GPin: Ja, sie wollen natürlich auch ihre Sachen gut darstellen ne. Wir haben da verschiedenste Gespräche geführt. Wir sind zum Teil auch eingeseift worden. Es is zu ner noch früheren Zeit habe ich da in Erinnerung haben wir vor dem Wahlkampf immer mit einem ja Dezernenten, der uns gesagt hat, wenn die Wahl erst mal gewonnen is, dann würde alles unterstützt werden. Aber bis dahin müsste man noch taktieren und_ (leiser). [BI 1 / 952-957]

Deutlich wird hier, dass die Gesprächspartnerin die Kommunikation der politischen Vertreter mit den Bürgern bzw. den Initiativen immer an den nächsten Wahlen ausgerichtet sieht und weniger an der zeitlich unabhängigen Diskussion von Sachthemen. Politische Vertreter sind also trotz diverser Ausschlussprozesse der Bürger an der eigenen Anerkennung durch sie mit dem Ziel, bei kommenden Wahlen gut abzuschneiden, interessiert. Die Handlungsweisen des etablierten politischen Feldes sind damit nach Ansicht der Gesprächspartnerin geprägt durch ein ‚Taktieren‘ mit dem Bezugspunkt der eigenen Macherhaltung qua Wahl. Crouch (2009, S. 143) hatte mit Blick auf das Paradoxon von ‚Diskreditierung‘ und gleichzeitiger Anerkennungssuche darauf verwiesen, dass „sie [die politischen Vertreter J. T.] nach Mitteln suchen, diese Form der minimalen Beteiligung maximal auszureizen“. Zu dieser Einschätzung kommt ebenso einer der Gesprächsteilnehmer aus Bürgerinitiative 4 ‚Umgehungsstraße‘:

GP 3: Ich sehe das so, die Politik - - ist nicht unbedingt mehr ne nen Interessenverband, der sich irgendwo nen Ziel gesetzt hat und das will ich ausräumen, sondern Politik sehe ich jetzt so, ich hab ja regelmäßig in unseren Kreisen, so wie Du ja auch GP 2, äh mit unseren Dorfpolitikern zu tun, die im Rat sitzen oder dann auch in einer etwas höheren Institution oder bei der Polizei im Personalrat und wo auch immer. Gewerkschaft, die also sehr engagiert sind, aber die haben jetzt, 2009 ist bei uns die nächste Wahl, die haben jetzt schon alle ihre Orientierung auf die Wahl hin, das ist also jetzt schon alles Werbeveranstaltung oder nicht? Selbst wenn man äh - beim Bierchen oder zweien mal mit diesen Leuten zusammen sitzt, es werden also im Dorf so wie hier äh Hausmeisterposten oder andere hin und her geschoben, das wird in der Politik im Vorfeld alles schon geklärt und vieles andere auf'm kurzen Dienstweg, aber das ist alles jetzt schon wieder Wahlkampf und das ist alles schon wieder mit Hintergedanken, also diese Leute haben teilweise von ihren Genossen äh, SPD sagte mir selbst nen Ortsvorsitzender von der SPD diese Tage äh, das kann so nicht sein, aber ich wurde von meinen Genossen angehalten meine persönliche Meinung in dem Moment nicht kund zu tun, (vereinzelte hm's) so und das ist einfach so und wenn se sowas machen - ob nun SPD, CDU oder wer auch immer, da steht sich keiner nach, das ist also, das ist nen Geschäft, das ist nicht mehr die Interessen vertreten, die wo ich wirklich hinter stehe, sondern das ist nen Geschäft, bei der nächsten Wahl oder eben wieder meinen Posten da zu erreichen. [BI 4 / 337-360]

‚Politik‘ wird hier vom Gesprächspartner als „Geschäft“ wahrgenommen, welches mit allen seinen Facetten auf das alleinige Ziel der nächsten Wahl ausgerichtet ist. Im Rahmen dessen würden informelle Absprachen im Vorfeld ‚offi-

zieller‘ Sitzungen getroffen und damit die Entscheidungsfindung aus den ‚offiziellen‘ Gremien, wie Ratssitzungen etc., in exklusive Entscheidungsräume einiger Weniger verlagert. Der Gesprächspartner sieht diese Verlagerung der Entscheidungsprozesse dabei unabhängig von der jeweiligen kommunalpolitischen Ebene und parteipolitischen Couleur. Der hier im Rahmen reflexiver Lernhandlungen gewonnene Einblick in das ‚Geschäft‘ Politik verdeutlicht den Initiativenmitgliedern zudem, dass es einzelnen politischen Repräsentanten weniger um die Vertretung von eigenen Standpunkten bezogen auf die Vertretung von Bürgerinteressen geht, sondern eher um den Erhalt des parteipolitischen Gefüges und der eigenen Position. So berichtet der Gesprächspartner aus Bürgerinitiative 4 ‚Umgehungsstraße‘ beispielsweise davon, dass ein ortsansässiger Ortsvereinsvorsitzender dazu angehalten wurde seine *„persönliche Meinung in dem Moment nicht kund zu tun“*.

Konventionelle politische Partizipationsformen wie in Parteien sind infolge der durch die Initiativenmitglieder getätigten Erfahrungen damit wenig attraktiv. So wird beispielsweise die Mitarbeit in Parteien mit Zwang, Unterordnung und kaum freier Meinungsäußerung assoziiert. Folgende Gesprächspassage zeigt dies exemplarisch:

GPIn: [...] weil ich auch ne Aversion eigentlich gegen so etwas habe. Ich möchte mich keinem Zwang unterordnen, dass es heißt Du musst jetzt diese Richtung vertreten, ansonsten kriegste einen aufs Maul, das ist nicht mein Ding. Äh und ich möchte schon meine Meinung äußern können und das kann ich eigentlich nur in einem Verbund, wo ich mich mit den Leuten auch abstimme, ok dann streiten wir eben mal eine Stunde oder so, aber das ist ja in einer Partei gar nicht möglich - ne, dann muss man letztendlich schon immer das sagen, wie der Parteisoldat sich äußern muss in dem Sinne, sonst muss man nachher Zettel an die Wand kleben oder am Stand stehen vor der Wahl und äh weiß ich Glühwein ausschenken (lachend) oder so was. [BI 3 / 556-566]

Deutlich wird an der vorangegangenen Interpretation der möglichen Partizipationsräume innerhalb konventioneller politischer Beteiligungsmöglichkeiten wie Parteien, dass diese nicht nur nach außen den Prozess der Entscheidungsfindung auf einen elitären Kreis (den der Parteimitglieder) reduzieren, sondern dass auch im inneren Parteiegefüge eine exklusive Entscheidungsfindung stattfindet und damit die beschriebenen Exklusionsmechanismen auch innerhalb konventioneller politischer Partizipationsräume greifen. Ein Zuwiderhandeln wird dann analog des Störenfrieds ‚Bürgerinitiative‘ auch in diesem Kontext mit parteiinternen Sanktionsmaßnahmen wie ‚Zettelkleben‘ oder ‚Glühwein ausschenken‘ belegt.

Das Resultat der die Arbeit der Bürgerinitiativen begleitenden reflexiven Analyse der Funktionsweise des politischen Systems ist dann, dass Worte und Handlungen der politischen Vertreter weit auseinander liegen und nur ein scheinbares Interesse der politischen Vertreter an den Bürgern gegeben ist

GPin 2: Aber was mich, was ich äh festgestellt habe, ich kann jetzt auch noch mehr nachvollziehen, dass Leute nicht zur Wahl gehen. (zustimmende h-hms) Also das habe ich daraus gelernt. Weil äh die Sachen die gesagt werden und das was getan wird doch sehr weit auseinander gehen und das ist für mich also jetzt klar ne, also warum die Leute nicht gehen ne. [BI 4 / 1113-1118]

und man in Konsequenz dessen, dem etablierten politischen Feld und seinen Vertretern nicht vertrauen dürfe:

GP 2: Auch daraus kann man einfach nur lernen, dass man diesen Leuten tatsächlich nicht glauben darf. Es ist einfach so. [BI 4 / 553-554]

Im Rahmen reflexiver Lernhandlungen werden demnach Strukturmerkmale des etablierten politischen Feldes diskutiert, die sich im vorangegangenen auf die Reflexion der Charaktisierung von Bürgerinitiativen durch das etablierte politische Feld und deren vollzogenen Zuschreibungen konzentrieren. Die trotz aller Negativzuschreibungen entgegengebrachte Aufmerksamkeit durch das etablierte politische Feld bezieht sich dann im Kern auf handlungsstrategische Aspekte und weniger auf gegenstandsbezogene Diskussionen. In Folge dessen wird ‚Politik‘ dann von den Initiativenmitgliedern als ein spezifisches ‚Geschäft‘ interpretiert, das sich für eine Mitwirkung als unattraktiv erweist.¹³

Die hier diskutierten Ausschlussstrategien des etablierten politischen Feldes bedienen sich dann neben der diskutierten verbalen Aberkennung der Berechtigung diverser Handlungsstrategien, die im Folgenden exemplarisch skizziert werden sollen.

13 In diesem Rahmen kann die Frage diskutiert werden, inwieweit Bürgerinitiativen bereits ein Teil des etablierten politischen Feldes sind. Anzeichen dafür könnte etwa ein professioneller ‚Umgang‘ von politischen Vertretern mit sich gründenden Bürgerinitiativen sein. Das empirische Material verweist hier bestenfalls auf semi-professionelle Strategien in der Begegnung von Bürgerinitiativen, da das eigene Handeln sehr reaktiv erscheint. Diese Frage soll hier jedoch nicht vertiefend diskutiert werden.

Handlungsstrategien des etablierten politischen Feldes

Im Vordergrund der vom etablierten politischen Feld verfolgten Handlungsstrategien steht hier die Zurückhaltung von oder der schlechte Zugang zu Informationen durch politische Vertreter oder auch von Seiten der städtischen Verwaltung. So werde man als Bürger oder als Mitglied einer Bürgerinitiative bei Recherchetätigkeiten oder Auskunftswünschen an verschiedenen Stellen vielfach zunächst „abgewimmelt“:

GP 2: Ja, (allgemeines Lachen), ja lästig und abwimmeln nach Möglichkeit, ja diese Erfahrung haben wir so einige Male schon machen können. Es ist tatsächlich nicht so, dass die Stadt Bielefeld sagt, och das ist ja toll, dass ihr Ideen habt, dass ihr die einbringen könnt, dass alle Bürger davon profitieren können, im Gegenteil es ist so, (lachend) wenn man da irgendwo einen Termin macht, jau, jau mit dem Termin das klappt nicht so ganz so, dann wird man häufig abgewimmelt. Also wie gesagt, lästig und unbequem. [BI 4 / 615-622]

Das Interesse der Bürger für Sachthemen der Stadt wird nach Ansicht des Gesprächsteilnehmers vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen alles andere als wertgeschätzt. So werde man vielfach „abgewimmelt“ und Gesprächstermine kurzfristig verschoben. Überdies wird der Zugang zu verwaltungstechnischen Vorlagen nur selten oder über Umwege ermöglicht. So war der Zugang für Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ zu einer für den Gegenstand relevanten Umweltverträglichkeitsstudie, vor diesem Hintergrund trotz des rechtlichen Anspruchs der Bürger am Beispiel der vorangegangenen Gesprächspassage nur über das Initiativennetzwerk möglich:¹⁴

GP 1: Und äh an die UVS, die Umweltverträglichkeitsstudie, zum Beispiel zu kommen, - die man sich aus dem Rathaus praktisch äh sich bestellen lassen kann - - äh war kaum dran zu kommen, wenn nicht zufällig.

GP 2: Ja, über Netzwerke kam man dran ne. N. war ja im BUND und natürlich musste ne Umweltverträglichkeitsstudie auch zum BUND äh zu diesen Organisationen hin, weil die die Möglichkeit haben, Stellung zu nehmen. Und über sie kamen wir dann an das Ding dran. [BI 2 / 393-402]

14 Nach dem Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalens (IFG NRW) aus dem Jahr 2002 besteht für die Bürger das Recht auf Verwaltungsinformationen (Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen 2003).

Ein Kontakt zum BUND verschaffte den Initiativenmitgliedern schließlich den Einblick in die für den Problemzusammenhang der Initiative relevante Umweltverträglichkeitsstudie. Das empirische Material zeigt zudem die generell schlechte Informationspolitik der Stadt und deren defizitäre Durchführung gesetzlich vorgeschriebener Beteiligungsverfahren. Diese Verfahrensweisen führen nach Ansicht der Initiativenmitglieder dann dazu, dass viele Bürgerinitiativen viel zu spät entstehen würden und dann, wenn bereits durch die Stadt „*Fakten geschaffen*“ worden sind, kaum mehr eigene Interessen und Vorstellungen einbringen könnten:

GP 2: Und in manchen Bürgerinitiativen kommt die Gründung einfach zu spät. Das heißt, es sind Fakten geschaffen. Es gibt eine Änderung des Flächennutzungsplans, es liegt schon nen rechtsgültiger Bebauungsplan vor und der Bagger fährt vor und die Bürger werden wach. Und das kommt dadurch zustande äh, dass diese öffentliche Mitteilung von den Kommunen sehr dürftig sind - vielleicht sogar sehr schlecht platziert - in den Tageszeitungen. Zwischen Kleinanzeigen und so weiter. Man sieht es eigentlich nur durch Zufall. Und da ist diese Informationspolitik der Kommunen ist eigentlich zu beanstanden, dass nicht im Vorfeld also wenn man so ne Straße plant äh wär es überhaupt nicht schlimm, wenn die Stadt eine Informationsveranstaltung macht für alle Anlieger und sagt, Leute wir haben das und das vor - - wir sind noch nicht so weit, aber wir steigen in die Planung ein. Und wenn ihr Einwände habt, dann gibt es ein formales Verfahren. [BI 2 /29-44]

Der Gesprächspartner kritisiert hier, dass gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligungsverfahren durch die Stadt Bielefeld und ihre politischen Vertretern wenig transparent gestaltet würden. So seien deren Mitteilungen einerseits in der kommunalen Presse als solche nur schwer für den Bürger ersichtlich und andererseits würde mit der ausschließlichen Informationsvermittlung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben eine frühzeitige Beteiligung der Bürger an städtebaulichen Planungen etc. weitgehend ausgeschlossen. Nach Vorstellung des Gesprächspartners sei es demgegenüber wünschenswert, die Bürger zu Beginn von Planungen und nicht erst im Rahmen formeller Verfahren einzubeziehen. So sollten mögliche Einwände, individuelle Vorstellungen und Ideen der Bürger für ihre Stadt, den Stadtteil usw. bereits in einem frühen Planungsstadium mit einbezogen werden. Dieser Wunsch findet jedoch aufgrund der aberkannten Berechtigung und der damit verbundenen zugeschriebenen mangelnden Kompetenz der Bürger durch die Etablierten im politischen Feld selten seine Umsetzung. Abwehr und das Schaffen frühzeitiger Fakten sind damit die bestimmenden Elemente der hier verfolgten Handlungsstrategien.

Die damit vollzogene Gegenüberstellung von vermeintlich politischen Experten und Laien wurde zu Beginn in Abschnitt 2 im Rahmen der Diskussion politischer Partizipations- und Bildungsmöglichkeiten bereits diskutiert und soll hier aus der Perspektive reflexiver Lernhandlungen im Folgenden rekonstruiert werden.

Politische Experten und Laien – Die Sache mit dem Fachwissen

In Abschnitt 2 wurde diskutiert, dass informell, außerhalb des politischen Systems oder der politischen Bildung erworbenes politisches Wissen vielfach als nicht gleichwertig erachtet wird und damit als Argument eines berechtigten Ausschlusses der Bürger aus der Regelung der allgemeinen Angelegenheiten über die konventionellen Partizipationsräume hinaus dient. Häufige Argumente für die Zweitklassigkeit des politischen Wissens der Bürger waren, die einseitige Betrachtung eines Gegenstandes oder der auf Kurzfristigkeit angelegte Wissenserwerb, der vornehmlich durch individuelle Interessenorientierung und fehlende Gemeinwohlorientierung gekennzeichnet sei, wie dann auch hier im Vorwurf der ‚Interessenpolitik‘ bereits deutlich wurde (vgl. u. a. Hufer 2011). Die Festlegung der ‚notwendigen‘ Kompetenzen erfolgt durch die ‚Experten‘ des etablierten politischen Feldes, die damit die Grenze zwischen Bürgern und ihnen selbst als Vertretern des etablierten politischen Feld in Konsequenz weiter festigen.

In Betrachtung der hier diskutierten Ergebnisse der empirischen Studie wurde im Rahmen der Dimension ‚individuell – kooperativ‘ bereits die mangelnde Tragweite dieser Argumentationskette deutlich. So eignen sich die Bürgerinitiativenmitglieder im Rahmen ihrer Arbeit bezogen auf den jeweiligen Gegenstandsbereich der Initiative detailliertes Fachwissen an und erleben so die Möglichkeit eines selbstbewussten Agierens im etablierten politischen Feld. Dies führte dann dazu, dass vor dem Hintergrund der eigenen neu erworbenen Kenntnisse die Bezeichnung ‚politischer Fachmann‘ kritisch hinterfragt wird. Die in Abschnitt 8.1 bereits angedeutete damit verbundene kritische Reflektion der Funktionsweise des politischen Systems und den der Gesellschaft inhärenten Machtstrukturen werden nun hier in der eigenen Aberkennung des Expertenstatus der Vertreter des etablierten politischen Feldes deutlich.

GPIn: [...] dann ist im Endeffekt diese Initiative besser informiert als jeder Politiker. Wirklich GP.

GP: Natürlich.

GPIn: Das haben wir inzwischen festgestellt. Wenn du da stehst und du sagst bestimmte Fakten, da fällt denen das Essen aus dem Gesicht. Ehrlich gesagt, das wissen die alle gar nicht, die haben ja nen Tunnelblick, die kriegen ja immer nur ihre be-

stimmten Sachen, wo se abstimmen und die sind gar nicht so informiert ja. Das können die auch gar nicht, das hat mir Herr B. mal gesagt, sagt er Frau GPin, das kann ich gar nicht, sagt er, ich müsste ja so nen Kopf haben, wie soll ich das denn alles lesen. Ja, aber sie tun ja letztendlich so, als wüssten sie alles, das is nen Fehler, das ist sowieso der Fehler der Politik generell, wenn mal nen Politiker da stehen würden und sagen würde, ich kenn das nicht, ich weiß das nicht, äh da bin ich jetzt äh überfragt oder was auch immer, dann würde der Bürger auch ein ganz anderes Gefühl für die Politik bekommen. Aber da die ja immer so tun, als wüssten sie alles, äh da äh da hat man denn in dem Moment einfach das Gefühl, ja also wollen die uns für dumm verkaufen ne. [BI 3 / 388-405]

In ihrem jeweiligen Gegenstandsbereich sind die Mitglieder der Initiativen nach Einschätzung der Gesprächsteilnehmer aus Initiative 3 ‚Naturschutz‘ deutlich besser informiert als der Großteil der politischen Vertreter. Diese Einschätzung wird erstaunlicher Weise auch durch einen Vertreter des etablierten politischen Feldes geteilt. So sei es bei der Fülle von zu treffenden politischen Entscheidungen seiner Ansicht nach einem einzelnen Politiker nicht möglich, über jeden Problemgegenstand informiert zu sein. Hier erfolgt dann also in Konsequenz eine Entscheidungsfindung durch politische ‚Laien‘ im etablierten politischen Feld vorbei an den jeweiligen politischen ‚Experten‘ vor Ort. Der gegenüber dem Bürger erhobene Vorwurf der mangelnden Kompetenz verkehrt sich damit ins Gegenteil. Die Zugabe des ‚Nichtwissens‘ ist nach Ansicht der Gesprächspartnerin im politischen System jedoch nicht vorgesehen. Zur gegenseitigen Annäherung beziehungsweise Anerkennung wäre dies in Augen der Initiativenmitglieder jedoch wünschenswert – *„dann würde der Bürger auch ein ganz anderes Gefühl für die Politik bekommen“*.

Neben dem generellen Vorwurf der fachlichen Uninformiertheit der politischen Vertreter wird ebenso die geringe Qualität des einbezogenen Fachwissens bemängelt. So wird beispielsweise der fehlende oder einseitige Einbezug wissenschaftlichen Wissens in politischen Entscheidungen kritisch betrachtet:

GP 1: Ja und die Politik wehrt sich da noch gegen sag ich mal eigentlich wissenschaftlich vorzugehen und so ne Langzeitauswertung zu machen. Sondern die sagen, wenn nicht gemessen worden ist in diesem Jahr, obwohl wir wesentlich mehr Regentage und ganz untypische Windverhältnisse hatten oder sonst wie, dann haben wir eben kein Feinstaub. Und das ist schon frustrierend, wenn man so merkt was für Fachidioten dort eigentlich gegenüber dem, was wir auch in der Wissenschaft gelernt haben, agieren und dann auch entscheiden. Weil es ihnen einfach unangenehm ist. [BI 1/526-535]

So wird nach Ansicht des Gesprächspartners aus Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ zu verschiedenen Problemstellungen kaum auf wissenschaftliche Erkenntnisse und diesbezügliche Ergebnisse empirischer Studien, wie hier beispielsweise zur Messung von Feinstaub, für Entscheidungsprozesse rekurriert. Hier wird ein ‚Taktieren‘ der politischen Vertreter vermutet. Würden unterschiedliche empirische Studien ergebnisoffen zurate gezogen, so bestünde für das etablierte politische Feld immer die Gefahr, dass eigene Planungen oder eigene Einschätzungen überdacht werden müssten oder hinfällig würden. Eine kritische Diskussion der Konzepte des etablierten politischen Feldes findet auf dieser Ebene nicht statt. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Ausschnitt aus dem Gruppengespräch mit Initiative 2, in welchem das Outsourcing von Studien an privatwirtschaftlich agierende Unternehmen durch die Stadt- und Landesverwaltung diskutiert wird:

GP 3: Und was für mich noch son ganz interessantes Erlebnis war. Wir waren dann irgendwann auch bei Amt W., die äh noch detaillierte Zählungen hatten und wir wollten, hatten vor allem diese Ungereimtheiten wollten wir gerne aufgeklärt haben. Und dann hat sich herausgestellt, dass dieser Sachbearbeiter eigentlich keine richtige Ahnung davon hatte ne. (lachen) Weil die Studie und letztlich auch die Auswertung der Verkehrszahlen, das wird alles nach draußen gegeben. Also das wird privatwirtschaftlich gemacht

GP 2: Extern.

GP 3: extern und die lesen irgendwie die Zusammenfassung und gucken das nicht genau an ne und der wollte mir zum Beispiel erst nicht glauben, dass also die Summe des Verkehrs der stadteinwärts oder auswärts fließt erheblich zunimmt. Und dann habe ich einfach gesagt, dann legen sie doch einfach mal ein Lineal jetzt über den Plan ne über den einen, den Vorher-Plan und zählen sie mal die Straßen die jetzt benannt werden mit äh Autozahlen, so und so viele Fahrzeuge pro Tag, zählen sie die mal vorher und jetzt zählen sie auf dem Plan mit der neuen Straße und legen das Lineal an dieselbe Stelle und zählen noch mal. Sie werden feststellen, es sind 40.000 Autos mehr pro Tag. Was für Bielefeld ne Menge ist. - - - Ja, ist er fast aus den Pantoffeln gefallen. [BI 2 / 540-560]

Die Konsequenz des Outsourcings ist dann, dass die Verwaltungsmitarbeiter von Stadt und Land, die Ergebnisse der in Auftrag gegebenen Studien nicht korrekt interpretieren können. Es besteht also die Gefahr, dass für die städtische Entwicklung wichtige Aspekte durch die mangelhafte Einschätzung der zuständigen Verwaltungsmitarbeiter und infolgedessen der politischen Vertreter in Entscheidungsprozessen außen vor bleiben. Im Rahmen reflexiver Lernhandlungen stel-

len die Initiativenmitglieder damit deutliche Schwachstellen des etablierten politischen Systems heraus, was zu großer Überraschung seitens der Involvierten führte – „*Ja, da ist er fast aus den Pantoffeln gefallen*“. Vergleichbare paradoxe oder falsche Zusammenhänge stellen die Bürgerinitiativenmitglieder bezüglich von in Entscheidungsprozesse einbezogenen Gutachten fest:

GP 2: Umweltverträglichkeitsstudie, die ganz am Anfang einer solchen Maßnahme erstellt wurde gelesen und haben dabei festgestellt, dass dort erhebliche Fehler drin sind und wir wollen, wir mal gucken ob im Planfeststellungsverfahren diese Umweltverträglichkeitsstudie auch Bestandteil ist, dann ist es so, dass dann können wir möglicher Weise auch dagegen angehen auch, wenn das nötig ist Klage dagegen einreichen. Will damit aber nur sagen, dass und das habe ich mir auch bestätigen lassen von anderer Seite, dass diese Verquickung äh von Amt Landesbetrieb Straßenbau und Gutachtern oder Erstellung von Gutachten häufig so verquickt sind, dass dort ganz bestimmte, ja wie soll ich sagen, Forderungen vom Amt an diese Gutachtenersteller erfolgen, nach dem Motto wir möchten gerne am Schluss das und das darin sehen und bitteschön wäre gut. Das wird nicht öffentlich gesagt, aber wenn die nicht so funktionieren, habe ich mir auch wiederum bestätigen lassen, dann kriegen die keine Aufträge mehr. Gerade beim Betrieb G. ist das hier so. Und da ist das so, dass da etliche Fehler drin sind, die man natürlich erst durch bewusstes Lesen rausfindet und die die Abgeordneten hier im Rat der Stadt Bielefeld und im Rat der Stadt Herford mit Sicherheit nicht gefunden haben, denn das ist so ein dicker Wälzer, diese Umweltverträglichkeitsstudie und ich bezweifle, ob irgendeiner die von A bis Z durch gelesen hat. [BI 4 / 557-577]

Die Gründe für Fehler und Widersprüchlichkeiten innerhalb in Auftrag gegebener Gutachten sehen die Gesprächsteilnehmer dann in der durch das etablierte politische Feld häufig vorgegebenen Ergebnisperspektive von Gutachten begründet. Sich damit zwangsläufig ergebene Widersprüchlichkeiten würden dann nicht aufgedeckt, da Gutachten angesichts des vorher feststehenden Ergebnisses nur noch selten von politischen Vertretern gelesen würden. Das Erkennen dieser Mechanismen des politischen Systems bezeichnen die Mitglieder der Bürgerinitiativen wie hier beispielsweise aus Initiative 1 ‚Straßenausbau‘ als eine „*massive Lerngeschichte*“:

GP 1: Die Bürger und Bürgerinnen überlassen ihnen aber auch das Terrain und das ich sag mal kann ja nur einer behaupten solange es keinen Widerspruch gibt ja. -- Also das die die Autoritätsgläubigkeit, die also, in dem Bereich gab's natürlich auch noch ne massive Lerngeschichte, dass Leute nicht unbedingt aufgrund ihres Am-

tes ne Autorität haben. Ja und dass man da feststellt, die fachliche Autorität fehlt bei den Entscheidungsträgern weitestgehend. -- Ist auch gar nicht zu leisten. Und sie sind beratungsresistent, weil se Ideologie im Kopf haben. [BI 1 /914-921]

Für die Mitglieder aus Initiative 1 ‚Straßenausbau‘ war im reflexiven Rückblick eine grundlegende in der Arbeit der Bürgerinitiative erfahrene ‚Lerngeschichte‘, dass politische Vertreter qua Amt nicht automatisch politische Experten oder wie hier formuliert ‚Autoritäten‘ sind. Die qua Amt oder Position erfolgende Kompetenzzuschreibung sei jedoch vielfach Gegenstand unseres Alltags und erschwere vielen Menschen, den Mut aufzubringen, scheinbar Gegebenes kritisch zu hinterfragen. Die Gesprächspartner konstatieren hier eine weit verbreitete „*Autoritätsgläubigkeit*“ der Bürger, die dann dazu beitragen würde „*ihnen aber auch das Terrain [zu überlassen]*“. Damit kommen die Initiativenmitglieder im Grunde zu einer vergleichbaren Einschätzung wie Foucault (1992), die in Abschnitt 3 im Kontext politischer Partizipationsmöglichkeiten diskutiert wurde. Für Foucault bedeutet Kritik „die Kunst nicht dermaßen regiert zu werden“ (ebd., S. 12), Autoritäten müssten daher in ihrem Geltungsanspruch jederzeit kritisch hinterfragt werden.

Das empirische Material zeigt hier, dass sich die vermeintliche Unterscheidung von politischen Laien und Experten und die damit getätigte Grenzziehung zwischen legitimer und illegitimer politischer Artikulation vor dem Hintergrund der Interpretation der Mitglieder in einem sich selbst bestätigten Kreislauf der Fremd- und Selbstexklusion bewegt. Konstrukteure dieses Kreislaufs sind dabei dann sowohl Bürger als auch Vertreter des etablierten politischen Feldes. Wie übertragen die Initiativenmitglieder diese Erkenntnis nun auf ihr eigenes Handeln?

Subjektive Bedeutsamkeit politischer Partizipation

Die Erkenntnis der diskutierten Mechanismen des etablierten politischen Feldes und die immer wieder erlebte mangelnde Anerkennung der Mitgestaltung von Gesellschaft in unkonventionellen Partizipationsformen, führt im Falle der Mitglieder der in dieser Studie beobachteten Bürgerinitiativen nicht zum Abbruch des alternativen politischen Engagements, sondern zur Verfestigung des Wunsches aktiver Teilnahme an gesellschaftlicher Weltverfügung. Dazu einer der Gesprächspartner aus Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘:

GP 1: Ja, also im Rahmen der Mitarbeit eigentlich in der Bürgerinitiative hab’ ich eigentlich erst gemerkt, wie betroffen ich von den - Planungen war mit denen sich die Bürgerinitiative beschäftigt hat. Und für mich ist es eigentlich seit ich bei den Grünen war - - - so aus so nem Gefühl heraus wenn ich mich beteilige, dann kann

ich vielleicht mit an Entscheidungen wirken anstatt sich nur passiv da drüber zu ärgern. Aus diesem Gefühl heraus bin ich dann auch immer mehr in die Bürgerinitiativenarbeit eigentlich hineingewachsen. - - - Und für mich ist heute eigentlich also nicht mehr aushaltbar nur zuzugucken, dann müsste ich mich von allen Informationen und politischen Entscheidungen wirklich - - isolieren. Ansonsten ist es für mich nicht mehr aushaltbar sich nicht einzumischen. Ja also es ist schon auch, gibt auch nen gutes Gefühl und ich fühl mich einfach auch freier, obwohl man sich natürlich auch in viele Fettnäpfchen setzt. - - - [BI 1 /104-117]

Die vielfältigen im Rahmen der Bürgerinitiativenarbeit erfahrenen ‚Lerngeschichten‘ zeigen diesem Gesprächspartner, dass es *„heute eigentlich also nicht mehr aushaltbar [ist] nur zuzugucken“*. Wunsch ist es, aktiv an Entscheidungsprozessen mitzuwirken, *„anstatt sich nur passiv da drüber zu ärgern“*. Die im individuellen Lebenszusammenhang erfahren Diskrepanzen und Handlungsproblematiken setzen damit im Falle der in dieser Studie beobachteten Bürgerinitiativen trotz beschriebenen Problemlagen, Partizipationsprozesse frei anstatt solche zu verhindern.¹⁵ Das empirische Material zeigt, dass die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative bei der Identifizierung von Problemgegenständen, der Entwicklung von drauf bezogenen eigenen Positionen und der öffentlichen Diskussion dieser unterstützend wirkt. So werden politische Sachverhalte und Entscheidungsprozesse durch den Gesprächsteilnehmer in den Blick genommen und können im Rahmen alltäglicher Lebensführung nicht mehr ignoriert werden. Die Bürgerinitiativenarbeit bietet damit die Gelegenheit, Möglichkeiten der Mitgestaltung von Welt kennenzulernen und die Wirksamkeit eigenen Handelns zu erleben. Für die Inanspruchnahme dieser Möglichkeit gesellschaftlicher Mitgestaltung nehmen die Initiativenmitglieder dann in Kauf, *„sich natürlich auch in viele Fettnäpfchen [zu setzen]“*. Damit stellen sich die Initiativenmitglieder dem ‚ergebnisoffenen‘ und eventuell auch mit persönlichen Nachteilen behafteten Prozess der Selbstverständigung in Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Strukturen und deren inhärenten Machtverhältnissen in unkonventionellen Partizipationsformen. Damit werden im empirischen Material die unterschiedlichen Möglichkeiten des Umgangs mit den vielfältigen Ausschlussmechanismen des etablierten politischen Feldes deutlich – einerseits Rückzug aus der Mitgestaltung des Zusammenlebens andererseits dessen Intensivierung. Die unterschiedlichen Reaktionen zeigen damit, auf welchem ‚schmalen Grat‘ sich Inklusions- und Exklusionsprozesse der Teilnahme von Bürgern an gesellschaftlicher Mitgestaltung bewegen.

15 Vgl. dazu unter anderem Fußnote 14, Abschnitt 5.

Für das dieser Studien zugrundegelegte Forschungsfeld ist als Reaktion auf den erschwerten Zugang zu gemeinsamer Weltverfügung durch das etablierte politische Feld, eine Art ‚Selbstinklusion‘ in das politische Feld zu beobachten, d. h. es werden trotz diverser Ausschlussmechanismen die eigenen Vorstellungen der Gestaltung von Gesellschaft über alternative Partizipationsräume öffentlich zur Diskussion gestellt. Dahinter steht die Ansicht, dass man, wenn konventionelle Partizipationsmöglichkeiten nicht greifen, als Bürger die ‚Pflicht‘ habe, alternative Wege gesellschaftlicher Mitgestaltung zu eruieren.

Dies kann interpretiert werden als Pflicht der ‚Selbstinklusion‘ durch alternative Partizipationsformen, um sich der Mitgestaltung von Gesellschaft nicht zu entziehen.¹⁶

GPIn: Also äh, ich glaub äh da bin ich ähnlich wie GP äh ich wollte mich eigentlich nie in irgendein Parteiengetümmel oder in irgend so eine solche Richtung bewegen, weil ich äh im Grunde genommen äh dieses Moloch dahinter vermutet habe und ich wollt’s nicht bewiesen kriegen, also deshalb habe ich mich eigentlich immer zurückgehalten. Ich hatte zwar Gesellschaftskritik und die habe ich auch immer geäußert, aber in dem Moment, in dem ich merkte als ich merkte, dass eine Sache und das war zum Beispiel in dem Moment die Sache mit den Dünen, dass das wie ich es zurück verfolgen konnte eindeutig darauf fußte, dass Interessen - und vehemente Interessen sowohl wirtschaftlich als auch äh auch parteipolitische Interessen äh dazu dienten Natur zu zerstören, da war ich dann doch der Meinung, dass ich doch einschreiten musste und ich glaube äh wenn man dann erst mal in einer solchen Situation ist, dass man das was dahinter steckt erkennt, dann wird es äh äh ganz grausam, denn dann kommt man von einem Thema auf’s andere, weil das ist ja breit, das ist ja nur ein Punkt, es geht ja in alle Bereiche, man merkt die Ignoranz, man merkt bei den etablierten Parteien zum Beispiel, dass es äh wirklich überall nur Absprachen gibt und das es letztendlich nicht um die Bürger geht, sondern um die die es tun, um sie selbst und das sollte nicht so sein. Jeden-

16 Die Diskussion der durch den Mangel geeigneter politischer Partizipationsräume evozierten ‚Selbstinklusion‘ in die Regelung der allgemeinen Angelegenheiten bedeutet nicht, dass das etablierte politische Feld von der Ermöglichung vielfältigerer Partizipationsräume und der kritischen Reflektion der eigenen Ausschlussmechanismen entlastet wäre und Veränderungsprozesse dem jeweils Einzelnen angelastet werden. ‚Selbstinklusion‘ bedeutet hier eine Möglichkeit zu denken, etablierte Grenzen zwischen Bürgern und etabliertem politischem Feld aufzubrechen. Diese Perspektive ist dann auch beispielsweise nicht gleichzusetzen mit der Forderung selbstgesteuerter Lernprozesse, da hier die Selbststeuerung ja gerade offiziell nicht erwünscht ist.

falls wenn man irgendwo äh die Möglichkeit hat es zeitlich und es auch gesundheitlich auch zu verkraften, sich zu engagieren, dann ist das für mich eigentlich ne Pflicht - - ne. [BI 3 / 7-29]

Die ‚Selbstinklusion‘ bedeutet für die Gesprächspartnerin aus Initiative 3 ‚Naturschutz‘ dann, die Themen und Problemstellungen aufzugreifen und öffentlich zu machen, die durch die Vertreter des etablierten politischen Feldes nicht beachtet oder entgegen der eigenen Vorstellungen interpretiert werden. Hier nimmt die Gesprächspartnerin gegenwärtig eine weitverbreitete Ignoranz und mangelnde Ernsthaftigkeit der sachlichen Diskussion in der Stadt bzw. der Gesellschaft wahr. Die Erkenntnisse der reflexiven Lernhandlungen fungieren dann als Appell an Andere, sich für die eigene Lebenswelt zu engagieren. Damit ist dann bereits auf einen der impliziten ‚Arbeitsaufträge‘ von Bürgerinitiativen verwiesen, die in Abschnitt 8.2 bereits diskutiert wurden – das Angebot der Mitgestaltung an die Bürger der Stadt Bielefeld.

Das empirische Material zeigt hier insofern den besonderen Charakter der beschriebenen ‚Selbstinklusion‘ auf, als dass diese den individuellen Rahmen überschreitet und den Mitgliedern der Initiativen daran gelegen ist, anderen Menschen eine ebensolche Möglichkeit der ‚Selbstinklusion‘ zu offerieren. Der eigene reflexive Lernprozess, die eigene Suche nach Möglichkeiten der Mitgestaltung führt im Kontext der einbezogenen Bürgerinitiativen angesichts der Aspekte des fehlenden Mutes vieler Menschen und der verbreiteten Autoritätsgläubigkeit, dann zur Weitergabe des ‚Gelernten‘, als Angebot der Mitgestaltung von Gesellschaft an Andere. Dieser Prozess der Weitergabe des eigenen Wissens in kooperativen Lernarrangements wird durch die Initiativenmitglieder rückblickend als effektiv und konstruktiv für alle Beteiligten beschrieben:

GPIn: Eigentlich hab’ ich so mit sehr großer Freude wahrgenommen, dass diese gesamten Anwohner hier auf großen Versammlungen zusammen mit den Politikern, den Stadtverwaltungsleuten hervorragend argumentieren konnten. [...] Durch unsere Erarbeitung und Veröffentlichung von bestimmten Themen, die natürlich auch in anderen Medien jetzt aufgegriffen werden, hab ich wirklich erlebt, dass die Leute also total mutig und auch frech und kompetent ihre Positionen vertreten haben. [...] Also das fand ich immer ja interessant, also das ist das, was man sonst so oft sagt, es gibt eigentlich niemand der sich wehrt in dieser Gesellschaft oder im Augenblick sind alle so was weiß ich, angepasst. [BI 1 / 1172-1185]

Das empirische Material zeigt hier, dass die subjektive Bedeutsamkeit politischer Partizipation im Zusammenspiel mit der Beteiligung Anderer gedacht

wird. So schafft die Initiierung einer Bürgerinitiative in Augen der Gesprächsteilnehmern, alternative Beteiligungsräume für sich selbst und gleichzeitig auch für Andere. Die Unterstützung der Entfaltung des ‚Mutes‘ zur offensiven Artikulation des eigenen Standpunktes von Anderen stellt sich damit für die je subjektive Bedeutsamkeit der politischen Partizipation als zentral dar. Deutlich wird dann, dass Bürgerinitiativen als Möglichkeit für die gesellschaftliche Partizipation von vorher nicht aktiven Bürgern fungieren können. So können nach Ansicht eines Initiativenmitglieds Menschen im Rahmen des Gegenstandsbereichs der Initiative erstmals ein Interesse für politische Themenstellungen entwickeln und Möglichkeiten der eigenen Mitgestaltung entdecken:

GP 3: Ja ich meine, das ist denke ich, noch son ganz wichtiger Effekt, dass das auch als Durchlauferhitzer gewirkt hat in gewisser Weise ne. Das Leute, die sich vorher politisch - - lokalpolitisch nicht oder kaum engagiert haben äh in so ne Arbeit reingefunden haben und sich für die verschiedensten Dinge weiter engagiert haben. [BI 2 / 826-830]

Gegenstand der Kritik am etablierten politischen Feld und Grundlage der Bedeutsamkeit der eigenen Mitgestaltung ist das Fehlen von Visionen und die mangelnde Offenheit gegenüber alternativen Vorstellungen von Gesellschaft. So merkt eine Gesprächspartnerin aus Bürgerinitiative 3 ‚Naturschutz‘ folgendes an:

GPin: Da sitzen die da, die wissen eigentlich gar nicht was sie damit sollen äh, da werden Gelder bewilligt, da muss man äh Innovationen haben, da muss man äh die Möglichkeit des Weiterdenkens, man muss Visionen haben, all das ist gar nicht gegeben, also was soll denn dieser ganze Quack. Dann können sie sich im Grunde genommen äh so was gleich selber schenken. Das bringt nichts, die sitzen da alle seit Jahrtausenden hätte ich gesagt und beweinen sich gegenseitig, dass sie nicht mehr selbständig sind und das bringt keinen Stadtteil voran. [BI 3 / 1014-1022]

Grundlegendes Defizit der Entscheidungsprozesse der politischen Vertreter in der Stadt Bielefeld ist in Augen der Gesprächspartnerin das Fehlen eines städtischen Gesamtkonzepts. So würden Entscheidungen wenig zusammenhängend und nicht vor dem Hintergrund einer Vision des Zusammenlebens in der Stadt getroffen. Dies wirke sich im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung des Stadtteils bzw. Stadt dann negativ aus.

Den Mut zu haben, sich selbstorganisiert und selbstbestimmt aktiv mit der Gestaltung unseres Zusammenlebens auseinanderzusetzen, greift damit den Gedanken von Hannah Arendt (2008) auf, sich selbst als Ausgangspunkt des Han-

delns zu sehen und ‚Anfangen zu können‘. Mit dem Wunsch der Mitgestaltung sind dann eigene Ideen und Vorstellung darüber verbunden, wie der Stadtteil, die Stadt, die Gesellschaft gestaltet werden könnte. Die Arbeit von Bürgerinitiativen kann dann im Kern als die kritische Diskussion auf die jeweilige Lebenswelt bezogener Problemlagen bezeichnet werden. Diese können dabei mit unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfen verbunden sein. Damit ist das weitverbreite Vorurteil des mangelnden politischen Interesses bezogen auf das Untersuchungsfeld entkräftet – *„Also das fand ich immer ja interessant, also das ist das, was man sonst so oft sagt, es gibt eigentlich niemand der sich wehrt in dieser Gesellschaft oder im Augenblick sind alle so was weiß ich, angepasst“*. Von Anpassung und politischem Desinteresse kann auf Grundlage der Ergebnisse dieser Studie dann nicht mehr die Rede sein. Um die vorgestellten Mechanismen des etablierten politischen Feldes aufzubrechen und die eigenen Visionen für die Stadt usw. verfolgen zu können, entwickeln die Mitglieder der Initiativen vielfältige Handlungsstrategien, welche im Folgenden exemplarisch diskutiert werden.

Handlungsstrategien von Bürgerinitiativen

Der Ansatzpunkt der Arbeit von Bürgerinitiativen liegt Großteils in der fehlenden Übereinstimmung der eigenen Vorstellungen von der Gestaltung des Zusammenlebens hier auf Ebene der Stadt Bielefeld und den von den politischen Vertretern der Stadt verfolgten Konzepten. Einer der grundlegenden Handlungsstrategien einer Initiative, die sich als Ergebnis des erweiterten Gegenstandsaufschlusses einordnen lassen, ist es dann, gegebene Sachverhalte und geplante Konzepte des etablierten politischen Feldes kritisch zu hinterfragen. Die Möglichkeit dieses zu tun ist dann ein Resultat der unterschiedlich zusammenspielenden Lernhandlungen im Rahmen von Bürgerinitiativen, wie ein Gesprächspartner aus Bürgerinitiative 4 ‚Umgehungsstraße‘ im Folgenden berichtet:

GP 2: Äh, wenn ich das für mich kurz darstellen darf. Ich persönlich habe ein kritisches Verständnis äh gewonnen zur Politik allgemein, zu der Bielefelder Politik im Besonderen, habe auch erkannt, welche äh Chancen oder Nicht-Chancen ich so habe als kleiner Vertreter einer Bürgerinitiative. Habe aber erfahren, dass mein politisches Bewusstsein geschärft wurde und ich jetzt nach oder nach diesen ganzen Jahren viele Dinge äh durch eine ganz andere Brille sehe und zwar häufig politisch schon orientiert, nach dem Motto, wenn der das sagt, was meint er eigentlich wirklich damit. Früher hab ich das genommen und hab gedacht, jau der sagt das und das glaube ich auch und das ist in Ordnung. Heute hinterfrage ich sofort kritisch und nicht nur hier was Bielefelder Politik anbetrifft, sondern was auch große Politik anbetrifft sofort kritisch, was bezweckt er mit dieser Aussage

und das hat mir politisch gesehen jetzt äh doch einen Fortschritt gebracht für mich persönlich. [BI 4 / 1087-1101]

Das empirische Material kann zeigen, dass die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative dazu beiträgt, dass das „*politische Bewusstsein [des Gesprächsteilnehmers] geschärft wurde*“. Ein Beispiel für die ‚Schärfung‘ dieses Bewusstseins ist dann die Glaubwürdigkeit von politischen Konzepten nicht mehr nur aus der ‚qua Amt‘ Bewertung der etablierten politischen Vertreter zu begründen, sondern diese jeweils zu hinterfragen und aus anderen Perspektiven auch die kommunale Ebene überschreitend zu betrachten. Der Gesprächsteilnehmer bewertet diesen hier möglich gewordenen Lernprozess schließlich als einen ‚persönlichen Fortschritt‘.

Was hier noch allgemein als kritisches Hinterfragen von Sachverhalten im Allgemeinen reflektiert wurde, wird im folgenden Gesprächsausschnitt dann hinsichtlich der handlungsstrategischen Merkmale konkretisiert:

GP: Ja, ich sag ja sie müssen all das Problem insgesamt angehen und versuchen wo könnten Schwachstellen sein. Und dann springen sie immer von einem Punkt zum anderen - - und dann müssen sie, das kommt nämlich noch dazu, das hat mit fachlichem Können nämlich gar nichts zu tun, da müssen sie das Glück haben, dass sie so ne Gratwanderung machen, dass sie sehen wo haben die es geschafft ihren Willen durchzusetzen. So und dann

GPIn: Sie müssen durchforsten.

GP: ja und dann müssen sie sehen, dass sie das Verfahren aus dem Gleichgewicht bringen aus dem Gleis bringen und das können sie meiner Meinung nach nur, wenn sie ganz genau drauf achten wie die vorangegangen sind und dann gucken, wo haben die nicht sauber gearbeitet und an der Stelle wo sie nicht sauber gearbeitet haben, da muss man vertiefend arbeiten. - - [BI 3 / 356-369]

Zentral für eine erfolgreiche Begegnung der eigenen Handlungsproblematik ist es nach Ansicht der Gesprächsteilnehmer dabei den gesamten Problemgegenstand in den Blick zu nehmen und diesen auf mögliche „*Schwachstellen*“ hin zu befragen. In der Benennung dieser ‚Schwachstellen‘ und deren Konkretisierung durch die Integration diesbezüglichen Fachwissens, ist es dann möglich, „*das Verfahren aus dem Gleichgewicht bringen*“. An dieser Stelle verweisen die Bürgerinitiativenmitglieder jedoch sogleich auf eine Schwachstelle der eigenen Arbeit hin. Zu Begründung der je eigenen Position ist es im etablierten politischen Feld üblich, Gutachten in Auftrag zu geben. Zur Inanspruchnahme dieser

Möglichkeit verfügen jedoch nur wenige Bürgerinitiativen über die notwendigen finanziellen Mittel:

GP: Ja. Es ist ja so, es hängt ja vom dem Problem ab wie vielschichtig es ist, es gibt ja kleine Probleme und große und je größer ein Problem ist um so schwieriger wird es, weil auch juristische Probleme zum Beispiel auftauchen, die gelöst werden müssen und hier ist es so, das Dilemma beginnt damit, wenn Gutachten auf den Tisch kommen. Diese Gutachten haben ja eine bestimmte Intention, denn derjenige der den Gutachter beauftragt, will ja auch für sein Geld ne Leistung haben. Und für ne Initiative ist es immer schwierig gegen ein Gutachten etwas zu unternehmen, weil die Initiative dann finanziell so stark sein müsste, dass sie in der Lage wäre, selbst ein Gutachten zu erstellen - und hier beginnt der Nachteil einer Initiative in der Regel, dass sie finanziell gar nicht gut aufgestellt ist, das heißt, sie muss mit einfachen Mitteln versuchen einen Komplex zu bewältigen gegen den sie als solches, fast kann man sagen, fast hoffnungslos ankämpft. [BI 3 / 290-303]

Auf Grundlage reflexiver Lernhandlungen konstatieren die Bürgerinitiativenmitglieder diesbezüglich ein deutliches Ungleichgewicht zwischen der Handlungsgewalt von Initiativen und dem etablierten politischen Feld. In dem Versuch ein solches Machtgefüge zu durchbrechen, „*[kämpft man] kann man sagen fast hoffnungslos*“. Eine mögliche Lösungsstrategie dieser zunächst wenig aussichtsreichen Position zu begegnen, liegt dann nach Ansicht der Gesprächspartner darin, sich detailreiches Fachwissen anzueignen und so auf die Schwachstellen politischer Konzepte aufmerksam machen zu können. Nachfolgende Gesprächspassage aus Bürgerinitiative 3 ‚Naturschutz‘ steht hierfür exemplarisch:

GPin: Also äh da hat GP 1 sehr Recht. Äh wir haben auch schon äh, ein äh in dem im Vorlauf, äh hatten wir auch schon hohe finanzielle Belastungen, die wir aber getragen haben, aber natürlich in dem Moment gesagt haben, wenn wir eine Klage einreichen, wo wir im Grunde genommen wissen, äh dass das auf Messers Schneide steht und wo wir auch wissen, dass die Politik stärker ist, da kann man den Mitgliedern das nicht zumuten äh sich da finanziell äh völlig äh kaputt zu machen. Das ist nicht und das ist ja auch das Problem, äh dass man da natürlich auch die Schwäche der Initiativen sehen muss. Es gibt Initiativen, äh die äh sehr sehr, finanziell sehr sehr gut gestellt sind. Das hat auch was damit zu tun, dass sie unterstützt werden von entweder von den Bürgern die viele Ältere die sagen äh ich gebe das Geld gerne dafür oder so oder man sich äh Sponsoren sucht - -ne. Äh und äh da muss man in dem Moment, wenn man die Möglichkeit hat äh, das ist natürlich dann äh dann wäre son bisschen nen Gleichgewicht da. Denn ansonsten

ist natürlich jede Verwaltung und jede Politik uns immer überlegen. Das ist ja klar. Wir haben nur zwei Mittel, wir können unser Wissen äh, unsere Informationen äh dazu nutzen, dass wir den Politikern den Spiegel vorhalten, der Verwaltung klar machen, so ist das nicht wie ihr das macht, da können wir Öffentlichkeit machen. [BI 3 / 1051-1070]

Deutlich wird an dieser Gesprächspassage die Begrenztheit der Handlungsmöglichkeiten einer Bürgerinitiative und die erforderliche Kreativität ‚kostengünstige‘ Handlungsstrategien zu entwickeln. Die von den Bürgerinitiativenmitgliedern entwickelten Handlungsstrategien sind dabei durch zwei bedeutsame Aspekte gekennzeichnet: Zum einen das Verfügen über ein hohes Fachwissen (wie sich im Vorangegangenen herausstellte im Gegensatz zu Vertretern des etablierten politischen Feldes) und zum anderen der ‚Mut‘ dieses Wissen in Kritik des Gegebenen öffentlich zu machen. Diese beiden Aspekte sind in der Arbeit von Bürgerinitiativen, wie das empirische Material dieser Studie zeigt, eng miteinander verzahnt. Die Mitglieder der Bürgerinitiativen machen sich im Moment der Erzeugung von Öffentlichkeit damit eine Taktik zu Eigen, die Politiker zur Stellungnahme bzw. zum Handeln zwingt, da diese *„natürlich auch ihre Sachen gut darstellen“* wollen:

GP 4: Also ich hab manchmal auch das Gefühl, das Einzige wovor sie Angst haben ist Presse. Wenn man sich also ne an die Presse wendet und äh es erscheint irgendwas, was die Politik dann eventuell im negativen Licht darstellen lässt, das (leiser werdend) ist das Einzige, also Öffentlichkeit. [BI 4 / 668-691]

Die Wirksamkeit der hier verfolgten Handlungsstrategie – die öffentliche Darstellung der eigenen Expertise in Auseinandersetzung mit der mangelnden fachlichen Fundierung vieler Konzepte des etablierten politischen Feldes – hängt dabei in ihrer Glaubwürdigkeit von ihrer ‚Sachlichkeit‘ ab:

GP 2: Äh, aber wir liefern euch unsere gesamte Erfahrung, unsere Strategie und ein Hinweis an alle Initiativen war immer, - bleibt sachlich. Ist die einzige Chance Bewegung reinzubringen. In dem Moment, wo ihr polemisch werdet oder Personen angreift, schlägt die Tür zu und ihr habt keine Chance mehr. Nur sachliche Argumente. Die kann man hart vorbringen, aber auf der Ebene der Sachlichkeit. Und das haben wir versucht in Bielefeld anderen immer zu vermitteln. [BI 2 / 228-234]

Dieser Trias von ‚Fachwissen, Öffentlichkeit und Sachlichkeit‘ ist dann das ‚Erfolgsrezept‘ der Arbeit von Bürgerinitiativen. In ihrer Funktion als erfahrene

„Bürgerinitiativler“ sind dies dann auch die Ratschläge, die anderen Bürgerinitiativen beispielsweise durch Initiative 2 „Stadtautobahn“ im Rahmen der Teilhabe an der eigenen erweiterten Handlungsverfügung weitergegeben werden. Damit ist auf einen elementaren den zuvor beschriebenen Trias übergeordneten Aspekt der erfolgreichen Arbeit von Bürgerinitiativen verwiesen – die gegenseitigen Unterstützung von Initiativen, die im Rahmen reflexiver Lernhandlungen durch alle Bürgerinitiativen als wichtige Ressource für die Initiativenarbeit hervorgehoben wird. Nachfolgende Gesprächspassage präzisiert dessen essentiellen Charakter:

GP 2: Aber, generell ist das denke ich mir ein ganz wesentliches Problem, dass man sich erst mal ganz langsam in diese Materie hineinarbeiten muss, viel, viel Zeit investieren muss auch was Gesetzestexte anbelangt, was auch Connection anbelangt, Kontakte zu anderen Bürgerinitiativen, abends dort hinzufahren und sich dort anzugucken, wie machen die das, dass man Netzwerke flicht und dass man sich untereinander hilft, das habe ich in langer Arbeit feststellen müssen, das war erst einmal ein schwerer Weg. Aber ich denke mir, jetzt sind wir doch auf'm Weg, dass wir viel wissen und auch anderen wieder weiterhelfen können und auch unseren Gegner ganz gezielt Informationen stecken, die sie brauchen, aber nicht mehr. [BI 4 / 474-485]

Das „Networking“ dient im Rahmen der Initiativenarbeit zweierlei Dingen. Zum einen wird die jeweilige Aneignung von Fachwissen durch differenzierte Bezugspunkte deutlich erleichtert und qualitativ aufgewertet. Zum anderen hilft das gemeinsame initiativenübergreifende Handeln (beispielsweise im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung oder ähnlichem), den eigenen Positionen und auch Forderungen größere Prägnanz zu verleihen. Eine Gesprächspartnerin aus Bürgerinitiative 3 „Naturschutz“ betitelt diese Handlungsstrategie im Folgenden als „das Umschließen der Situation von außen nach innen“:

GPin: [...] je mehr man sich vernetzt umso besser, je weiter man auch die Bereiche auch steckt. [...], äh wenn man es gibt eigentlich ne gewisse Strategie, wenn man etwas erreichen will und merkt, dass man der Politik gegenüber eigentlich hilflos ist, weil die natürlich die Machtinstrumente in der Hand haben und die ihre ganze Organisation, dann muss man eigentlich äh zielgerichtet ne Strategie fahren die ein gewisses Umschließen dieser Situation beinhaltet und dann von Außen nach Innen arbeiten, ich glaub, das ist eigentlich die beste, das kann man äh „das kann mein eigentlich im Frieden auch als eine gewisse Kriegsführung sehen, aber äh von außen praktisch nach innen gehen und dann die äh äh Leute dastehen lassen, die immer noch sagen, nein das ist nicht so, dass man sagt hier, da sind alle äh die

stehen da und sagen euch es ist aber so ja man muss wirklich auch diese Vernetzung ganz stark. Das ist glaube ich der Erfolg überhaupt jeder äh Initiative.

[BI 3 / 529-548]

Deutlich wird hier, dass eine weitreichende und differenzierte Vernetzung der Bürgerinitiativen die zuvor dargestellten Aspekte der Handlungsstrategien erweitert und auf eine breitere Basis stellt. Damit wird es möglich, den „*Machtinstrumenten*“ der „*Politik*“ etwas entgegenzustellen und die Mechanismen des etablierten politischen Feldes aufzubrechen.

Das empirische Material zeigt, dass die im Rahmen reflexiver Lernhandlungen erfolgte Entwicklung von Handlungsstrategien durch damit verknüpfte ‚Lerngeschichten‘ verbunden ist. Diese werden im Gegensatz zu vielen in der alltäglichen Initiativenarbeit unbeachtet vollzogenen Lernhandlungen im Rahmen der durch die Studie initiierten Reflexionsräume von den Initiativenmitgliedern dann teilweise als solche identifiziert. Diese sollen im Folgenden an Fallbeispielen diskutiert werden.

Ein Netz von ‚Lerngeschichten‘

Im Vorangegangenen wurde als eine zentrale Handlungsstrategie von Bürgerinitiativen die Herstellung von Öffentlichkeit bezogen auf den eigenen Problemgegenstand diskutiert. Eine Möglichkeit der Herstellung von Öffentlichkeit ist beispielsweise das Verfassen von Pressemitteilungen und Ähnlichem. Da viele der Bürgerinitiativenmitglieder diesbezüglich über keine Erfahrung verfügen, ist der Erwerb des dafür notwendigen Handwerkszeugs eine der von den Bürgerinitiativenmitgliedern vollzogenen Lernhandlungen wie folgender Gesprächsauschnitt exemplarisch zeigt:

GP 1: Äh -- wie macht man Pressearbeit. Wie geht man mit der Presse um. Das sind auch ganz wichtige Erfahrungen. Wie funktioniert das eigentlich äh ob man jetzt ne Pressemitteilung in die Presse bekommt oder nicht. Und äh - wie geht man mit Politikern um. Ja. Und das Tolle is äh im Gegensatz zu so ner Parteiarbeit, dass einem als Bürgerinitiative sagen wir, wenn man ernst genommen ist äh genommen wird und ernsthaft arbeitet, dass einem dann alle Türen eigentlich offen stehen.

I.: H-hm.

GP 1: Ja, sobald wie man irgendwie in der Öffentlichkeit steht, stehen einem bei der Politik auch alle Türen offen für Gespräche. Ob das äh der Oberbürgermeister ist oder die Fraktion oder auch Verbände oder sonst was und äh ob dann was passiert hin-

terher, das ist ne andere Sache. Aber erst mal kommt man mit sehr vielen Leuten ins Gespräch und äh, das ist schon, schon ne interessante Erfahrung. [BI 1 /711-725]

Mit der gelungenen Darstellung des eigenen Problemgegenstands in der kommunalen Öffentlichkeit verändert sich der Stellenwert der Initiative im kommunalpolitischen Gefüge der Stadt. So berichtet der Gesprächspartner hier im reflektierenden Rückblick, dass die ‚Veröffentlichung‘ des eigenen Handelns dazu geführt hat, dass *„man ernst genommen wird“* und *„einem dann alle Türen eigentlich offen stehen“* und man nicht mehr nur ‚abgewimmelt‘ werde. So sei etwa der Oberbürgermeister oder Vertreter der verschiedenen politischen Parteien erst durch die öffentliche Präsenz der Initiative dazu bereit in die Diskussion mit Bürgerinitiativen einzutreten. Für den hier zu Wort gekommenen Gesprächsteilnehmer ist dieser Prozesse der veränderten Wahrnehmung von Bürgerinitiativen durch das etablierte politische Feld damit eine *„interessante Erfahrung“*, die den ‚Wert‘ der verfolgten Handlungsstrategien und die damit verbundenen Möglichkeiten der Beeinflussung der Mechanismen des etablierten politischen Feldes deutlich werden lässt.

Um diesen Schritt der öffentlichen Positionierung als Bürgerinitiativenmitglied jedoch vollziehen zu können, bedarf es des ‚Mutes‘ jedes Einzelnen. Dies wurde bereits verschiedentlich diskutiert. Einer der Gesprächspartner aus Bürgerinitiative 4 ‚Umgehungsstraße‘ bezeichnet diesen ‚Mut‘ im Rahmen reflexiver Lernhandlungen als *„Rückgrat zeigen“*:

- GP: Ich habe gelernt muss ich sagen, da Rückgrat zu zeigen wo es erforderlich is. - - - Ich habe gemerkt, dass man natürlich als Mensch auch Schwächen hat. - - - und würde sagen, sich nie zu überschätzen. Das habe ich auch gelernt. (5)
- GPin: Äh, da kann ich auch zustimmen, aber was äh was ich das entscheidende finde is im Grunde genommen also nie aufzugeben. [BI 3 / 581-586]

Das empirische Material zeigt hier, dass die im Rahmen von Bürgerinitiativen vollzogenen Lernhandlungen unabhängig vom jeweiligen Problemgegenstand der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit dienlich sind. So berichten die Initiativenmitglieder beispielsweise davon gelernt zu haben, je nach subjektiver Bedeutsamkeit für eine Sache einzustehen. Vor dem Hintergrund der hier geschilderten Ausbalancierung der eigenen Fähigkeiten und der gestellten Anforderungen ist es in Augen der Initiativenmitglieder dann elementar, das eigene Ziel, den ursprünglichen Handlungsanlass im Rahmen der Initiativenarbeit nicht aus den Augen zu verlieren. Die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative ermöglicht es demnach, neben der Akzeptanz eigener Schwächen ebenso eigene Stärken zu

finden und diese an unterschiedlichen Problemgegenständen zu verfolgen, wie die Gesprächspartnerin in der folgenden Gesprächspassage prägnant darstellt:

GPin: Mut ist doch das, was eigentlich in dieser Gesellschaft gebraucht wird. Mut zu den Dingen zu stehen, die für mich ne Vision sind ja, wo ich etwas erreichen möchte und mich auch nicht da äh in die Ecke drücken lasse, oh Gott das ist ja alles so schwierig und das könnte mir ja schaden. Ich glaube wenn ein Mensch voran geht und dem Gegenüber deutlich zeigt, dass er keine Angst vor ihm hat, wird derjenige viel eher zurückweichen, als wenn er jemanden vor sich hat der zweifelt ja. Denn ich glaube, dass das einfach nen äh nen Energiepotential ist, ich glaube das wirklich, ich habe das mehrmals erlebt, dieses Zurückweichen und ängstlich sein in dem Moment, dass man sagt ja das hat ja alles keinen Sinn und da lernt man, also man wird wirklich viel lernen. Ich glaube Menschen, die auch nen bisschen zögerlicher sind und die sich nicht so trauen, die sich in solche Initiativen hineinbegeben, die brauchen wirklich keine Therapie, die können in dem Moment erstarken auch in so etwas, wo sie merken da kann man ja was tun oder da hört mir jemand zu oder so, das ist doch auch schon mal wichtig ne. Und der braucht mich. Alles das ist auch nen soziales Gefüge auch irgendwo ne.
[BI 3 / 643-660]

Die Gesprächspartnerin hebt hier die Möglichkeit des Entstehen-Könnens (oder auch Müssens) für die eigenen Überzeugungen als großes „*Energiepotential*“ der Arbeit in Bürgerinitiativen heraus, welches die Entfaltung von Persönlichkeit befördere. Im Rahmen von Bürgerinitiativen bestehe die Möglichkeit, dass bisher eher zurückhaltende Menschen „*erstarken*“ und die eigene Selbstwirksamkeit an gesellschaftlicher Gestaltung mitwirken zu können, zu erleben. Im Unterschied zu konventionellen Partizipationsformen wie Wahlen, bieten Bürgerinitiativen die Möglichkeit jederzeit und nicht zu bestimmten Zeitpunkten an gesellschaftlicher Entwicklung mitzuwirken. Für die Initiierung des Gefühls ‚gebraucht zu werden‘ sehen die Initiativenmitglieder dann das individuelle, aus dem jeweiligen Lebenszusammenhang erwachsende Interesse an unterschiedlichen Problemgegenständen grundlegend:

I.: Man also schon mit der Stadt oder dem Stadtteil dann doch was zu tun hat für Sie?
GPin: Ich sage immer ganz was einfaches, das kann man ganz simpel nehmen. Wenn sie äh auf der Autobahn fahren und sie sehen beim vorbeifahren einen Baum dem es, der kaputt geht, dann werden sie nicht zurückfahren und sich den Baum angucken und sich an der Stelle engagieren für diesen Baum, sondern wenn sie vor sich in ihrem Ortsbereich, ob das in der Stadt ist oder im äh Vorort oder wo auch immer

etwas feststellen, was für sie wesentlich is und was sie im Auge haben und wenn da ein Problem entsteht, das wird der Ansatz zu ihrem Engagement sein. Alles andere ist für mich dummes Gerede. [BI 3 / 826-836]

Die Analyse des empirischen Materials stellt damit heraus, dass Problemzusammenhänge für den jeweils Einzelnen häufig erst dann bedeutsam werden, wenn sie an Abstraktheit verlieren und den eigenen Lebenszusammenhang berühren (vgl. Faulstich 2002b, Holzkamp 1995a). Damit wird ein Aspekt politischer Partizipationsprozesse im empirischen Material deutlich, der in Abschnitt 2 diskutiert wurde und in der Diskussion um Partizipationsprozesse häufig vergessen wird – die notwendige Lebensweltorientierung politischer Partizipation und Bildung. Der unmittelbare Erfahrungszusammenhang der Menschen wird hier dann, wie es die Gesprächspartnerin am Beispiel ‚Autobahn‘ zu verdeutlichen sucht, gegen das gesellschaftliche System mit seiner zunehmenden Abstraktion und Unmittelbarkeit gesetzt (vgl. Baacke/Brücher 1990, S. 207). Erst mit der subjektiven Relevanz des jeweiligen Gegenstandsbereich für den je individuellen Lebenszusammenhang, werden im Sinn Holzkamps expansive Lernhandlungen und damit politische Partizipation möglich.

Das im jeweiligen Lebenszusammenhang als bedeutsam erfahrene Interesse an bestimmten Gegenstandsbereichen und das daraus folgende initiierte Engagement in einer Bürgerinitiative ermöglicht es dann, im Verlauf der Bürgerinitiativenarbeit die je eigene Thematik in einen größeren Rahmen zu stellen und beispielsweise Bezüge zur gesamten Stadt herzustellen. Diesen Aspekt greift einer der Gesprächspartner aus Bürgerinitiative 1 ‚Straßenausbau‘ auf:

GP 1: Ja, also das geht schon weiter und äh man hat das erst oder ich hab das erst hier so wirklich auf die A-Straße äh konzentriert gesehen die Problemlage, aber eigentlich haben wir in der Stadt an vielen Stellen die gleichen Problemlagen, nur dass da die Leute - ja aus den unterschiedlichsten Gründen äh auch aus nem Gefühl vielleicht, man kann sowieso nichts machen, äh noch nicht aus ihren Löchern rauskommen. [BI 1 / 438-444]

Deutlich wird an dieser Passage, dass in Reflektionsphasen der Initiativenarbeit die Möglichkeit besteht, den je eigenen Problemgegenstand in Bezug zu anderen Themen und Kontexten zu setzen. So wird der je eigene Blickwinkel mit Bezügen zum Stadtviertel, der Stadt, der Region etc. bis hin zu globalen Entwicklungen sukzessive ausgeweitet und deren Ineinandergreifen diskutiert. So stellt beispielsweise der Gesprächsteilnehmer aus Bürgerinitiative 1 ‚Straßenausbau‘ in der Auseinandersetzung und Reflektion des eigenen Problemgegenstands fest,

dass „*wir in der Stadt an vielen Stellen die gleichen Problemlagen*“ haben. Die ursprüngliche Handlungsproblematik ist damit Auslöser für ein ‚Netz‘ weiterer Lernproblematiken und damit unterschiedlicher Lernhandlungen. An diesem Punkt wird deutlich, was die von Holzkamp (1995a) bezeichneten „qualitativen Lernsprünge“ bezogen auf politische Bildungsprozesse auch inhaltlich bedeuten können. Das Beispiel der Übertragung der eigenen Handlungsproblematik auf andere Gegenstandsbereiche der Stadt ist dann Ausdruck, für eine zunehmende Differenzierung von Lernhandlungen: „als Fortschreiten von (relativer) Flachheit zu wachsender Tiefe des Gegenstandsaufschlusses“ (ebd., S. 221). Deutlich wird den Bürgerinitiativenmitgliedern durch die Differenzierung der Lernhandlungen damit die Reichweite der je eigenen Problemgegenstände. Folgender Gesprächsausschnitt stellt dies heraus:

GPIn: Aber so, das war für mich ja auch neu, wenn Du so nach Lernvorgängen fragst, wie also so ne Initiative, die aus irgend so nem ja Unfall, unglücklichen Unfall entstanden ist, dann auch schon so ne Einsicht bringt in die Vernetzung von Kommunalpolitik und so, von so verschiedenen Themen. Also ich hab mich früher schon immer für Themen, Gesundheit und Umweltschutz interessiert und hatte eigentlich auch nen recht breites Wissen, weil ich da immer auch entsprechend zu gelesen hab und so. Aber wie diese Themen so vernetzt in einander greifen in so ner Kommune und in die Politik und in die Weltpolitik, das find ich an dem Thema ‚Verkehr‘ eigentlich ja echt beispielhaft. Ich schätze, dass es mit anderen Themen ähnlich wäre, aber bei dem Thema ‚Verkehr‘ kann man das glaube ich sehr gut sehen, wie die alle ineinander greifen. [BI 1 / 567-579]

Die Analyse reflexiver Lern-Handlungen zeigt hier ganz deutlich, wie sich der Prozess der Ausdifferenzierung des jeweiligen Gegenstandsbereichs und der diesbezüglichen Lernhandlungen im Rahmen von Bürgerinitiativen vollziehen kann. Angefangen von einem persönlichen Erlebnis, einem Unfall, werden verschiedene verkehrspolitische Themen zunächst bezogen auf die Stadt relevant. Diese werden dann um andere Themenbereiche ergänzt, wie beispielsweise den Fragen von Gesundheit und Umweltschutz. Ausgehend von der eigenen Kommune werden die unterschiedlichen Lerngegenstände dann in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext gestellt und diskutiert. Ein ähnliches Beispiel für die Ausdifferenzierung von Lernhandlungen wurde bereits in Abschnitt 8.1 diskutiert. Deutlich wird hier im Rahmen der Diskussion reflexiver Lernhandlungen im Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative, dass dieser Ausdifferenzierungsprozess des eigenen Gegenstandsbereichs – hier durch das eigene Forschungsvorhaben initiiert – auch selbst Gegenstand der Reflexion ist. Inwiefern der eigene

Lern-Handlungsraum ‚Bürgerinitiative‘ Gegenstand reflexiver Lernhandlungen ist, soll im Folgenden diskutiert werden.

Bürgerinitiativen als politischer Lern-Handlungsraum

Gegenstand der Gruppengespräche war es, die Rolle von Bürgerinitiativen in unserer Gesellschaft zu reflektieren und deren Besonderheiten anhand des je eigenen Lern-Handlungsraums zu beschreiben. Das empirische Material zeigt, dass Bürgerinitiativen in erster Linie damit assoziiert werden, dem Einzelnen neben konventionellen Partizipationsräumen die Möglichkeit zu bieten, sich an der Regelung der allgemeinen Angelegenheiten zu beteiligen:

GP 4: Als Betroffener halte ich es einfach für selbstverständlich, dass man sich mit engagiert im Verein - - und ich kann's auch nicht, nicht hinnehmen, dass einige Leute die - die sich hier ja gar nicht so gut auskennen in der Gegend, dass die bestimmen über uns alleine bestimmen, sondern dass, das kann ich nicht hinnehmen, da muss ich schon ein bisschen äh versuchen äh die Sachen mit zu lenken - ob es uns gelingen wird, das werden wir noch sehen, aber zumindest kann man's versuchen. [BI 4 / 67-74]

So ist es einem Gesprächspartner aus Bürgerinitiative 4 ‚Umgehungsstraße‘ durch die Initiativenarbeit möglich geworden, sich an der Gestaltung seines Lebenszusammenhangs zu beteiligen. In der Reflexion des eigenen Handelns wird deutlich, dass weniger die erfolgreiche Bearbeitung des eigenen Problemgegenstands von den Initiativenmitgliedern bedeutsamer Aspekt der Initiativenarbeit ist, sondern vielmehr die hier grundsätzliche Möglichkeit der Beteiligung an Gestaltungsprozessen. Zentral ist demnach das „*Gefühl*“, die Verantwortung über den eigenen Lebenszusammenhang nicht an andere abzugeben – „*dass einige Leute die - die sich hier ja gar nicht so gut auskennen in der Gegend, dass die bestimmen, über uns alleine bestimmen*“. Damit ist dann der Wunsch des Erlebens der eigenen Selbstwirksamkeit angesprochen, der im Rahmen von Bürgerinitiativen für die Initiativenmitglieder möglich wird:

GP 1: Ja also, dass is noch son Stück äh ja man ist nicht ohnmächtig, man ist nicht allmächtig, aber diese Teilmächtigkeit zu sehen, die jeder hat äh, also das gibt nen ganz gutes Gefühl. Ja und ich glaube, das ist dann auch son Stück Sozialisation äh, was einen persönlich bereichert und zufriedener macht. (6) [BI 1 / 348-352]

Das Erleben einer „*Teilmächtigkeit*“, gibt die Möglichkeit an Stadtentwicklungsprozessen und gesellschaftlicher Entwicklungen im Allgemeinen beteiligt

zu sein. Dieses Erleben wird vom Gesprächspartner hier als eine ‚persönliche Bereicherung‘, als Teil der eigenen politischen Sozialisation eingeordnet.

Auf die Gegensätzlichkeiten konventioneller und unkonventioneller Partizipationsmöglichkeiten wurde an verschiedenen Stellen bereits eingegangen. Hier soll ein der Mitbestimmung in Bürgerinitiativen grundlegender Aspekt aufgegriffen werden – die Möglichkeit der freien und ungesteuerten Meinungsäußerung.

GP 2: Oh, da denke ich mir, dass Initiativen eigentlich so das Salz in der Suppe sind. Im Gegensatz zu den ganz normalen Parteien, die ja ne ganz bestimmte Parteilinie vertreten und vertreten müssen, da denke ich mir schon, ob es nun um Baumschutzsatzung geht oder ob es um Straßenbau geht, um Straßenrückbau geht, ob es um den Schutz von alten Gebäuden geht oder Ähnliches mehr. Stichwort S. B., die erhalten wurde damals durch eine Bürgerinitiative. Ich denke eine Stadt oder eine Gemeinde profitiert maß_ oder kann profitieren, maßgeblich durch den Einsatz solcher ja äh nicht gesteuerten parteipolitisch gesteuerten Institutionen, sondern durch solche Bürger, die vor Ort Missstände erkennen und sie artikulieren und sie an die Stadt herantragen und damit Veränderungen bekommen, Verbesserungen im Sinne des Bürgers oder Radwege oder Ähnliches oder ähnliche Dinge mehr. [BI 4 / 714-727]

Initiativen bieten im Gegensatz zu Parteien dem Einzelnen die Möglichkeit, frei und ungesteuert Positionen und Vorstellungen zur Gestaltung des Zusammenlebens zu vertreten, Problembereiche in einer Stadt aufzudecken und Veränderungsmöglichkeiten aufzeigen zu können. Hier liegt dann nach Ansicht eines Initiativenmitglieds aus Bürgerinitiative 4 ‚Umgehungsstraße‘ das kreative Potential von Bürgerinitiativen für die Gesellschaft. Damit ist auf das utopische Potential der Arbeit von Bürgerinitiativen verwiesen, da Denkprozesse hier gerade keinen Zwängen der Realität unterliegen und sich damit die Möglichkeit bietet eine „dynamische Seite des Handelns“ zu entfalten (Harten 2010, S. 1072). Das empirische Material zeigt damit, dass Bürgerinitiativen die Chance bieten, andere Perspektiven auf Gesellschaft zu denken und damit Handlungsmöglichkeiten statt -beschränkungen in den Blick zu nehmen.

Neben der selbstorganisierten Mitbestimmung ist ein weiterer Aspekt für die Arbeit von Bürgerinitiativen ganz wesentlich – die kooperative Verschränkung von Denken und Handeln. Reflexive Lernhandlungen heben damit den Stellenwert von kooperativen Lernen und Handeln im Rahmen von Bürgerinitiativen hervor. Ein Initiativenmitglied aus Bürgerinitiative 4 ‚Umgehungsstraße‘ beschreibt diesen Aspekt folgendermaßen:

GPin 3: Ich bin dabei, weil ich meine, gemeinsam sind wir stark und nur gemeinsam können wir das schaffen, dass wir möglichst - - - ja, wenig Lärmbelästigung haben. Die Straße werden wir nicht verhindern können, dass wir auch sag ich mal unser bisheriges - äh Leben so gestalten können, wie wir uns das vorstellen, d. h. auch mal ganz gemütlich im Garten sitzen und nicht von so ner Lärmlawine und Drecklawine überrollt zu werden. - - Das ist mein Anliegen und das denk ich mal, das kann man nur gemeinsam schaffen, das schafft ein Einzelner nie. (7) [BI 4 / 44-52]

Die Stärke von Bürgerinitiativen liegt nach Ansicht der Gesprächspartnerin in der gemeinsamen Diskussion von Problemgegenständen und deren öffentlichen Diskussion, die neben der größeren Durchsetzungskraft dann auch in der intensiveren Betrachtung des eigenen Lebenszusammenhangs und dessen inhärenten Problemzusammenhängen begründet ist. Die in kooperativen Lernhandlungen ermöglichte Perspektivendivergenz wurde im vorangegangenen bereits diskutiert. Konkret drückt sich dies dann durch das differenzierte Kennenlernen des jeweiligen Lebensumfeldes und der dort lebenden Mitmenschen aus:

GP 2: Also ich könnte zum Beispiel sagen, dass ich durch diese Arbeit nicht nur Kenntnisse über gesetzliche Vorgaben inzwischen erlangt habe, über politische Vorgaben, sondern ich persönlich habe auch die Erfahrung gemacht, dass ich neue Menschen kennengelernt habe auch aus meinem engsten Umkreis auch, wo ich vorher nur mal Guten Tag, Guten Weg gesagt habe, mit denen ich aber jetzt einen relativ äh ja gutes Verhältnis äh habe wo wir gemeinsam Aktionen auch machen und nicht nur in Bezug auf die Bürgerinitiative, sondern auch im privaten Bereich und das ist für mich persönlich eine Bereicherung äh ja meines Lebens. [BI 4 / 93-102]

Die Analyse zeigt damit, dass das differenzierte in Kontakt-Treten mit dem jeweiligen Lebenszusammenhang im Rahmen von Bürgerinitiativen die Zusammenarbeit von Menschen mit unterschiedlichen biographischen Hintergründen, persönlichen Interessen und Fähigkeiten ermöglicht. Dies wird dann von einem Mitglied aus Bürgerinitiative 2 ‚Stadtautobahn‘ als „*ne unheimliche Stärke*“ von Bürgerinitiativen eingestuft:

GP 3: Also die menschliche Zusammensetzung denke ich war auch ne unheimliche Stärke, also das wirklich Leute mit ganz unterschiedlichen, aus ganz unterschiedlichen sozialen Hintergrund und politischer Ausrichtung auch äh sich da zusammengefunden haben, einfach aus der gemeinsamen Betroffenheit äh möglicherweise in ein

paar Jahren in totalem Lärm zu leben. Und äh die haben auch ganz unterschiedliche Fähigkeiten halt entwickelt und auch dazu beigetragen. [BI 2 / 619-626]

Die Arbeit von Initiativen ermöglicht es damit eine Bandbreite von Menschen einzubeziehen und viele Gesichter für verschiedene Gegenstandsbereiche sprechen zu lassen. Hier besteht dann die Chance, dass der „gewöhnliche Bürger“ [BI 2 / 654] seine Perspektiven auf Welt artikulieren kann.

Zum Ende der Diskussion reflexiver Lernhandlungen soll hier nun das mögliche ‚Ende‘ der Arbeit von Bürgerinitiativen in den Blick genommen werden. Partizipationsmöglichkeiten in unkonventionellen Formen wie Bürgerinitiativen wird vielfach dessen fluider Charakter entgegengehalten, der ein politisches Engagement der Bürger von Seiten des etablierten politischen Feldes weniger planbar gestaltet (vgl. Bommers/Tacke 2006, S. 57). Diese besonderen Strukturmerkmale von Bürgerinitiativen werden dann vom etablierten politischen Feld vielfach mit ‚Unzuverlässigkeit‘ assoziiert, die sie als ernstzunehmenden Verhandlungspartner unbrauchbar erscheinen lassen. Rucht und Neidhardt (2008, S. 635) beschreiben soziale Bewegungen, als „relativ unbestimmte Gebilde“, die „nicht eindeutig von ihrer sozialen Umwelt abgrenzbar“ sind, dadurch aber mit ihrer ‚unverbindlichen‘ Struktur gegenüber etablierten Partizipationsformen die Möglichkeit eines vom etablierten politischen Feld weitgehend unreglementierten Zugangs bieten (Rammstedt 1978, S. 210). Aus dieser Perspektive werden dann konstatierte Schwächen zu Stärken, die die Mitarbeit in Bürgerinitiativen als bedeutsame Möglichkeit einer unreglementierten Mitgestaltung an Gesellschaft werden lässt. Das ‚Ende‘ einer Initiative bedeutet dabei nicht das Ende einer generellen Mitgestaltung von Welt, sondern schafft nach Ansicht der Initiativenmitglieder Platz für ein neues Engagement und differenziert dadurch potentielle Bereiche politischer Mitgestaltung eher aus.

Die Analyse des Lern-Handlungsraums Bürgerinitiative stellt damit heraus, dass das Engagement in einer Bürgerinitiative als Teil einer Engagement-Kette in unkonventionellen Partizipationsräumen beschrieben werden kann. Die Begrenztheit des einzelnen Engagements ist damit nicht ausschließlich negativ zu werten, da ebenso neue Potentiale freigesetzt werden können. Ein Gesprächspartner aus Bürgerinitiative 3 ‚Naturschutz‘ beschreibt diese inaktiven Zeiten, d. h. Zeiten ohne Mitarbeit in einer Bürgerinitiative als Zeiten, „wo man sich regenerieren kann [BI 3/ 1159]“. Diese sind in konventionellen Partizipationsformen wie beispielsweise Parteien vielfach nicht gegeben.

Die Analyse des empirischen Materials zeigt aber dennoch, dass längere Phasen von Inaktivität für die Initiativenmitglieder nicht mehr vorstellbar sind. Die eigene Aneignung von Informationen und deren Diskussion sind zu einem

zentralen Bestandteil des alltäglichen Lebenszusammenhangs avanciert. In der reflektierenden Wertschätzung der durch die Arbeit in Bürgerinitiativen gefundenen Möglichkeit der Mitgestaltung von Gesellschaft, wird dann vor dem Hintergrund der als defizitär bewerteten gegenwärtigen Partizipationsräumen in Richtung des etablierten politischen Feldes an die Etablierung alternativer Beteiligungsformen für Bürger appelliert:

GP 2: Es müsste mal überlegt werden, ob, abgehoben mal von der unteren und der mittleren politischen Ebene, ob man nicht äh eher ein Plebiszit einführen sollte oder ne Volksbefragung oder Ähnliches mehr, wo der Bürger direkt eingreifen könnte, das wäre natürlich hervorragend, nur das gibt es bei uns leider nicht. In der Schweiz gibt es das wie wir wissen und das ist eigentlich ein Mangel in einer Demokratie. [BI 4 / 753-759]

Hier schlägt beispielsweise der Gesprächsteilnehmer aus Bürgerinitiative 4 ‚Umgehungsstraße‘ vor, sich an der Schweiz zu orientieren und direktere Formen der Bürgerbeteiligung wie *„ne Volksbefragung oder Ähnliches“* auch in Deutschland einzuführen. Zudem sollte eine zentrale Informationsstelle für Bürger bzw. Bürgerinitiativen institutionalisiert werden, die mit Blick auf das auch in Nordrhein-Westfalen 2002 beschlossene Gesetz der Informationsfreiheit, dazu verpflichtet ist Bürgern Auskunft zu erteilen. Das im Rahmen dieser Studie analysierte Initiativennetzwerk hat sich zum Zweck des Informationszugangs in der Gründung einer Wählergemeinschaft damit bereits ihre eigene ‚Informationsplattform‘ auf kommunaler Ebene geschaffen.

Zusammenfassung

Das empirische Material kann zeigen, dass der Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative durch eine Vielfalt von aktionalen und reflexiven Lernhandlungen gekennzeichnet ist. Deutlich wird, dass diese ebenso wie die Lernhandlungen der anderen Dimensionen jeweils stark miteinander verwoben sind und die Trennung unter analytischem Charakter zu sehen ist. Mit Bezug auf die vielfach geübte Kritik an der Kombination von Aktion und Reflexion in Rahmen politischer Bildungsprozesse, zeigt das empirische Material hier, dass diese Trennung alltäglich praktiziertem politischem Lernen entgegensteht. So sind es gerade aktionale Lernhandlungen, die mit Blick auf die eigenen lerntheoretischen Überlegungen der Studie die notwendige Handlungsorientierung von Lernprozessen ermöglichen.

Die im Rahmen von Bürgerinitiativen vollzogenen aktionalen Lernhandlungen, wie etwa Informationsveranstaltungen, Vorträge, Feste oder Radtouren dienen im Kern der Herstellung von Öffentlichkeit für bestimmte Problemgegen-

stände. Die Vermittlung des eigenen Gegenstandsbereichs fungiert dann als Aufhänger, um den Bürgern des Stadtteils bzw. der Stadt Diskussionsanlass für eine Auseinandersetzung mit der Gestaltung der Stadt zu bieten und dafür notwendige Räume zur Verfügung zu stellen. Die Initiierung sehr differenter und unkonventioneller Formen der Informationsvermittlung wie die dargestellten Parkfeste oder Radtouren, ist dann als informelle Möglichkeit der kritischen Diskussion von Gegebenen zu betrachten. Die gezielte Kombination von positiven Emotionen und ‚Aufklärung‘ ist hier zentrales Moment für deren Konzeption. Über das Angebot der Teilhabe an der eigenen Erweiterung der Weltverfügung an andere, werden so kooperative Lernhandlungen und damit eine kooperative Verfügung über Welt möglich.

In der Reflexion des eigenen aktionsbezogenen Handelns stellen die Initiativenmitglieder als deren Besonderheit die Diskussion mit sehr unterschiedlichen Personenkreisen heraus. Vor diesem Hintergrund erscheint die Ermöglichung von informellen Diskussionsräumen für die Bielefelder Bürger von Seiten der Bürgerinitiativen fast bedeutsameres Moment, als die Darstellung des eigenen Gegenstandsbereichs und dessen Durchsetzung. Der eigene Problemgegenstand dient hier vornehmlich als Handlungsanlass und Diskussionsbeispiel. Am Beispiel aktionaler Lernhandlungen und dem explizit verfolgten ‚dialogischen Lernprozess‘ (vgl. Holzkamp 1995a) wird hier dann die im vorherigen Abschnitt diskutierte Verschränkung der Aufnahme und Weitergabe der Ergebnisse der Lernhandlungen von Bürgerinitiativen nochmals deutlich.

Die Analyse reflexiver Lernhandlungen im Lern-Handlungsraum Bürgerinitiative ist im Rahmen der vorliegenden Studie schließlich gekennzeichnet durch das Zusammenspiel alltäglicher, im Rahmen der Initiativenarbeit erfolgreicher und durch das eigene Forschungsanliegen implizit initiiert reflexiver Lernhandlungen. Im Zentrum stehen hier in beiden Fällen das kritische Hinterfragen von Gegebenen und die daraus resultierende Entwicklung alternativer Gesellschaftsentwürfe. Der Diskussionsprozess der Initiativenmitglieder verdeutlicht, dass ein solcher Prozess von unterschiedlichen Anforderungen an den jeweils Einzelnen begleitet wird. So wurde in der Analyse reflexiver Lernhandlungen deutlich, dass eine öffentliche Stellungnahme für die eine oder andere Sache von jedem Einzelnen ‚Mut‘ erfordere. Den Initiativenmitgliedern ist jedoch bewusst, dass nicht jeder diesen ‚Mut‘ in gleicher Weise aufbringen kann. So bestehe eine weitverbreitete ‚Hemmnis‘ sich in Initiativen zu engagieren und Problemgegenstände öffentlich zu diskutieren. Grund dafür sei die vermeintlich geringe Akzeptanz unkonventioneller Aktionsformen wie es etwa bei Bürgerinitiativen der Fall zu sein scheint. So würden Initiativen vom etablierten politischen Feld als ‚Störenfriede‘ betrachtet, die die Konzepte der Politik durcheinander bringen. Zu

‚stören‘ wird in dieser Perspektive dann nicht als demokratisches Recht wahrgenommen, sondern gilt es wegen erwarteter Unannehmlichkeiten zu vermeiden. Ein vordergründig als mangelndes politisches Interesse interpretiertes ‚Nicht-Engagement‘ muss dann in Augen der Initiativenmitglieder relativiert werden. Offen bleibt hier, auf welche Akteure die Nicht-Akzeptanz im Detail zutrifft.

Im Rahmen reflexiver Lernhandlungen identifizieren die Initiativenmitglieder schließlich die von Bremer und Kleemann/Göhring (2010b) ausgemachte Grenze zwischen Bürgern und etablierten politischen Feld, die die Legitimität politischer Artikulation scheinbar evoziert. Die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative bedeute dann für viele Menschen, öffentlich Kritik am politischen Feld als ‚höherrangiger‘ Gruppe zu üben und zu einer solchen fehlt dann vielfach das selbst zugeschriebene Gefühl der Berechtigung. Dieser Selbstausschluss wurde dann mit Bezug auf Bremer (2008) als Selbstexklusion, welche als vorweggenommene Fremdexklusion zu betrachten ist, bezeichnet. Insgesamt kann das empirische Material herausstellen, dass die Initiativenmitglieder nicht davon ausgehen, dass Bürger generell politisch desinteressiert sind, sondern dass sich die gegebenen politischen Partizipationsräume für ein Engagement defizitär darstellen. Die Anerkennung dieser Problematik wird hier durch den Reflexionsprozess der Initiativenmitglieder besonders deutlich und damit die notwendige Anerkennung entgegengebracht, die durch das etablierte politische Feld versagt wird.

Die Analyse des empirischen Materials zeigt, dass sich der ‚Kampf‘ zwischen Bürgern und politischen Vertretern neben der Zuschreibung mangelnder Legitimität, dann auch auf das Argument der Interessenpolitik bezieht. So hätten Bürgerinitiativen vermeintlich im Gegensatz zum etablierten politischen Feld das Gesamtwohl der Stadt nicht im Blick. Trotz alledem genießen Bürgerinitiativen die Aufmerksamkeit des etablierten politischen Feldes. Der Grund dafür liegt in der durch kooperative Lernhandlungen ermöglichten erweiterten Weltverfügung, die für das politische Feld nur schwer zu kontrollieren ist. Ein brisanter Sachverhalt, der das etablierte Machtgefüge ins Wanken bringen kann und damit die Beobachtung der Aktivitäten von Initiativen begründet. ‚Respekt‘ und ‚Vorsicht‘ des politischen Feldes führen dann zu einer Anpassung von deren Handlungsstrategien im Interesse eigener Anerkennung und Machterhaltung. Genau genommen entwickeln sich dann die Handlungsstrategien beider Seiten in Bezug zueinander.¹⁷

Im Rahmen reflexiver Lernhandlungen wird den Bürgerinitiativenmitgliedern vor diesem Hintergrund dann deutlich, dass politische Entscheidungen in exklusive Räume für einige Wenige verlagert werden, welche durch die Initiativen

17 Vgl. hierzu Fußnote 13.

venmitglieder jedoch abgelehnt werden. Die beispielsweise mit Parteien verbundene Pflicht zur Unterordnung und die geringe Möglichkeit der Vertretung eigener Interessen vor dem Hintergrund eingeschränkter freier Meinungsäußerung, macht diese Möglichkeit politischer Partizipation für die hier betrachteten Initiativenmitglieder unattraktiv. Die Reflektion der diversen Ausschlussstrategien, wie der erschwerte Zugang zu Informationen oder auch die wenig bürgerfreundlich gestalteten offiziellen Beteiligungsverfahren durch die Stadt, erhärten diese Einschätzung dann. Wünschenswert wäre in Augen der Initiativenmitglieder eine frühe Beteiligung in Planungsprozesse, welche jedoch in der Stadt Bielefeld selten erfolgen würden.

Ein zentrales Ausschlussargument, die mangelnde politische Kompetenz der Bürger, wird durch die Initiativenmitglieder besonders diskutiert. So führen die differenzierten reflexiven Lernhandlungen dazu, dieses Argument kritisch zu hinterfragen. Ausschlaggebend dafür ist die Feststellung, dass politische Vertreter in ihre Entscheidungsprozesse kaum Fachwissen einbeziehen und so die eigene Bezeichnung als ‚Fachmann‘ obsolet wird und als Ausschlusskriterium unglaublich erscheint. Die qua Amt zugeschriebene Kompetenz und Autorität von politischen Vertretern ist damit in Augen der Initiativenmitglieder kritisch. Hier gäbe es in der Bevölkerung bisher jedoch noch eine zu große Autoritätsgläubigkeit, die es in Aufdeckung dieser Schieflage abzubauen gilt.

Trotz dieser erschwerenden Bedingungen verweisen die Ergebnisse des empirischen Materials auf die große subjektive Bedeutsamkeit politischer Partizipation für die Initiativenmitglieder. Die Arbeit in einer Bürgerinitiative wirkt dabei für die Initiativenmitglieder unterstützend, den fehlenden Partizipationsräumen und Visionen des etablierten politischen Feldes zu begegnen. Hier sei dann eine freie und ungesteuerte Meinungsäußerung und ein Eintreten für die eigenen Überzeugungen unter Einbindung ganz unterschiedlicher Menschen möglich. Die subjektive Bedeutsamkeit generiert sich damit aus der eigenen Mitgestaltungsmöglichkeit und aus der Ermöglichung von Teilhabe an Andere, wie bereits die Analyse expansiver Lernhandlungen herausgestellt hat. Die Herstellung vielfältiger Zusammenhänge des eigenen Gegenstandsbereichs zu anderen Feldern, ermöglicht dann ein Netz von Lerngeschichten und damit einen differenzierten Einblick in Welt. Die von Seiten des etablierten politischen Feldes zugeschriebene Perspektivenverengung ist damit entkräftet. Bezogen auf die eigenen Handlungsstrategien wurde der Trias ‚Fachwissen, Öffentlichkeit, Sachlichkeit‘ in der Reflexion als bedeutsame Kriterien der Arbeit sehr deutlich – Kriterien die damit im Gegenpart zu den Handlungsstrategien des etablierten politischen Feldes stehen.

Neben der selbstorganisierten Inklusion in politische Entscheidungsprozesse werden im Rahmen reflexiver Lernhandlungen jedoch auch Forderungen an das

etablierte politische Feld gestellt. So sollten einerseits neue Partizipationsräume im Sinne von Bürgerentscheiden geschaffen werden und andererseits eine institutionalisierte Stelle Bürgerinitiativen den Zugang zu Informationen und Ähnlichem gewährleisten. Damit würden Bürgerinitiativen als legitimer politischer Partizipationsraum anerkannt und in das alltägliche Handlungsrepertoire der Bürger als Experten vor Ort aufgenommen.

Im Folgenden sollen nun die hier explizierten Ergebnisse des Lern-Handlungsraums Bürgerinitiative vor dem Hintergrund der theoretischen Diskussion politischer Partizipation und Bildung abschließend eingeordnet werden.